

DISS-Journal
Sonderausgabe # 3

DEZ
2020

ZEITSCHRIFT DES
DUISBURGER INSTITUTS
FÜR SPRACH- UND
SOZIALFORSCHUNG

Die Entwicklungspolitik der AfD

Ein Überblick über Programmatik, Praxis und Personal des Politikfeldes



Andrea Becker
Helmut Kellersohn

DISS-Journal

Sonderheft Dezember 2020

ZEITSCHRIFT DES DUISBURGER INSTITUTS FÜR SPRACH- UND SOZIALFORSCHUNG

IMPRESSUM

DISS-Journal
ISSN 2701-3081

Duisburger Institut für Sprach-
und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15, 47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249
Fax: 0203/287881

info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

REDAKTION

Dr. Andrea Becker
Helmut Kellershohn

LAYOUT

Guido Arnold

Online-Version (2. Aufl. mit aktiven Hyperlinks) unter:
www.diss-duisburg.de/online-bibliothek/alle-ausgaben

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder
des DISS-Förderkreises

INHALT

3	Einleitung	21	Teil 3: Die Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES)
4	Teil 1: „Entwicklungspolitik nach deutschem Interesse“	22	Teil 4: Politische Praxis, Personenporträts und Auslandskontakte
4	I. Grundsatzprogramm 2016	22	I. Parteebene/Bundesfachausschuss 1
6	II. Bundestagswahlprogramm 2017	22	II. Politische Praxis – Politics und Personal
7	III. Entwicklungspolitische ‚Gedankenspiele‘ im Bundestagswahlkampf 2017	23	AK17 - Menschenrechte und humanitäre Hilfe
10	IV. Europawahlprogramm 2019	24	Aktivitäten des AK17
12	V. Zwischenergebnis	25	AK 19 - Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
13	Teil 2: Entschließungsanträge der AfD im Bundestag	31	Weitere themenrelevante Akteure
13	I. Entwicklungspolitik und der Kulturkampf von rechts (hier: Christenverfolgung)	33	Zwischenergebnis
14	II. Die Durchsetzung von Abschiebungen	34	III. AfD im Nahen Osten
14	III. Kein Beitritt zum Global Compact for Migration	37	IV. Kulturkampf I: Nichtregierungsorganisationen
16	IV. Weltmarktkonkurrenz und Entwicklungs- zusammenarbeit – Die „Schwellenländer“	42	V. Kulturkampf II: Kolonialismus-Debatte
16	V. Ablehnung der Agenda 2030	43	VI. Die Instrumentalisierung von Corona
18	VI. Entschließungsantrag zum Haushalt des BMZ 2020	45	Quellen
18	VII. Rohstoffe, Entwicklungspolitik und die Zivilgesellschaft	45	Literatur
20	VIII. Zwischenergebnis		

Einleitung

Die vorliegende Recherche untersucht die Positionierung der AfD und der parteinahen Desiderius-Erasmus-Stiftung auf den Gebieten der Entwicklungspolitik und der humanitären Hilfe. Dabei schlägt sie einen Bogen von den programmatischen Grundlagen (Policy) über die parlamentarische Praxis (Politics) und die organisatorische Verfasstheit (Polity) bis zu den handelnden Akteuren (Personal). Diese Ebenen sind inhaltlich nicht deckungsgleich, nicht alles, was programmatisch festgelegt ist, findet einen Niederschlag in der politischen Praxis. Das gilt auch umgekehrt: Gerade auch im Zuge der beständig fortschreitenden Radikalisierung und der partei-internen Spannungslinien der AfD sind Aktivitäten und Diskurse der handelnden Akteure nicht zwingend aus den niedergeschriebenen Programmatiken ableitbar. Umso wichtiger ist darum die Gesamtbetrachtung aller Ebenen. Zu diesem Zweck wurden eine Vielzahl von themenrelevanten Quellen und Literatur ausgewertet: Parteiprogrammatische Quellen (Teil 1), thematisch einschlägige Anträge aus dem Bundestag (Teil 2), öffentlich verfügbare Informationen zur DES (Teil 3), sowie Internetauftritte, Pressemitteilungen, Facebook-Profile, YouTube-Kanäle und einschlägige rechtsalternative Medien aber auch Bundestagsreden und -anfragen (Teil 4). Diese Quellenarbeit wurde ergänzt durch die Berücksichtigung diverser investigativer journalistischer Recherchen und weiterführender Sekundärliteratur.

Dabei ist, wie für jede Auseinandersetzung mit Positionen und Inhalten der AfD, die Kenntnis neurechter und populistische Strategien der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit von grundlegender Bedeutung. Solche Kommunikationsstrategien sind asymmetrisch, d.h. sie wollen nicht in einen Dialog treten, keine Standpunkte austauschen, sondern Meinungen, Einstellungen, Werte oder Emotionen in einem bestimmten Sinne beeinflussen (vgl. hierzu Becker 2020, i.E.). Sie nutzen aggressive Stilmittel, Inszenierungen und Verschwörungsmythen mit dem Ziel einer größtmöglichen öffentlichen Resonanz. In der Praxis heißt das im Falle der AfD auch im hier speziell interessierenden Themenfeld, dass sich der forschende Blick auf die milieutypischen Kommunikationskanäle richten muss. Offene und substantielle Aussagen über Standpunkte und Diskurse der Partei und ihrer Akteure finden sich in affirmativ berichtenden rechtsalternativen Medien und YouTube-Kanälen. In Facebook-Feeds und Twitter-Accounts aller Parteiebenen und aller Funktionäre und Mandatsträger werden mit zum Teil großer öffentlicher Resonanz Themen gesetzt, Inhalte verbreitet und provokativ Aufmerksamkeit generiert. Zentraler Baustein sind Legionen von YouTube-Kanälen, die mit ungefiltertem, von kritischer Nachfrage und Einordnung ungestörtem Content – insbesondere aus den oft eigens dafür konzipierten konfrontativen parlamentarischen Auftritten – gefüllt und verbreitet werden.



Teil 1: „Entwicklungspolitik nach deutschem Interesse“

DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK IN DER PROGRAMMATIK DER AFD

Die AfD ist eine Partei der Sammlung unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte rechts von den Unionsparteien. Dies schlägt sich auf der Policy-Ebene in ihrer Programmatik (auf Bundesebene) insofern nieder, als unterschiedliche ideologische Positionen in sie einfließen und sich miteinander verbinden (ausführlich zur Programmatik Kellershohn 2016, 2019a). Man kann vier Komponenten identifizieren:

1. Der neo(national)liberale Komplex setzt sich zusammen aus dem Plädoyer für eine Renationalisierung der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik – gegen EU und Euro – sowie aus dem Eintreten für eine neo-liberale Wirtschaftspolitik im Innern. Bezogen auf den Weltmarkt schwankt die AfD zwischen einer Bejahung des Freihandels und einem ökonomischen Nationalismus
2. Der völkisch-nationalistische Komplex macht sich vor allem geltend in der Rückkehr zur völkischen Idee der Abstammungsgemeinschaft und in der Vorstellung einer (weitgehend) ethnisch-kulturellen Homogenität der nationalen Gemeinschaft. (Durch den Einfluss des „Flügels“ haben völkische Positionen etwa in der Sozialpolitik im politischen Alltagsgeschäft an Bedeutung gewonnen.)
3. Der christlich-konservative bis fundamentalistische Komplex gruppiert sich vor allem um biopolitische Fragen. Diese betreffen das Feld der Familien- und Geschlechterpolitik, das unter dem Primat einer pronatalistischen Bevölkerungspolitik steht. Querverbindungen zum völkisch-nationalistischen Komplex liegen nahe.
4. Der nationalkonservative, deutschnationale Komplex schließlich betont die „nationale Souveränität“ Deutschlands und die staatliche Autorität und Durchsetzungsfähigkeit.

Die Haltung der AfD zur Entwicklungspolitik im Rahmen ihrer Programmatik (Teil 1) und im Rahmen ihres Agierens im Bundestag (Teil 2) ist vor dem Hintergrund dieser vier Komponenten zu sehen, die in unterschiedlichem Ausmaß und je nach Kontext in die Argumentation der AfD einfließen.

I. GRUNDSATZPROGRAMM 2016¹

In ihrem Grundsatzprogramm (GP) von 2016 (Alternative für Deutschland 2016) fordert die AfD, um den ‚Zumutungen‘ eines ‚ausufernden‘ Wohlfahrtsstaates entgegen zu treten, die Konzentration auf vier Aufgabenbereiche: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedürfe „besonderer Rechtfertigung“ (GP 9). Die Bedeutung von Entwicklungspolitik bemisst sich also daran, inwieweit sie die Belange der besagten staatlichen Kernbereiche tangiert. In einem Entschließungsantrag an den Bundestag vom 03.04. 2019 (**Drucksache 19/8986**²) heißt es dazu, dass „Entwicklungspolitik als ein Teil der auswärtigen Angelegenheiten“ zu betrachten sei. Diesbezüglich verweist die Programmatik auf einige Aspekte, die es aus der Sicht der AfD notwendig machen, Entwicklungspolitik zu thematisieren und in Umrissen deren Grundlagen bzw. Funktion zu bestimmen.

Die allererste Funktion von Entwicklungspolitik - im Grundsatzprogramm ist von „Entwicklungshilfe“ die Rede, die von „humanitäre[r] Hilfe“ abzugrenzen sei (GP 32)³ – sieht die AfD in der **Verhinderung von Migration**, die zunächst scheinbar altruistisch, zugleich aber auch im „deutschen Interesse“ liegend, begründet wird: „*Es liegt im deutschen Interesse, wenn die Menschen in Entwicklungsländern eine Perspektive für ein menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat erhalten. Die Auswanderung von Menschen in wirtschaftlicher Not nach Deutschland löst die Probleme vor Ort nicht.*“ (GP 32)⁴ Diese Sorge um Menschenwürde und wirtschaftliche Not wird dann im zweiten Schritt spezifiziert: Weil es

1 Im Folgenden werden die Programme der AfD auf Bundesebene wie folgt zitiert: Grundsatzprogramm (GP), Bundestagswahlprogramm (BP), Europawahlprogramm (EP). Die URL-Angaben finden sich im Quellen- und Literaturverzeichnis.

2 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/089/1908986.pdf>

3 Im EP heißt es zur humanitären Hilfe: Diese sei „keine Entwicklungshilfe im engeren Sinne“ (da ohne „langfristige Entwicklungswirkung“). Sie sei Sache der „Kirchen und Wohltätigkeitsorganisationen“ (EP 21).

4 Der eigentliche Grund für die Ablehnung von Migration wird an *dieser* Stelle nicht angesprochen. Er liegt in der völkischen Idee der Abstammungsgemeinschaft und in der Vorstellung einer ethnischen homogenen Gemeinschaft, die, wie eingangs angesprochen, den Programmen der AfD zugrunde liegt. Weitere Argumente gegen Migration sind sicherheitspolitischer Natur (Stichworte: „Ausländerkriminalität“, Terrorismusgefahr) oder beziehen sich auf den unterstellten Missbrauch des Sozialstaates.

eine Diskrepanz zwischen dem „riesigen“ Unterstützungsbedarf der Entwicklungsländer und der „Begrenztheit der Mittel“ (ebd.) deutscherseits gebe, sei es notwendig, entwicklungspolitische Maßnahmen „zu konzentrieren“ (ebd.). Die Auswahl der zu unterstützenden Projekte müsse sich daran bemessen, inwieweit „das Empfängerland bzw. die einheimischen Unternehmen“ dazu befähigt werden können, die Projekte „nach Ablauf der Projektdauer ohne fremde Hilfe selbständig“ (ebd.) weiter zu führen. Entwicklungshilfe, so die Zielbestimmung, solle immer „Hilfe zur Selbsthilfe“ (ebd.) sein.

Neben diesem Auswahlkriterium wird eine zweite Eingrenzung vorgenommen. Die Hilfe zur Selbsthilfe sei nur dahingehend zu gewähren, dass – „*stärker als bisher*“ – „*die sicherheitspolitische und außenwirtschaftliche Interessenlage Deutschlands*“ (GP 32f.) berücksichtigt werde. Dazu sei eine „*außenpolitische Gesamtstrategie*“ (GP 33) vonnöten, die es erforderlich mache, die Entwicklungshilfe dem Ressort des Auswärtigen Amtes zuzuweisen und von dort aus die Arbeit der Entwicklungshilfe-Organisationen (GIZ, KfW-Kapitalhilfe etc.) „*zu straffen und besser zu koordinieren*“ (ebd.). Anders ausgedrückt: Die Sorge um Menschenwürde und wirtschaftliche Not in den Entwicklungsländern wird hier dem so genannten **nationalen Interesse** untergeordnet, von dem die AfD wohl glaubt, dass es bei den Entwicklungshilfe-Organisationen und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bislang nicht so gut zur Geltung gekommen sei. So heißt es denn an anderer Stelle ziemlich unverblümt, nämlich erpresserisch: „*Gewährung oder Streichung von Entwicklungshilfe und die Visapolitik müssen zum Hebel für die Kooperationsbereitschaft der Herkunftsstaaten bei der Rücknahme ihrer Staatsangehörigen werden.*“ (GP 61)

Das erklärte Misstrauen gegen ‚zu viel‘ Altruismus schlägt sich auch im dritten Auswahlkriterium nieder: Entwicklungspolitische Maßnahmen seien nämlich mit „Vorrang“ in der Form durchzuführen, dass sie „*investiv und organisatorisch durch private Unternehmen vor Ort begleitet werden*“ (ebd.) könnten. Will sagen: Entwicklungshilfe muss sich auch marktwirtschaftlich lohnen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Entwicklungspolitik aus der Sicht der AfD

1. Migration verhindern helfen soll (Entwicklungshilfe dient der Bekämpfung von Fluchtursachen),
2. das nationale Interesse gebührend zur Geltung bringen soll, indem sie als „Hebel“ benutzt werden soll, um die „Rücknahme“ von Flüchtlingen zu erwirken, und
3. geeignete Felder für private Investitionen (und Profite) erschlossen werden sollen.



Entwicklungspolitik in diesem Sinne – als Politik der Migrationsverhinderung und Flüchtlingsrückführung – ist ein zusätzliches Maßnahmenbündel, um den Status Deutschlands als eines „de facto“ Einwanderungslandes (GP 58) rückgängig zu machen. Zwar ist die AfD nicht grundsätzlich gegen jede Art von Einwanderung,⁵ wohl aber gegen das, was sie als „*irreguläre Einwanderung über das Asylrecht*“ bezeichnet. Das GP unterscheidet – mit Blick auf die Zuwanderung seit 2015 – zwischen „echten Flüchtlingen“, das sind politisch Verfolgte und (Kriegs-)Flüchtlinge, und „*irregulären Migranten*“, die „*keinen Flüchtlingsschutz beanspruchen*“ dürfen (GP 59). Da davon ausgegangen wird, dass das Asylrecht massenhaft missbraucht wird (ebd.), schlägt die AfD u.a. Folgendes vor:

1. Die Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl und seine Ersetzung durch eine „institutionelle Garantie“ (GP 60) und die Beseitigung von „Fehlansätzen“ für Einwanderung und „falscher Nachsicht“ (z.B. in den Fragen von Bleiberecht und Abschiebung) (GP 60f.). In diesem Zusammenhang werden ‚nachlässige‘ Behörden und Kampagnen der so genannten „Einwanderungslobby“ (GP 61) oder das Wirken der „Migrationsindustrie“ (GP 64) massiv angegriffen;
2. Die Etablierung eines rigiden Grenzregimes, das – in Ermangelung einer gesamteuropäischen Asylpolitik – die „vollständige Schließung der EU-Außengrenzen“ (ebd.) und – solange „die Dysfunktionalität der europäischen Grenzsicherung anhält“ – „Sicherungs-

5 Laut Grundsatzprogramm räumt die AfD Möglichkeiten legaler Einwanderungen nach „qualitativen Kriterien“ ein, orientiert am kanadischen Modell, „maßvoll“ gestaltet und unter Einforderung von Integration als Assimilationsleistung von Seiten der Einwanderer (GP 62). Björn Höcke und der „Flügel“ propagieren dagegen das japanische Modell im Sinne von radikaler Abschottung. In *Höckes Rede auf dem „Kyffhäusertreffen“* am 6. Juli 2019 in Leinefeld heißt es: „*Es ist nicht der schwedische Weg, es ist nicht der kanadische Weg, wenn wir von Deutschland und Europa in 20 oder 30 Jahren noch irgendetwas erkennen wollen, wenn wir nicht nur den Namen vielleicht noch lesen können wollen, der unser Land und unsern Kontinent bezeichnet, dann liebe Freunde, dann müssen wir den japanischen Weg gehen, es ist der Weg, den ich mit Euch gemeinsam in dieser Partei gehen will, es ist die Hundertachtzig-Grad-Wende in der deutschen, in der europäischen Einwanderungspolitik.*“ (Höcke 2019).



maßnahmen an den deutschen Grenzen zur Verhinderung jeder unkontrollierten Einwanderung“ (GP 60) beinhaltet;

- Die Einrichtung von „Schutz- und Asylzentren in sicheren Staaten [...] unter UN- oder EU-Mandat“, z. B. in Nordafrika. Asylanträge sollen „nur noch gestellt und entschieden werden“ dürfen, „Antragsteller in Deutschland und Europa“ seien „ausnahmslos zur Rückkehr in diese Zentren zu verpflichten“ (GP 59). Falls diese **Vorverlegung des Grenzregimes** international nicht organisierbar sein, solle „Deutschland eigenständig in sicheren Staaten geschützte Aufnahmeeinrichtungen“, z.B. „auf dem Botschaftsgelände oder einer sonstigen Liegenschaft“ einrichten (GP 59f.).

II. BUNDESTAGSWAHLPROGRAMM 2017

Im Bundestagswahlprogramm (BP) von 2017 firmiert der Abschnitt „Entwicklungspolitik“ (BP 21) unter dem Stichwort „*Stabilität als Sicherheits- und Wirtschaftsinteresse*“ (Alternative für Deutschland 2017b). Man greift also die Rede von den „*deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen*“ wieder auf und bezeichnet die diesbezüglichen Ausführungen selbstgewiss als „*einen weiter gefassten Ansatz in der Entwicklungspolitik*“, näherhin als einen „*Strategiewechsel*“, womit deutlicher als im GP auf (scheinbar) altruistische Argumente verzichtet wird. Von Menschenwürde und wirtschaftlicher Not in den Entwicklungsländern ist also keine Rede mehr⁶.

Stattdessen wird das Scheitern bisheriger Entwicklungspolitik beklagt, was z.B. am geringen Anteil Afrikas am Weltmarkt deutlich werde („rund zwei Prozent“), und auf eine weitere Diskrepanz hingewiesen: In Anbetracht des **Bevölkerungswachstums in Afrika** sei auch eine von außen kommende noch so „optimierte Entwicklungshilfepolitik“ in ihrer nachhaltigen Wirkung ziemlich beschränkt – wieder ein Argument, das erstens auf die Kostenseite der Entwicklungspolitik verweist und zweitens das Migrationsthema aus bevölkerungspolitischen Gründen dramatisiert.

DAS DEMOGRAFISCHE PROBLEM:

NULL-ZUWANDERUNG FÜR GEFLÜCHTETE

Bereits im GP war von einer „*demografischen Krise*“ die Rede. Gemeint sind die Überalterung und Schrumpfung der europäischen Bevölkerung sowie die niedrigen Geburtenraten in Europa und Deutschland. (Vgl. WP 28) Im Vergleich

dazu explodiere die Bevölkerungszahl in Afrika und den arabischen Ländern (Verdopplung bis 2050), die Geburtenrate in Afrika liege, auch dank fehlender Geburtenkontrolle, im Durchschnitt bei 4,5 Kindern pro Frau und die Kindersterblichkeit nehme „dank internationaler Hilfe stark ab“ (ebd.).

Aufgrund des Wohlstandsgefälles zwischen Afrika und Europa und des enormen Bevölkerungswachstums entstehe ein „*Wanderungsdruck, der Dimensionen einer Völkerwanderung*“ (ebd.) habe. Derzeit gebe es in Afrika und in arabischen Ländern „*rund 350 Millionen wanderungswillige Menschen, überwiegend junge Männer*“, bis 2050 werde diese Zahl auf etwa 950 Millionen ansteigen. Dieses Szenario apokalyptischen Ausmaßes – die europäische Bevölkerung wird für 2050 auf 540 Millionen Menschen geschätzt – lässt die AfD zu dem Schluss kommen, dass eine „*schier unlösbare Situation*“ (ebd.) entstünde. Aber bereits „*unter den heutigen Bedingungen der massenhaften, globalisierten Wanderungsbewegungen*“ werde „*Unmögliches*“ verlangt, wenn „*politische Zuwanderungsquoten*“ oder „*individuelle Schutz- und Asylgarantien*“ (ebd.) die Einwanderungspolitik bestimmen. Angesichts der drohenden Destabilisierung „*unsere[s] Kontinent[s]*“ müsse „*die Zukunft Deutschlands und Europas [...] langfristig gesichert werden*“ (ebd.). Und bezogen auf Deutschland heißt es: „*Ziel der AfD ist Selbsterhaltung, nicht Selbstzerstörung unseres Staates und Volkes.*“ (ebd., Hervorheb. im Orig.)

In diesem Sinne, unter Betonung der nationalen Souveränität und unter Anknüpfung an das GP, schlägt die AfD im WP folgende Maßnahmen vor:

- Die durch den Geburtenrückgang verursachten „*Probleme der sozialen Sicherungssysteme*“ sollten nicht durch Zuwanderung der „*überwiegend beruflich unqualifizierte[n] Asylbewerber*“ gelöst werden, sondern nur durch eine pronatalistische, „*aktivierende Familienpolitik*“ und eine „*Reduzierung der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland*“. (WP 28/29)
- Erneut wird die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl gefordert; sodann die Verschärfung des Grenzregimes durch die umgehende Schließung der Grenzen (WP 29) und deren „*strenge[] Kontrolle*“ (WP 30) sowie die Beschränkung der europäischen Zusammenarbeit auf die Sicherung der europäischen Außengrenzen (WP 30). Das „*Gemeinsame europäische Asylsystem*“ (GEAS) wird abgelehnt.
- Die Vorverlegung des Grenzregimes soll erreicht werden durch die Forderung nach einer „*ausreichende[n] Erhöhung der Mittel der UNHCR*“, um Geflüchteten in „*Flüchtlingszentren in heimat- und kulturnahen Regionen*“, also z.B. in Nordafrika, „*eine sichere*

6 Zur rassistischen Aufladung des Themas bei Björn Höcke vgl. seine berüchtigte Rede auf dem „Staatspolitischen Kongress“ des Instituts für Staatspolitik zum „Bevölkerungsüberschuss Afrikas“, vgl. dazu die Analyse bei Paul (2016).



Aufnahmemöglichkeit“ zu bieten. Asylanträge seien „außerhalb Europas zu stellen.“ So genannte „Schlepper-Hilfsdienste auf dem Mittelmeer“ – dies wird der Grenzschutzagentur Frontex und der Bundeswehr vorgeworfen – seien zu beenden. (WP 30).

4. Weitere Maßnahmen wie z.B. die Rückführung „abgelehnte[r] Asylbewerber [...] in ihre Heimatländer“ (WP 29), eine „jährliche Mindestabschiebequote“ (WP 29), „Sachleistungen vor Geldleistungen“, um Anreizwirkungen für Asylbewerber zu beschränken (WP 30), kein Familiennachzug für Flüchtlinge, speziell für „unbegleitete, angeblich [!] minderjährige Ausländer“ (WP 31), Beendigung der Aufenthaltserlaubnis nach dem Wegfall des Fluchtgrundes (WP 31) etc. sollen, so die AfD, letztendlich zu einer „Null-Zuwanderung“ führen. Andernfalls soll „ein Gesetz eine absolute Belastungsgrenze definieren, ab deren Erreichen zum Schutz Deutschlands [!] keinerlei Asylbewerber mehr aufgenommen werden“ (WP 31).

AUFGABE DER ENTWICKLUNGSPOLITIK

Deshalb werden auch im BP die Selektivität entwicklungs-politischer Maßnahmen („Berücksichtigung von Erfolgspotenzial, Nachhaltigkeit und des möglichen Eigenanteils“) und das Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ betont. Es gelte damit, „den Anreiz, nach Europa und insbesondere Deutschland auszuwandern“, zu verringern. Andernfalls würde „durch Massenzuwanderung [...] die Instabilität Deutschlands und Europas verstärkt, ohne die Problem in den Krisenregionen zu lösen.“

Neu gegenüber dem GP ist der Hinweis auf die Notwendigkeit einer „gerechter[en]“ Gestaltung des internationalen Handelssystem durch erleichterte „Ausfahren in die Industrieländer“ (anstelle reiner „Finanztransfers“ aus Europa) und eines „angemessenen [?] Schutz[es] für den Aufbau der eigenen Wirtschaftsentwicklung“. Gleichzeitig sollen „marktwirtschaftliche Strukturen“ in den Entwicklungsländern (samt „Professionalisierung“ dortiger Unternehmen) gefördert werden, was wiederum wie im GP impliziert, dass die „Privatwirtschaft an Entwicklungsprojekten“ weitgehend zu beteiligen sei. Die AfD will im nationalen Interesse „deutsche Unternehmer dabei unterstützen, in diesen Ländern zu investieren“.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die oben notierten Kernpunkte der AfD-Entwicklungspolitik auch im WP zu erkennen sind, auch wenn der Aspekt der „Hebel“-Wirkung von Entwicklungshilfe nicht explizit angesprochen wird (aber weiterhin gilt); ergänzend tritt nunmehr der Gesichtspunkt hinzu, dass das internationale

Teil 1: „Entwicklungspolitik nach deutschem Interesse“

Handelssystem „gerechter“ gestaltet werden müsse. Das bleibt allerdings völlig im Vagen und ist sicherlich ein Desiderat, das von internationalen Abkommen abhängig wäre und den Rahmen einer rein nationalen Entwicklungsstrategie sprengen würde.

III. ENTWICKLUNGSPOLITISCHE ‚GEDANKENSPIELE‘ IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2017

Die insgesamt gesehen doch recht überschaubare Behandlung der Entwicklungspolitik führte bereits vor der Bundestagswahl im September 2017 zu konzeptionellen Überlegungen, die über die damals vorliegenden Programme (GP, WP) hinausgingen, freilich unter Anknüpfung an die dort fixierten Leitlinien.

Am 21. August 2017 stellten die AfD-Spitzenkandidaten Alexander Gauland und Alice Weidel auf einer **Pressekonferenz**⁷ ein Konzeptpapier vor,⁸ das mit dem Titel überschrieben war: „Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik – Mehr Mittel, mehr Wachstumsorientierung, mehr Kooperation mit den Partnern“ (Alternative für Deutschland 2017a). Das Papier zeichnet eingangs das übliche Drohszenario („Massenansturm auf Europa und Deutschland“) und spart auch nicht an Kritik an der Regierungspolitik und der dahinterstehenden „Ideologie und Politik der Abschaffung des Nationalismus [!] und des Nationalstaats“ (S. 1). Insbesondere die Kosten der Zuwanderung („Flüchtlingszustrom“, „Armutseinwanderung“) liegen der AfD sehr am Herzen. Mehrfach werden im Papier die von Bundesfinanzminister Schäuble angegebenen Gesamtkosten von 43 Mrd. als Bezugsgröße der Argumentation angesprochen.⁹ Kurzum: Die zentrale Frage, die Gauland in der Pressekonferenz aufwirft, ist die, wie „Entwicklungspolitik zur Bekämpfung von Fluchtursachen“ konzipiert werden kann.

Ansatzpunkt einer „Entwicklungspolitik nach deutschem Interesse“ (Gauland)¹⁰ ist die Idee, dass die besagten Finanzmittel viel „wirkungsvoller in anderer Weise eingesetzt werden [könnten] als zur Alimentierung der Zuwanderer“ (S. 2). Zwei Maßnahmen seien ins Auge zu fassen: erstens ein „Beitrag zur Befriedung von Krisengebieten“ und zweitens „die Ausrichtung der deutschen Entwicklungshilfe auf wohl-

7 <https://www.youtube.com/watch?v=VnfCKN4T96E>

8 Laut eines Berichts in der WELT war auch Rolf Böhnke, der damalige außen- und sicherheitspolitische Experte der Berliner AfD-Abgeordnetenhausfraktion, beteiligt (Die Welt vom 22.08.2017). Böhnke trat bei der Pressekonferenz als entwicklungspolitischer Experte an der Seite von Alice Weidel und Alexander Gauland auf.

9 Erwähnt werden allerdings auch Berechnungen des Freiburger Finanzwissenschaftlers Prof. Bernd Raffelhüschen, der Kosten in Höhe von 112,5 Mrd. Euro in Rechnung stellt (vgl. S. 2).

10 Vgl. bspw. **Videoaufzeichnung der Pressekonferenz** ab ca. Minute 44.



standssteigernde Leuchtturmprojekte“ (ebd.). Erklärtes Ziel der Maßnahmen ist, wie in der Programmatik, die Verhinderung von Migration durch Bekämpfung der Fluchtursachen.

„BEITRAG DEUTSCHLANDS ZUR BEFRIEDUNG VON KRISENGEBIETEN“

Das Hauptaugenmerk liegt diesbezüglich auf dem Einsatz diplomatischer und finanzieller Mittel vor allem in den „an Europa angrenzenden Regionen“ (S. 2). Gemeint sind der Nahe und Mittlere Osten sowie Nordafrika. Deutschland solle „vorzugsweise mit diplomatischen Mitteln zur Krisenprävention und friedlichen Lösung von Konflikten beitragen, in Abstimmung mit unseren Bündnispartnern“. Adressat seien vor allem „Staaten und nichtstaatliche[] Akteure[], welche durch ihr Wirken Konflikte befördern oder verursachen.“ Soweit militärische Maßnahmen in Betracht kämen („Schutzmaßnahmen“), solle Deutschland „von Fall zu Fall“ und mit zeitlich begrenzter Präsenz unter dem „Mandat der Vereinten Nationen“ bereitstehen.

Unabhängig davon („bis zur Befriedung dieser Regionen“) müsse Deutschland „Flüchtlingslager in der Nachbarschaft der Krisenregionen unterstützen, so dass die betroffenen Menschen in der Nähe ihrer Heimatländer bleiben“ (S. 2) könnten. Dazu sei es sinnvoll, den Betreiber dieser Flüchtlingslager, in der Regel der UNHCR, noch stärker als bisher mit finanziellen Mitteln deutscherseits zu bedenken. Das sei allemal „wirkungsvoller als wenn der der gleiche Betrag in der deutschen Asylpolitik ausgegeben würde“ (S. 3). Die AfD plädiert also für eine Umschichtung dieser Mittel, zumal die Kosten für die Versorgung eines Zuwanderers in Europa erheblich höher seien, nämlich 130-mal so hoch, als in den Krisenregionen. Und: „Statt der 1,5 Millionen Asylbewerber in Deutschland hätten in den Heimatregionen mit den gleichen finanziellen Mitteln etwa 200 Millionen Menschen unterstützt werden können.“ (S. 3)

Im Blick auf die Zukunft (nach einer erfolgreichen Befriedungsaktion, über deren Realisierbarkeit die AfD keine weiteren Gedanken verschwendet) empfiehlt das Konzeptpapier einen „Generalplan“ für den „Wiederaufbau“ der Krisenregionen – wobei deutlich wird, was Gauland und Weidel

vor allem am Herzen liegt, nämlich „die Voraussetzung für die Rückkehr der aus den Krisengebieten nach Deutschland Ausgewanderten“ (S. 3) zu schaffen. Eine Wiederaufbauhilfe sei an einen „verbindlichen Repatriierungsplan“¹¹ zu koppeln, will sagen: Hilfe darf es nur geben, wenn die „in Deutschland lebenden Flüchtlinge aus der betreffenden Region“ dorthin zurückkehren können. Die zuvor „für die Versorgung der Zuwanderer aufgewendeten Mittel“ könnten dann in Mittel für die Aufbauhilfe umgewidmet werden. Was de facto als Erpressung zu verstehen ist, wird von der AfD als generöse Hilfe verkauft.

„EFFEKTIVERE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK ZUR BEKÄMPFUNG DER MIGRATIONSURSACHEN“

Nach einigen Ausführungen über die Dramatik der afrikanischen Entwicklung („exponentielle Bevölkerungszunahme“) monieren Gauland und Weidel den „völlig verfehlte[n] Mitteleinsatz der jetzigen Bundesregierung“ (S. 3). Der Etat des BMZ betrage nur ein Fünftel der Flüchtlingsvorsorge. Erneut wird eine Umschichtung zu Gunsten „sich selbst tragende[r] Maßnahmen der wirtschaftlichen Entwicklung in Ländern der Dritten Welt“ (S. 4), insbesondere in Afrika, also nicht nur in den Krisenregionen, die oben angesprochen wurden. Man gewinnt den Eindruck, die AfD wolle die erwähnten 43 Mrd. Euro zweimal ausgeben.

Ein weiterer Kritikpunkt richtet sich gegen die Aktivitäten des BMZ und der GIZ. Diese seien für die Bekämpfung der Fluchtursachen wenig geeignet, weil „die Tätigkeiten [...] geographisch zerstreut und themenmäßig zersplittert“ (S. 4) seien. Auch der so genannte „Marshall-Plan mit Afrika“ des Ministeriums halte „an dem Konzept der vielen zerstreuten Initiativen“ fest, und auch die „Koordinierung der deutschen Vorhaben mit denen anderer Geber [sei] verbesserungsfähig“ (S. 4).¹²

Stattdessen plädieren Gauland und Weidel für einen „integrierte[n] Ansatz der Wohlstandssteigerung in Afrika“ und präferieren diesbezüglich für ausgewählte „Leuchtturmprojekte“ (S. 4), um „Anreize zur Ausreise nach Europa [...] deutlich zu verringern“. Wie in den Programmen der AfD fällt auch hier das Stichwort „Hilfe zur Selbsthilfe“. Und auch hier wird die humanitäre Hilfe in die Zuständigkeit von Nicht-Regierungsorganisationen und Organisationen der UN verwiesen.



11 Im Europawahlprogramm (EP 40) wird anstelle des Begriffs „Repatriierung“ der von der Identitären Bewegung aus Frankreich importierte Begriff der „Remigration“ benutzt (vgl. dazu weiter in Teil 1, Abschnitt IV).

12 Zudem seien auf europäischer Ebene die angestrebten „Entwicklungsabkommen zwischen der EU und den früheren Kolonien der EU-Staaten“ in ihrer Wirkung auf die Migrationsströme „völlig offen“.



Ziel „einiger weniger“ Leuchtturmprojekte sei es, „zu zeigen, wie eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung erfolgreich gestaltet werden kann“, insbesondere sei eine „Arbeitsplätze schaffende Wachstumsstrategie“ (S. 5) zu verfolgen. Ein „Gesamtkonzept“ müsse „mehrere zusammenhängende Komponenten“ bündeln. Aufgelistet werden folgende Komponenten:

- „Förderung des wirtschaftlichen Potentials und Nutzung der natürlichen Ressourcen dieser Länder, vor allem in der Landwirtschaft (Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung);
- Investitionen in Schulbildung; in die handwerkliche, technische und kaufmännische Ausbildung vor Ort; in die elementare Gesundheitsvorsorge; und in die Aufklärung zur Geburtenkontrolle;
- Aufbau industrieller Strukturen gemäß den jeweiligen komparativen Vorteilen;
- weitgehende Beteiligung der Privatwirtschaft an Entwicklungsprojekten;
- Förderung des Bank- und Kreditwesens;
- Förderung marktwirtschaftlicher Strukturen in allen Bereichen;
- Förderung der wirtschaftlichen Eigeninitiative;
- Investitionen in Infrastrukturvorhaben mit hohem volkswirtschaftlichem Nutzen;
- Aufbau und Ausgestaltung der notwendigen Institutionen;
- Entwicklung regulatorischer Rahmenbedingungen;
- Einbeziehung in das internationale, arbeitsteilige Handelssystem mit Erleichterung der Ausfuhren der Entwicklungsländer in die Industrieländer und einem zeitlich begrenzten Schutz für den Aufbau der eigenen Wirtschaftsentwicklung;
- Unterbindung von Korruption und Korruptionsmentalität;
- strikte Mittelverwendungs- und Ergebniskontrolle.“ (S. 5)¹³

Auffallend an diesem Maßnahmen-Katalog sind vor allem die Punkte, die auch in den AfD-Programmen angesprochen werden. Dazu gehören

1. die „Förderung marktwirtschaftlicher Strukturen in allen Bereichen“ (vgl. WP 21), also auch in der Landwirtschaft, und die „weitgehende Beteiligung der Privatwirtschaft an Entwicklungsprojekten“ (ebd.).
2. die Einbeziehung der Projekte in die internationale Arbeitsteilung im Sinne der liberalen Politischen Öko-

nomie (ebd.), wobei der Freihandel hier noch gekoppelt wird mit einem „zeitlich begrenzten Schutz der eigenen Wirtschaftsentwicklung“ (vgl. ebd. und – ohne dieses Schutzversprechen – EP 20).

3. die Betonung adäquater institutioneller und „regulatorischer Rahmenbedingungen“ sowie der Korruptionsbekämpfung (vgl. EP 20) und der „Mittelverwendungs- und Ergebniskontrolle“ (vgl. EP 21).

FAZIT

Das Konzeptpapier von 2017 verfolgt eine „Entwicklungspolitik nach deutschem Interesse“, wie Gauland in der Pressekonferenz anmahnte. Obwohl das Papier detaillierter ausfällt als die Programmatik, sind die dort entwickelten Leitlinien weiterhin maßgeblich. Oberstes Prinzip ist die Verhinderung von Migration durch die Bekämpfung der Fluchtursachen. Alle vorgestellten Maßnahmen sind an die Erwartung geknüpft, dass die Empfängerländer Flüchtlinge „zurücknehmen“ und weitere Migration unterbleibt. Diese Politik der Erpressung wird zum zweiten verbunden mit dem erklärten Interesse, Entwicklungspolitik „weitgehend“ als Feld privatwirtschaftlicher, sprich: kapitalistischer Gewinnerwartungen zu definieren und die Entwicklungsländer „weitgehend“ in das System der internationalen Arbeitsteilung unter mehr oder weniger liberalen Vorzeichen zu integrieren. Im (späteren) Europawahlprogramm wird dann explizit Freihandel sans phrase gefordert.

Um diese Ziele im „deutschen Interesse“ durchzusetzen, wäre die AfD bereit, internationalen Absprachen z.B. im Rahmen der EU zuzustimmen. So verlautbarte Alice Weidel in der nun mehrfach erwähnten Pressekonferenz, dass ein EU-Sonderbeauftragter mit den nordafrikanischen Staaten zwecks Einrichtung von Asylzentren verhandeln solle. Und: „Damit es solche Aufnahmezentren auch im Bürgerkriegsland Libyen geben könne, müsse notfalls auch militärisch gehandelt werden. ‚Wo bleiben dort die Blauhelme?‘, fragte Weidel.“ (Die Welt vom 22.08.2017) Im Konzeptpapier wird in diesem Zusammenhang auch der zeitlich begrenzte Einsatz der Bundeswehr ins Auge gefasst.

Humanitäre Hilfe, um damit zu schließen, ist für die AfD keine staatliche Aufgabe, sondern soll nicht-staatlichen Organisationen überlassen werden (so im Programm) oder den entsprechenden Organisationen der Vereinten Nationen (so auch im Konzeptpapier).

¹³ Weitere – technische – Regularien für die Leuchtturmprojekte werden auf den Seiten 4 und 5 vorgestellt. Erwähnenswert ist noch, dass auch diese Projekte mit der Bereitschaft der Empfängerländer verkoppelt werden, „abgelehnte Asylbewerber aus Deutschland zurückzunehmen“ (S. 8).



IV. EUROPAWAHLPROGRAMM 2019

Mit dem Europawahlprogramm 2019 ergriff die AfD die Gelegenheit, ihr Europabild genauer zu umreißen und vor allem ihr Verhältnis zur EU (und zum Euro) näher zu bestimmen (Alternative für Deutschland 2019). Mit Blick auf die Entwicklungspolitik stellt sich die Frage, ob und inwieweit das Europawahlprogramm die von der AfD präferierte nationale Entwicklungsstrategie in eine europäisch abgestimmte Entwicklungspolitik eingebettet wissen will, die über das hinausgeht, was bislang, etwa im Konzeptpapier, festgehalten wurde.

Gleich zu Beginn des einschlägigen Abschnitts (EP 20f.) wird aber zunächst eine gegenteilige Perspektive eingeschlagen. Gegenüber der EU wird der Primat der nationalen Souveränität in einem „Europa der Nationen“ (so die zentrale Vision im EP) hervorgehoben: „Es gilt das Prinzip der Subsidiarität und der Wahrung des Eigeninteresses der Geberländer bei der Vergabe von Entwicklungshilfe.“ (EP 20) Dementsprechend wird ganz im Sinne einer Renationalisierungsstrategie, die den Rückbau von Kompetenzen von der EU-Ebene auf die einzelnen Nationalstaaten ins Auge fasst (dieses Ziel durchzieht das gesamte Europawahlprogramm!), die Rolle der EU auf eine bloße „Koordinierungsrolle“ zurechtgestutzt, die allein dazu diene, „Doppelmaßnahmen zu vermeiden“ (ebd.). In Abschnitt 6 des Programms, das unter dem Motto „Die Nationen schützen“ steht (EP 37-41), wird die Rolle der EU auf eine „operative und administrative Hilfe für die Mitgliedsstaaten“ (EP 39) festgeschrieben: „Die EU hat sich unter strikter Befolgung des Subsidiaritätsgrundsatzes künftig im Wesentlichen auf operative Hilfestellung für die Mitgliedsstaaten bei Abschiebungen sowie bei Verhandlungen über Rückführungsabkommen mit den Herkunftsstaaten zu beschränken.“ (EP 39)

Diese – nachordnende – Funktionszuweisung an die EU-Instanzen, deren notwendigen Um- und Rückbau die AfD ansonsten anstrebt, wird u.a. damit begründet, dass es „die politischen Eliten und Institutionen der EU“ seien, die mit ihrer Asyl- und Immigrationspolitik „die europäische Zivilisation in existenzielle Gefahr“ (EP 37) brächten. „Eine weitere Öffnung Europas für Zuwanderung aus anderen Kontinenten [werde] in relativ kurzer Zeit zu einer Marginalisierung der einheimischen Bevölkerungen führen.“ Eine „Politik der Grenzöffnung“ werde einen „Kulturabbruch historischen Ausmaßes zur Folge haben“, und angesichts „des aggressiv vordringenden Islams“ werde „die Destabilisierung unserer freiheitlichen Demokratien“ riskiert (ebd.). Deshalb verpflichtet die AfD die europäischen Nationen und die EU auf den von ihr bereits national geforderten „Paradigmenwechsel“: „Jegliche Einwanderung nach Europa muss so begrenzt und gesteuert werden, dass die Identität der europäischen Kulturnationen unter allen Umständen gewahrt bleibt.“ (Ebd.)



Von dorthier lehnt die AfD europäische Vereinbarungen „zur Aufnahme Migrationswilliger“ (EP 38) ab, darüber hinaus auch solche im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Ablehnung betrifft

- das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS), insbesondere die geplante Einführung „verbindliche[r] ‚Flüchtlings‘ – Aufnahmequoten“¹⁴ in den EU-Ländern sowie „Resettlement“-Programme,
- die UN-Abkommen „Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ (GCM) und „Globaler Flüchtlingspakt“ (GCR).

Stattdessen plädiert die AfD, anknüpfend an frühere Forderungen, eine „internationale Zusammenarbeit bei der heimatnahen Versorgung von echten [!] Flüchtlingen und beim Aufbau von Schutzzentren vor Ort“ (EP 38). Angebliche Schleuserdienste im Mittelmeerraum – gemeint sind die „aktuelle Praxis“ von Frontex und die humanitären Einsätze von Nichtregierungsorganisationen (NGO) – seien zu unterbinden.¹⁵ Die „Sicherung der Außengrenzen“ der EU sei Sache der unmittelbar „betroffenen Staaten“ und liege in deren nationalen Zuständigkeit (Vorbild: Ungarn!). Sei dies „dauerhaft“ nicht möglich, so sei der betreffende Mitgliedsstaat entweder auf „Anfrage“ zu unterstützen oder „als letzte Maßnahme temporär oder dauerhaft aus dem Schengen-Raum“ auszuschließen (EP 38). Unter der Devise „Grenzschutz ist Bürgerschutz“ (EP 39) sollten darüber hinaus „nationale Grenzkontrollen“ auch „dauerhaft“ wieder

14 Man beachte die Anführungszeichen: „Flüchtlings“-Aufnahmequoten.

15 Die humanitären Aktionen von NGOs im Mittelmeerraum werden als „schwere Straftat“ bewertet und seien zu „verfolgen“ (EP 39f.).



durchgeführt werden dürfen. Das Schengener Abkommen sei in diesem Sinne zu „reformieren“. So solle Deutschland bzw. die Bundesregierung „die EU künftig nicht mehr um Erlaubnis fragen müssen, wo, wann, auf welche Art und wie lange es Grenzkontrollen“ (EP 39) durchzuführen gedenkt.

In diesem Zusammenhang ist eine begriffliche Zuspitzung von Bedeutung. War im Konzeptpapier noch von Repatriierung die Rede, so wird nun im EP ein von der Identitären Bewegung aus Frankreich importierter Begriff aufgegriffen. Die Forderung nach „**Remigration**“ (EP 40) – ursprünglich ein Begriff aus der Migrationsforschung – gedacht als Gegenmittel gegen den „Großen Austausch“ (Le Grand Replacement) bzw. den „Bevölkerungsaustausch“ (vgl. Camus 2016) und als Gegenbegriff zu Integration, hat durch die Identitäre Bewegung Eingang in den Sprachhaushalt der AfD gefunden. Martin Sellner, Vordenker der Identitären in Österreich und Deutschland, schreibt im Rahmen einer apokalyptisch anmutenden Erzählung vom drohenden „Verschwinden der europäischen Völkerfamilie“: „Das bedeutet heute, im Angesicht der Invasion Europas, in erster Linie eine sofortige Grenzschließung und einen Beginn der Remigration, beginnend [!] mit der Ausweisung aller Illegalen, Gesetzesbrecher und Islamisten.“ (Sellner 2016, S. 194) Die AfD ist in diesem Punkt bereits weiter: Nicht nur wird „Kriminelle[n], sonstige[n] Rechtsbrecher[n] und Terroristen“ (EP 39) die Schutzberechtigung abgesprochen und nicht nur „abgelehnte Asylbewerber“ müssten das Land verlassen, sondern auch „anerkannte Asylbewerber“, wenn „die Rückkehr in einen Herkunftsstaat möglich“ sei. Es verwundert daher nicht, wenn die AfD kategorisch verlangt, es müsse „international im Internet Aufklärungsarbeit“ betrieben werden, „dass Deutschland niemanden mehr aufnimmt“ (EP 39).

Hier wird erneut der enge Zusammenhang zwischen einem rigiden Grenzregime – sowohl bezogen auf die EU-Außengrenzen als auch bezogen auf die nationalen Grenzen der EU-Mitgliedsstaaten – und einer Migrationsverhinderungs- und Flüchtlingsrückführungspolitik deutlich. Auch die Entwicklungspolitik wird wie im GP und WP an diesen Zusammenhang gekoppelt. „Entwicklungshilfe, die Gewährung von Visa sowie den Marktzugang in die EU wollen wir auf die Staaten beschränken, welche ihre abzuschiebenden Staatsbürger zurücknehmen und nicht eigenverantwortlich Fluchtgründe verursachen.“ (EP 40) Staaten in Kriegsregionen seien insofern durch eine „Wiederaufbau“-Hilfe von Seiten der EU zu unterstützen, als dass „von dort in die EU geflohene Menschen in ihre Heimat zurückkehren können“ (ebd.).

Auch folgende Positionen sind bereits aus dem GP und dem BW bekannt: Hervorgehoben werden eine „nachhaltige Armutsbekämpfung“ im Rahmen einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ (über eine „stetige wirtschaftliche Entwicklung, den Aufbau des Bildungssystems und funktionierende staatliche Institutionen“) und erneut der marktwirtschaftliche Charakter der

Entwicklungspolitik („privatwirtschaftliche Initiative, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und die Versorgungssicherheit“).

Neu dagegen sind zwei Aspekte: erstens die Beendigung von „Waffenexporte[n] in Krisenregionen und insbesondere an Willkürregime“ (wie das international bzw. EU-weit realisiert werden könnte, bleibt völlig offen); zweitens der Ausschluss solcher Staaten von der Entwicklungshilfe, „in denen Korruption, Vetternwirtschaft und Missmanagement vorherrschen“, und solcher Staaten, die über Atomwaffen verfügen wie China, Indien und Pakistan, und zu guter Letzt solcher Staaten, „die selbst Entwicklungshilfe gewähren“ (ebd.).¹⁶

Abschließend geht das EP dann doch noch auf das internationale Handelssystem ein, soweit die Beziehungen zwischen EU und Entwicklungsländern tangiert sind. Die AfD plädiert für einen **Freihandel** als eigentlich „wirksamste und unbürokratischste Form der Entwicklungshilfe“. Sie rekurriert damit auf die klassische Theorie der (relativen) komparativen Kostenvorteile, die der englische Ökonom David Ricardo im 19. Jahrhundert entwickelt hat. Als Voraussetzung definiert die AfD den offenen Zugang der Entwicklungsländer für ihre Güter und Dienstleistungen zu den Märkten der EU (unter Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse) und umgekehrt den Verzicht der EU-Länder auf die Subventionierung ihrer Produkte (z.B. Agrarprodukte) für die Ausfuhr in die Entwicklungsländer. Das klingt auf den ersten Blick ansprechend, würde aber die asymmetrische Beziehung zwischen Rohstoff- und Lebensmittelproduzenten einerseits und Industriegüter- und High Tech-Produzenten auf der anderen Seite festschreiben. Der noch im WP-Programm angesprochene „angemessene[] Schutz für den Aufbau der eigenen Wirtschaftsentwicklung“ (WP 21) (z.B. in Form von Schutzzöllen für Industriegüter) wird im EP nicht mehr erwähnt. Das würde ja auch dem Prinzip des Freihandels widersprechen. Damit muss aber entschieden bezweifelt werden, dass eine am Freihandel orientierte Außenwirtschaftspolitik zur Bekämpfung von Fluchtursachen beitragen könnte.

16 Die beiden letzteren Ausschlusskriterien finden sich auch in dem Entschließungsantrag der AfD vom 13.04.2019 an den Bundestag (vgl. dazu Näheres in Teil 2, Abschnitt IV).



V. ZWISCHENERGEBNIS

1. Die AfD versteht unter Entwicklungspolitik im Wesentlichen eine Politik der Migrationsverhinderung und Flüchtlingsrückführung. Explizit wird sie als „Hebel“ definiert, um Entwicklungsländer dazu zu ‚bewegen‘, Geflüchtete wieder aufzunehmen und potenzielle Migranten an einer Auswanderung nach Europa und Deutschland zu hindern.
2. Der Stellenwert der Entwicklungspolitik ist sekundär gegenüber dem Hauptanliegen der AfD, das Grenzregime zu verschärfen, sowohl bezogen auf die Außengrenzen Europas als auch – unter Abkehr vom Schengener Abkommen – auf den Schutz der nationalen Grenzen. Zudem bekennt sich die AfD zu einer Vorverlegung des Grenzregimes in „*außereuropäische Aufnahmezentren*“, z.B. in Nordafrika, in die abgelehnte Asylbewerber abgeschoben werden bzw. neue Geflüchtete Asylanträge stellen können. Das individuelle Grundrecht auf Asyl soll abgeschafft werden.
3. Erklärtes Ziel der AfD ist die „Null-Zuwanderung“ von Geflüchteten. Auch anerkannte Asylbewerber sollen nach Beendigung des Fluchtgrundes (z.B. Bürgerkrieg) in ihre Heimatländer zurückkehren. Eine legale Einwanderung sieht die AfD nur für solche Zuwanderer vor, die aufgrund ihrer besonderen Qualifikationen und ihrer Assimilationsbereitschaft erwünscht sind (kanadisches Modell).
4. Entwicklungspolitik soll sich auf „einige wenige“ Leuchtturmprojekte mit dem Ziel der „Hilfe zur Selbsthilfe“ konzentrieren, und zwar in den Ländern, die bereit sind, sich den (unter Punkt 1 definierten) Erwartungen zu fügen. Entwicklungsprojekte sollen weitgehend privatwirtschaftlich organisiert sein. Humanitäre Hilfe soll Nicht-Regierungsorganisationen, kirchlichen Hilfswerken und UN-Organisationen überlassen bleiben.
5. Als „beste“ Entwicklungspolitik wird die Einbeziehung von Entwicklungsländern in die internationale Arbeitsteilung bzw. in den Freihandel betrachtet. Soweit Schutzmaßnahmen für die Wirtschaftsentwicklung in den ausgewählten Ländern angesprochen werden (zuletzt im EP nicht mehr), werden sie nicht genauer aufgeschlüsselt. Das Plädoyer der AfD für Freihandel widerspricht tendenziell ihrem Ansinnen, mit Entwicklungspolitik (ökonomische) Fluchtursachen zu bekämpfen.
6. Die AfD begreift sich als Verteidigerin der „nationalen Souveränität“. Entwicklungspolitik soll sich also primär am nationalen Interesse orientieren. Die „deutsche“ Entwicklungsstrategie der AfD lehnt internationale (multilaterale) Abkommen und Vereinbarungen wie den UN-Migrationspakt (GCM) oder den Global Compact for Refugees (GCR) ab. Auch auf europäischer Ebene wird etwa das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) abgelehnt. Die EU soll sich hauptsächlich auf „*operative Hilfestellung für die Mitgliedsstaaten*“ konzentrieren. Zeitlich begrenzte Einsätze der Bundeswehr unter UN-Mandat, um Aufnahmezentren z.B. in Libyen durchzusetzen, hält die AfD für denkbar.
7. Der weltanschauliche Hintergrund der AfD-Haltung zur Entwicklungspolitik bildet der in der Programmatik verankerte völkische Nationalismus. Den Programmen der AfD liegen die völkische Idee der Abstammungsgemeinschaft und die Vorstellung einer ethnisch homogenen Gemeinschaft zugrunde. Darauf basieren die Betonung des ‚Eigenen‘ und die Exklusion des ‚Fremden‘. Dem Islam wird eine besondere Aggressivität attestiert.
8. Feindselig steht die AfD humanitären Aktivitäten gegenüber wie den Rettungsaktionen im Mittelmeer, die, soweit sie von privaten Organisationen getragen werden, als „kriminelle Straftat“ betrachtet werden. Aber auch Frontex und der Bundeswehr werden „Schlepper-Dienste“ zum Vorwurf gemacht.

Teil 2: Entschließungsanträge der AfD im Bundestag

Durch den Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag im September 2017 hat sich für die AfD ein neues Feld der politischen Einflussnahme eröffnet. Mit 12,6 Prozent der Stimmen und zunächst 92 und derzeit 89 Abgeordneten ist sie die stärkste Oppositionspartei. Im Jahr 2018 brachte sie 91 Anträge und 21 Gesetzesentwürfe ein, nach Aussage Gerd Wiegels „nicht schlecht für eine völlig neue Fraktion im Bundestag“ (Wiegel 2019, S. 186). Der Schwerpunkt der Anträge bzw. Gesetzesentwürfe lag im Bereich der Innenpolitik und beim Thema Flucht und Asyl (ebd., S. 187). Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges und Gerd Wiegel kommen in ihrer Untersuchung zu „Rechtspopulisten im Parlament“, die auch die Landtagsfraktionen mit einbezieht, zu folgendem Schluss: „Für die Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktionen der AfD steht das Thema ‚Migration und Flüchtlinge‘ ganz oben auf der Agenda“ (Butterwegge et al. 2018, S. 64). Es handle sich um ein „Schlüsselthema“. Wie in Teil 1 gesehen, berührt es aus der Sicht der AfD auch substantiell das Feld der Entwicklungspolitik. Außenwirtschaftspolitische Aspekte, auch das ist deutlich geworden, kommen hinzu. – Im Folgenden werden relevante Entschließungsanträge der AfD im Bundestag, chronologisch über den Zeitraum von 2018–2020 verteilt, untersucht, um das bisherige Bild abzurunden.

I. ENTWICKLUNGSPOLITIK UND DER KULTURKAMPF VON RECHTS (HIER: CHRISTENVERFOLGUNG)

Die AfD betrachtet den Islam als aggressive Religion und Kultur. In einer Plenardebatte äußerte sich der Abgeordnete Gottfried Curio dazu wie folgt: „Der innere Friede verträgt keine weitere Zuwanderung dieser einschlägigen Art, keine archaischen Clanstrukturen – die toll integrierten libanesischen Familienclans –, keine kulturfremden, teils gesetzeswidrigen Leitvorstellungen des Islam bis hin zur Terrorbedrohung, keine Machokultur und keinen Hass auf andere Bevölkerungsgruppen, keinen massenhaft importierten Antisemitismus.“ (Zit. nach Butterwegge et al. 2018, S. 71)¹⁷

Der Islam, das wird hier deutlich, ist gewissermaßen der Hauptfeind der AfD,¹⁸ sowohl aus nationaler als auch eu-

17 Vgl. Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 7.-Sitzung, 18. Januar 2018, S. 531.

18 Vgl. dazu mit Bezug auf die programmatische Aussagen der AfD zum Islam vgl. Kellershohn (2019a, 100f.); Butterwegge et al. sprechen vom „Hauptfeindbild“ (S. 72).



ropäischer Sicht. Der Topos vom christlichen Abendland („unsere abendländische christliche Kultur“, GP 6) verbindet beide Räume – Nation wie Europa – ebenso wie die Berufung auf „die jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur“ (GP 48) sowie die Aufklärung in einer binären Frontstellung gegen den Islam: „Der in Europa bereits stattfindende Kulturkampf zwischen Abendland und dem Islam als Heilslehre und Träger von nicht integrierbaren kulturellen Traditionen und Rechtsgeboten kann nur abgewendet werden durch ein Bündel von defensiven und restriktiven Maßnahmen, die eine weitere Zerstörung der europäischen Werte des Zusammenlebens aufgeklärter Bürger verhindern.“ (WP 47)

In diesen „Kulturkampf“ ist aus der Sicht der AfD auch Entwicklungspolitik involviert. In einem Antrag an den Bundestag vom 17. April 2018 – von den Abgeordneten Jürgen Braun, Dr. Anton Friesen, Verena Hartmann, Volker Münz, Armin-Paul Hampel sowie der Fraktion eingebracht – fordert die AfD „Christenverfolgung stoppen und sanktionieren“ (Drucksache 19/1698).¹⁹ In dem Antrag heißt es: „Christen werden insbesondere in kommunistischen und islamischen Ländern diskriminiert, ausgegrenzt und verfolgt.“ Laut der Hilfsorganisation Open Doors werde die „Anzahl verfolgter Christen [...] weltweit auf 200 Millionen geschätzt“. Der „Weltverfolgungsindex“ dieser internationalen

19 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/016/1901698.pdf>



Organisation, deren deutsche Niederlassung der evangelikalen *Deutschen Evangelischen Allianz* nahesteht, verzeichne „auf den ersten zehn Plätzen“ neun Staaten „mit einer muslimischen Mehrheitsbevölkerung“, in denen „Christen besonders schweren Repressionen ausgesetzt“ seien.

Die Erhebungsmethoden von Open Doors, die Verwendung bestimmter Analysekatoren wie der Kategorie „Verfolgung“ und das konstatierte Ausmaß der Repression sind nicht unumstritten und zum Teil fragwürdig (vgl. Köhler 2016). Darauf soll hier aber nicht näher eingegangen werden. Von Seiten der katholischen Deutschen Bischofskonferenz (DBK) und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gab es 2013 einen eigenen „Ökumenischen Bericht zur Religionsfreiheit von Christen weltweit“, der zu differenzierteren Ergebnissen kam.

Unabhängig davon soll auf zwei Aspekte eingegangen werden, die bei Lektüre des AfD-Antrages ins Auge fallen.

Das Hauptaugenmerk des Antrages liegt auf menschenrechtswidrigen Praktiken und Gesetzen in islamischen Ländern. So gebe es dort z.B. „Regelungen, welche die Glaubensausübung von Christen und Kirchen erheblich“ einschränken: „Dazu zählen Restriktionen u.a. beim Bau von Gotteshäusern, dem Erwerb von Grundstücken zum Zwecke der Errichtung religiöser Stätten oder das Verbot von Gottesdiensten.“ Diese Verstöße gegen den Grundsatz der Religionsfreiheit veranlassen die Verfasser des Antrages keineswegs zu einer selbstkritischen Sicht auf die Haltung der AfD gegenüber den Rechten von Muslimen und Muslimas in Deutschland. Anders ausgedrückt: Hier wird mit zweierlei Maß gemessen.

Zu den oben angesprochenen „defensiven und restriktiven Maßnahmen“, zu denen die AfD in ihrem „Kulturkampf“ gegen den Islam greift, gehört nicht zuletzt der Kampf gegen die Errichtung von Moscheen in Deutschland. Das bekannteste Beispiel ist das Vorgehen der Thüringer AfD gegen den Bau der Ahmadiyya-Moschee in Erfurt, die von Björn Höcke als „Teil eines langfristigen Landnahmeprojekts“ bezeichnet wird. Die *Süddeutsche Zeitung* schrieb dazu: „Die Muslime werden in dieser Logik zu Eroberern, die AfD zur ersten Verteidigungslinie – und Erfurt zum Testfall einer antimuslimischen Eindämmungspolitik.“ (Munzinger 2016). Auch in anderen Städten wie in Schwerin, Rostock, Solingen, Uhingen oder Karlsruhe organisiert die AfD getreu nach der Devise „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ Kampagnen gegen den Bau von Moscheen.

Der zweite Aspekt berührt unmittelbar das Thema Entwicklungspolitik. In ihrem Antrag „Christenverfolgung stoppen und sanktionieren“ verlangt die AfD mit Blick auf islamische Staaten eine „härtere Gangart“, um die Achtung der „Religionsfreiheit von Christen und andere[r] religiöse[r] Minderheiten“ durchzusetzen. Entwicklungshilfeleistungen seien „für Staaten zu kürzen oder ggf. sogar komplett zu streichen, die Christen rechtlich, sozial, gesellschaftlich und

politisch diskriminieren“. Die „finanzielle Unterstützung von Entwicklungsländern“ müsse „prinzipiell an die Einhaltung der Menschenrechte, vor allem der Religionsfreiheit, geknüpft“ werden. Dazu müsse die Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf Handelsabkommen ihre „Marktmacht [...] stärker als bisher in Anspruch“ nehmen. Auch auf EU-Ebene müsse bei Handels- oder Assoziierungsabkommen „Druck auf Staaten“ ausgeübt werden, „in denen Christen benachteiligt werden“. Hier wird also ein Argumentationsmuster reproduziert, wie es bereits in der Frage der Migrationsverhinderung und Flüchtlingsrückführung appliziert wurde.

II. DIE DURCHSETZUNG VON ABSCHIEBUNGEN

Der Antrag vom 16.10.2018 „*Entwicklungshilfe für bei Abschiebungen nicht kooperierende Staaten beschränken*“ (Drucksache 19/5042)²⁰ moniert die Diskrepanz zwischen der Anzahl der Personen, die an sich ausreisepflichtig und zugleich nicht geduldet seien, und der Anzahl derjenigen, die tatsächlich rückgeführt würden. Der Grund für die Differenz zwischen den „Soll- und Ist-Werte[n] bei Rückführungen“ sieht der Antrag in dem Verhalten bestimmter Staaten (angesprochen werden vor allem die Maghreb-Staaten), die sich weigerten, „eigenen Staatsbürgern die üblichen Ausweispapiere oder vergleichbare Dokumente auszuhändigen“ und „eigene Staatsbürger einreisen zu lassen“. Dies wiederum habe wesentlich damit zu tun, dass diese Staaten ein Interesse an den „Rücküberweisungen“ der Ausreisepflichtigen an ihre Angehörigen im Heimatland hätten.

Eine „Sperrung der Rücküberweisungen“ allein aber sei nicht zielführend. Stattdessen fordert die AfD ganz im Sinne ihrer programmatischen Linie, „bilaterale Entwicklungsleistungen, die im Rahmen der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) von deutscher Seite erbracht“ würden, „so lange zu kürzen und letztlich zu streichen, bis diese Staaten wieder zu einer Handhabung von Anfragen bezüglich der Ausstellung von Ausweisdokumenten“ zurückfänden, um damit in der Folge „eine erfolgreiche Ausweisung ihrer Staatsangehörigen aus Deutschland“ zu ermöglichen.

III. KEIN BEITRITT ZUM GLOBAL COMPACT FOR MIGRATION

Im Vorfeld der Konferenz von Marrakesch am 10./11.12.2018, auf der 164 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen für die Annahme des „*Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration (GCM)*“ (im Folgenden kurz: UN-Migrationspakt) stimmten, organisierte die AfD eine Gegenkampagne. Am 07.11.2018 brachte die Bundestagsfraktion einen Antrag unter dem Titel „*Kein Beitritt zum Global Compact for Migration durch die Bundesrepublik Deutschland*“ (Druck-

20 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/050/1905042.pdf>

sache 19/5530)²¹ in den Bundestag ein. Auch das Europawahlprogramm bringt die Ablehnung des Paktes zum Ausdruck (s. oben).

Die AfD betrachtet in ihrem Antrag den UN-Migrationspakt als direkten „Angriff auf die nationale Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, die demokratische Legitimation staatlichen Handelns sowie auf das Rechtsstaatsprinzip“. Im Wesentlichen stützt sich die den Pakt ablehnende Argumentation auf vier Kritikpunkte.

1. Entgegen der in der Präambel (Ziffer 7)²² festgehaltenen Bestimmung des Pakts als eines „rechtlich nicht bindenden Kooperationsrahmen[s]“ („a non-legally binding, cooperative framework“) geht die AfD davon aus, dass auch eine „rein politische Erklärung“ mit der Zeit einen gewohnheitsrechtlichen Charakter (Völkergewohnheitsrecht) annehmen und sogar „als völkerrechtliches ius cogens“ (zwingendes Völkerrecht) „behauptet“ werden kann. Das so genannte „Soft Law“ (Empfehlungen, Resolutionen und Deklarationen von Gremien, Organen und Sonderorganisationen der UN oder regionaler Einrichtungen) könne „(etwa durch dessen Anerkennung als internationaler Menschenrechtsstandard durch nationale Gerichte, aber auch den EuGH oder den EGMR) faktisch zu geltendem Recht werden, ohne dass ein nationales Parlament je einen völkerrechtlichen Vertrag ratifiziert haben“ müsse. Im Ergebnis sieht die AfD im UN-Migrationspakt einen Widerspruch zur „zentralen idée directrice des heutigen Völkerrechts, nämlich dem Selbstbestimmungsrecht der Völker“.
2. Die AfD moniert des Weiteren, dass der UN-Migrationspakt „massiv in die Presse-, Meinungs- und Forschungsfreiheit“ eingreife. Es werde ein „verbindliches Narrativ für die Migration definiert“, indem sie „sehr einseitig als positiv für die Aufnahmegesellschaft“ dargestellt werde, nämlich als „Quelle des Wohlstands, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung“ (Ziffer 8 der Präambel). „Es sollen“, so die AfD, „nur Vorteile der Einwanderung mit der Aufnahmegesellschaft kommuniziert, negative Aspekte unterbunden werden.“ Der Vorwurf lautet, dass die Medien auf dieses Narrativ verpflichtet werden sollen.
3. Der dritte Kritikpunkt macht die fehlende „Unterscheidung zwischen legaler und illegaler Migration“ geltend. Stattdessen sei von Irregularität („irregular status“) die Rede, „wobei die Staaten dann aber regelmäßig verpflichtet“ seien, den irregulären Status „möglichst durch Prozeduren der Legalisierung [...] in einen regular

status zu verwandeln (Nr. 23h und i GCM).“ Die Ausweisung illegaler Migranten (laut AfD „der eigentliche Normalfall [!] eines jeden funktionierenden nationalen Ausländer- und Aufenthaltsrechts“) werde im UN-Migrationspakt „tendenziell als arbitrary expulsion (willkürliche Ausweisung) betrachtet“. Abgelehnt werden auch Resettlement-Programme („ohne Durchlaufen eines Asylverfahrens“) und die Umsiedlung von „Klimaflüchtlingen“.

4. Unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten kritisiert die AfD besonders die unter Ziffer 36 des UN-Migrationspakts eingegangene Verpflichtung, „schnellere, sichere und kostengünstigere Rücküberweisungen zu fördern“, die von Migranten in ihre Heimatländer getätigt werden. Rücküberweisungen, heißt es im UN-Text, seien „eine wichtige Quelle privaten Kapitals“ und dürften „nicht mit anderen internationalen Finanzströmen wie ausländischen Direktinvestitionen, öffentliche Entwicklungshilfe und anderen öffentlichen Quellen der Entwicklungsfinanzierung gleichgesetzt werden“. Die AfD lehnt diese Auffassung unter Bezugnahme auf den Migrationsforscher Jochen Oltmer ab, „weil damit die entsprechenden Familien einen finanziellen Vorteil gegenüber anderen Familien im jeweiligen Land hätten und der jeweilige Staat seine Ausgaben für Bildung und Gesundheit herunterschrauben könnte“. Rücküberweisungen würden sich so „gerade als Migrationsursache – und nicht als Stabilitätsfaktor“ erweisen.

Speziell dieses letzte Argument zeigt, um die Tendenz des AfD-Antrages abschließend zu beurteilen, dass die AfD multilaterale Vereinbarungen über eine bessere, allen Seiten gerecht werdende Migrationspolitik grundsätzlich ablehnt. Der „vorliegende Vertragstext“, so die Kritik, anerkenne „die Flucht- und Migrationsursachen als gegeben“ und regle die Massenmigration „stattdessen auf Kosten der Aufnahmeländer“, und zwar so, „dass es in Zukunft keine ‚illegale Migration‘ mehr geben“ könne. Aber auch die „Probleme der Herkunftsländer“ würden zusätzlich „verschärft“. So würde der „Brain Drain“ aus den Entwicklungsländern“ befördert, und das System der Rücküberweisungen führe zu „Korruption und Misswirtschaft“ und behindere „eine tragfähige wirtschaftliche und soziale Entwicklung“ in den Entwicklungsländern.



21 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/055/1905530.pdf>

22 Text siehe unter <https://www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf>



Getreu ihrer programmatischen Linie und getreu ihrer Betonung der nationalen Souveränität definiert die AfD die „Aufgabe der deutschen Entwicklungspolitik“ dahingehend, dass sie sich „der Bekämpfung der Fluchtursachen“ zu verschreiben habe. Eine „effektive Entwicklungspolitik“ müsse darauf abzielen, „Migrationsströme zu reduzieren“. Der Massenmigration müsse „mit zielorientierten, nachhaltigen, entwicklungspolitischen Maßnahmen begegnet werden“. Was die AfD sich darunter vorstellt, ist anhand ihrer Programmatik ablesbar.

IV. WELTMARKTKONKURRENZ UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT – DIE „SCHWELLENLÄNDER“

Am 13.04.2019 brachte die AfD-Fraktion einen Antrag in den Bundestag ein mit dem Titel „Aufstrebenden Wirtschaftsmächten den Status als Entwicklungsland entziehen – Keine Förderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und des Außenhandels für Schwellenländer“ (Drucksache 19/8986)²³.

Für die AfD ist „Entwicklungspolitik [...] ein Teil der auswärtigen Angelegenheiten“ und als solcher allein „deutschen Interessen verpflichtet“. Ebenso gehöre der Außenhandel „zum Kernbereich deutscher nationaler Interessen“, auch wenn „handelspolitische[] Kompetenzen an die Europäische Union“ abgetreten worden seien. Dies vorausgesetzt betont die AfD, dass der Bundestag „gehalten [sei], eine umfassende politische Beurteilung bei der Frage abzugeben, welche Staaten als Entwicklungsländer anzusehen [seien] und welche nicht“. Diesbezüglich sei es notwendig, Kriterien zu entwickeln, anhand derer entschieden werden könne, „ob ein Staat potentiell in der Lage ist, die Zielsetzungen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland aus eigener Kraft zu erreichen“. (3) Gemeint ist die Frage, ob die von der AfD immer wieder bemühte „Hilfe zur Selbsthilfe“ überhaupt noch notwendig ist. Schließlich gehe es um „einen verantwortungsvollen Umgang mit deutschen Steuergeldern“, und – hier rückt die Weltmarktkonkurrenz in den Blick – zudem könne es nicht im deutschen Interesse sein, „potentielle Wettbewerber mit deutschen Steuergeldern zum eigenen Nachteil zu subventionieren“. (4) Es müsse „primäres Interesse“ sein, „den eigenen Wohlstand zu erhalten und zu sichern sowie die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen“.

Mit diesem wohlstandschauvinistischen Argument und dem Blick auf die Weltmarktkonkurrenz sortiert die AfD nun die Empfängerländer danach, inwieweit ihr Status als Entwicklungsländer – die AfD vermeidet hier den von der Bundesregierung verwendeten Begriff des „Partnerstaates“ – noch gegeben ist. Dabei bezieht sie sich erstens auf die

Länderliste der OECD bzw. ihres Entwicklungsausschusses (Development Assistance Committee, DAC), auf der die so genannten Entwicklungsländer festgehalten werden. Sie bildet die Grundlage für die Erfassung öffentlicher Entwicklungsleistungen (Official Development Assistance, ODA). Zweitens bezieht sie sich auf die Länder, die von der EU im Rahmen der so genannten APS-Verordnung als förderungswürdig deklariert werden. Das Allgemeine Präferenzsystem (APS), so das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, „ist ein handelspolitisches Instrument der Europäischen Union“, das Entwicklungsländern „Zollermäßigungen, sogenannte Zollpräferenzen, bis hin zu vollständiger Zollfreiheit“ gewährt.²⁴ Und drittens bezieht sie sich „auf Entwicklungsländer im Sinne der deutschen Entwicklungspolitik, die zur Ausschüttung von deutschen staatlichen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit führt“ (4).

Anhand von „Indikatoren“, die die AfD hinsichtlich der „Fähigkeit der eigenverantwortlichen Entwicklung“ (1) für wichtig erachtet (Wirtschaftskraft, Wirtschaftswachstumsraten, Staatseinnahmen) sowie anhand weiterer politischer und militärischer Faktoren, wie u.a. des Besitzes von Atomwaffen oder der „Mitgliedschaft in einflussreichen multilateralen Zusammenschlüssen wie der G20“ (2), kommt die AfD zu dem Ergebnis, dass bestimmten Ländern „der Status eines Entwicklungslandes“ im Rahmen der OECD bzw. des DAC „aberkannt“ werden sollte (2). Dazu gehören die G20-Mitgliedsstaaten Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Südafrika und Türkei sowie – als Nicht-G20-Land – Pakistan. Darüber hinaus sollen im Falle von Indonesien, Pakistan und Südafrika „die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit“ (2) beendet und auch „Zuwendungen an private Träger im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit“ nicht mehr bewilligt werden. In Bezug auf die APS-Verordnung der EU soll die Bundesrepublik Deutschland darauf hinwirken, dass Indien, Indonesien und Pakistan die „gewährten Zollpräferenzen entzogen werden“ (2).

V. ABLEHNUNG DER AGENDA 2030

Am 25.09.2019 brachten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff, Ulrich Oehme, Thomas Ehrhorn und die Fraktion einen Entschließungsantrag „Ablehnung der UN-Resolution ‚Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung‘ und Formulierung eigener Ziele der Entwicklungsarbeit“ (Drucksache 19/13531)²⁵ in den Bundestag ein.

Die Agenda 2030 mit ihrem Kernstück, den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), wurde am 25.09.2015 von der Generalversammlung

23 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/055/1905530.pdf>

24 <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/zollabwicklung-allgemeines-zollpraferenzsystem-aps.html>

25 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/135/1913531.pdf>



der Vereinten Nationen verabschiedet.²⁶ Das BMZ schreibt dazu²⁷: „Mit der Agenda 2030 [...] drückt die internationale Staatengemeinschaft ihre Überzeugung aus, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen. Die Agenda 2030 gilt für alle Staaten dieser Welt: Entwicklungsländer, Schwellenländer und Industriestaaten. [...] Die Agenda 2030 stellt benachteiligte und diskriminierte Bevölkerungsgruppen sowie die Ärmsten der Armen in den Mittelpunkt.“

Die AfD stellt dazu fest, dass die Agenda „als Instrument deutscher Entwicklungszusammenarbeit nicht geeignet“ ist. Die Ziele seien „utopisch und in weiten Teilen unpräzise“, die Agenda verletze „deutsche[] Souveränitätsrechte“. Die Kritik am UN-Migrationspakt, der sich auf die Agenda beziehe, wird wiederholt. Auch die Agenda 2030 gehe zu Lasten der Industrienationen, während „die wirtschaftliche Entwicklung in Entwicklungsländern“ mit ihr nicht „nachhaltig positiv“ werden könne. (1)

Die AfD lehnt daher die Agenda 2030 ab; die Bundesregierung solle sich bei den Vereinten Nationen um ihre Aufhebung bemühen und sie nicht mehr als Grundlage ihrer Entwicklungszusammenarbeit betrachten. Stattdessen schlägt die AfD ein eigenes Konzept mit folgenden „Richtlinien“ vor, die sich im Rahmen ihrer Programmatik bewegen, aber auch einen neuen Aspekt ins Spiel bringen.

1. Die AfD besteht auf der „gegenseitigen Achtung“ (2) der nationalen Souveränität im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und im Rahmen internationaler Abkommen, z.B. auf der Ebene der Vereinten Nationen. „Vor allem der Schutz und die Kontrolle der Landesgrenzen sind hierbei fundamen-

tale Souveränitätsrechte. Reiseregungen können in bilateralen Übereinkünften geregelt werden, aber nicht über die Hintertür multilateraler Selbstverpflichtungen, wie sie beispielsweise der UN-Migrationspakt enthält.“ Die Bundesregierung dürfe sich nicht in die „inneren Angelegenheiten“ der Partnerstaaten einmischen (4f.). Die AfD verschweigt an dieser Stelle, dass genau diese Einmischung Gegenstand ihrer eigenen entwicklungs-politischen Vorstellungen ist.

2. Die AfD verlangt die „Anerkennung und Achtung der nationalen, regionalen, kulturellen und religiösen Unterschiede von Entwicklungsländern“ (2). Gemeint ist, dass die Entwicklungszusammenarbeit nicht der „Transformation bzw. Anpassung der Gesellschaften an einen wie auch immer gearteten ideologischen Wertekanon“ dienen dürfe. Diese Formulierung ist vage gehalten, setzt aber einen neuen Akzent, sie richtet sich gegen die „Förderung der ‚Zivilgesellschaft‘ in den Empfängerländern“ (2). Laut BMZ verweist der Begriff „Zivilgesellschaft“ auf den Bereich der Gesellschaft, „der zwischen dem staatlichen, dem wirtschaftlichen und dem privaten Sektor angesiedelt ist“. Dieser Bereich, so das BMZ, umfasse „die Gesamtheit des Engagements der Bürger eines Landes – zum Beispiel in Vereinen, Verbänden und vielfältigen Formen von Initiativen und sozialen Bewegungen“, die „nicht profitorientiert und nicht abhängig von parteipolitischen Interessen“ seien.²⁸ Darauf also zielt die Formulierung im AfD-Antrag. Deutschland dürfe nicht von außen „politische Werte“ oktroyieren, diese dürften allenfalls „freiwillig“ übernommen werden. Dass die AfD z.B. ihre Vorstellung von Religionsfreiheit durchaus für maßgeblich erachtet, wird verschwiegen. Zudem erklärt sie ganz offen, dass „Druck“ dann auszuüben sei, wenn „genuine nationale Interessen Deutschlands betroffen“ (2) seien.
3. Die AfD fordert die „Stärkung der Wirtschaft [in den Empfängerländern] durch Kooperation anstatt durch Einmischung“, vor allem mit Hilfe bilateraler Abkommen. Durch solche Kooperationsprojekte würden „auch für die deutsche Wirtschaft neue, stabile Märkte“ (2) entstehen. Die Entwicklung der Wirtschaft auf Seiten der Kooperationspartner werde „für künftige Abnehmer deutscher Technologie sorgen“ (5).
4. In Anknüpfung an Punkt 2 definiert die AfD als sicherheitspolitische Richtlinie, dass die Bundesregierung „weder friedliche noch militante oppositionelle Gruppen in den Empfängerländern fördern oder unterstützen“ (2) dürfe und daher „auf zivilgesellschaftliches Engagement“ verzichten müsse. Nach Meinung der AfD trügen „zivilgesellschaftliche Projektförderungen“

26 Text siehe unter <https://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf>

27 http://www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/

28 <https://www.bmz.de/de/service/glossar/Z/zivilgesellschaft.html>



erfahrungsgemäß „zur Destabilisierung in den Empfängerländern“ bei – mit möglicherweise „negative[n] Auswirkungen auf die innere Sicherheit Deutschlands“ (z.B. illegale Migration“) (2).

- Als fünfte Richtlinie erneuert die AfD ihre Forderung nach einer Migrationsverhinderungspolitik. Sie definiert „Entwicklungsarbeit als Migrationsbarriere“ (2).

VI. ENTSCHEIDUNGSANTRAG ZUM HAUSHALT DES BMZ 2020

In ihrem Entschließungsantrag zum Haushaltsplan 2020 für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Drucksache 19/15508²⁹) kondensiert sich die entwicklungspolitische Positionierung der AfD auf drei Seiten. Nachdem sie zunächst pauschal feststellt, dass die „deutsche Entwicklungspolitik der letzten Jahrzehnte (...) gescheitert“ sei, da eine „sich selbst tragende Entwicklung als originäres Ziel der Entwicklungszusammenarbeit“ über Jahrzehnte hinweg nicht erreicht werden können, fordert die Partei eine grundlegende Neuausrichtung (1). Diese habe „auf der Grundlage deutschen Interesses sowie demjenigen der jeweiligen Partner“ zu erfolgen. Als deutsche Interessen seien dabei wirtschaftliche, aber auch migrations- und sicherheitspolitische Interessen zu vertreten. Welche Interessen die „Partner“ haben könnten, wird nicht definiert. Stattdessen bedient sich der Antrag der von der Neuen Rechten gepflegten Ideologie des Ethnopluralismus: „[...] die Verantwortung für das Eigene verpflichtet [...] zur Achtung der jeweiligen Kultur und Selbstbestimmung“.

In Fortführung des Antrags zur Agenda 2030 wird konstatiert, dass die dort eingeforderte „ökologische, soziale und ökonomische Transformation [...] nicht im Interesse Deutschlands“ sei: Gegen zivilgesellschaftliche Initiativen gerichtet, heißt es, diese Transformation umfasse „jeden Bereich menschlichen Lebens“, sie führe zudem „zur Aushebelung marktwirtschaftlicher Prinzipien“ und zu „ungerechtfertigter globaler Umverteilung“. Die entwicklungspolitische Akteurslandschaft sei grundlegend zu erneuern, wenn sie nicht zum „reinen Selbstzweck einer ‚Entwicklungshilfe-Industrie‘ verkommen soll“ (2).

Es folgt ein Katalog von 20 Einzelanträgen, die auf einen Kahlschlag des Gesamtbudgets des BMZ hinauslaufen. International eingegangene Verpflichtungen wie die Agenda 2030 oder Budgetziele sollen aufgekündigt werden. Zusagen sollen erst nach einer umfassenden Bedürftigkeitsprüfung erteilt werden und Entwicklungspartner einen „angemessenen“ Eigenanteil leisten. Die Zusammenarbeit mit der „sogenannten Zivilgesellschaft“ soll reduziert und in weiten

Teilen ganz eingestellt, dafür aber „die Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie“ in Fragen der Entwicklungspolitik „erheblich“ intensiviert werden; kirchliche Träger sollen keine Globalbewilligungen mehr bekommen und Projekte politischer Stiftungen nicht weiter gefördert werden. Wirtschafts-, migrations- und sicherheitspolitische Interessen Deutschlands seien stärker zu berücksichtigen. Die GIZ solle gestrafft und die Engagement Global gGmbH aufgelöst werden. Evaluierungsinstitutionen und -verfahren seien zu stärken (3).

VII. ROHSTOFFE, ENTWICKLUNGSPOLITIK UND DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Die Präferenz der AfD für eine vorwiegend privatwirtschaftlich und primär am nationalen Interesse organisierte Entwicklungspolitik wird an einem Antrag vom 03.03.2020 deutlich, der der Rohstoffversorgung gewidmet ist: „Entwicklungszusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen konzipieren – Rohstoffversorgung der deutschen Industrie sicherstellen“ (Drucksache 19/17525³⁰). Der AfD-Abgeordnete Lothar Maier begründete in der diesbezüglichen Plenarsitzung des Deutschen Bundestages den Antrag. Seine Rede wird im Folgenden mitberücksichtigt (Plenarprotokoll vom 05.03.2020³¹).

„MIT ROHSTOFFEN WIRD MACHPOLITIK BETRIEBEN“ (LOTHAR MAIER, AfD)³²

Der Antrag ist in mehrfacher Hinsicht von Interesse. Erstens nimmt er sich die Außenwirtschaftspolitik der Volksrepublik China zum Vorbild. Sie sei „strikt an den ökonomischen Interessen Chinas orientiert“ und wirke sich „zumeist auf das wirtschaftliche Fortkommen der Zielländer“ aus. Über das „Wie“ schweigt sich der Antrag aus, die Rede von einem „symbiotischen [?] Kompromiss“ zwischen den Interessen Chinas und denen des Ziellands bleibt im Ungefähren. In einer Hinsicht aber wird der Antrag deutlich: „Mit diesem strategischen Vorgehen hat sich China u.a. auch eine Vormachtstellung bei einer Reihe wichtiger Rohstoffe gesichert.“ (1)

In seiner Bundestagsrede führt Lothar Maier dazu näher aus: Die Rohstoffmärkte seien hochgradig vermachtet und unterlägen dem „monopolistischen Zugriff“ verschiedener

30 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/175/1917525.pdf>

31 <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19149.pdf>

32 MdB Lothar Maier gehört zu den einer breiten Öffentlichkeit weniger bekannten Abgeordneten. Im Hinblick auf das Thema Entwicklungspolitik könnte es sich allerdings lohnen diese Personalia zu beobachten, denn Maier hat, wie aus seiner persönlichen Homepage hervorgeht langjährige Erfahrung in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit. Bisher ist er in seiner Eigenschaft als Abgeordneter in diesem Bereich noch nicht hervorgetreten.

Großverbraucher, die die Preise bestimmten.³³ China sichere sich „zahlreiche Rohstoffvorkommen in Afrika, in Südamerika und in Asien [...], indem es nicht nur die Lagerstätten selbst unter Kontrolle bringt, sondern indem es auch die gesamte für Transport und Verarbeitung notwendige Infrastruktur wie Straßen, Eisenbahnen, Häfen und Flughäfen gleich mitliefert“.

Im Vergleich dazu beklagt Maier, dass „deutsche Investitionen in diesem Sektor bestenfalls punktuell und unzusammenhängend“ blieben. Es gäbe keine diplomatische Begleitung von Seiten der Bundesregierung, Investitionen würden nicht in „ein Entwicklungskonzept des Ziellandes eingepasst“ und „die Möglichkeiten der technischen Zusammenarbeit [...] im Bereich der Infrastruktur, aber auch der Ausbildungsförderung für qualifizierte Arbeitskräfte“ würden nicht genutzt.

KRITIK ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

Im AfD-Antrag wird – zweitens – ein anderer Kritikpunkt in den Mittelpunkt gestellt, der sich gezielt gegen das zivilgesellschaftliche Engagement in der Entwicklungspolitik richtet. Deutschland habe nämlich „seine Entwicklungsleistungen vielfach“ dazu eingesetzt, „um in Partnerländern ideologische Ziele umzusetzen, die eher einer moralischen Lehrmeisterhaltung als konkreten Notwendigkeiten (ökonomisch, geostrategisch, kulturell) gerecht werden“ (1).

Was damit gemeint ist, verdeutlicht wiederum Lothar Maier in seiner Rede. Unter Bezugnahme auf das Budget des BMZ für Technische Zusammenarbeit wird moniert, dass das Budget großenteils „für Klein- und Kleinstprojekte mit höchst zweifelhafter und entwicklungspolitisch bedeutungsloser Zielsetzung vergeudet“ werde. So würden beispielsweise „170 000 Euro für gendersensible Männerarbeit in Nicaragua, 69 000 Euro für die Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit von Jugendlichen des Districts 8 in Bolivien, 234 000 Euro für integrierte und genderbasierte Förderung von organisierten Kleinbauernfamilien in Uganda usw. usf.“ ausgegeben.³⁴ Maier reproduziert hier die für die AfD maßgebliche Haltung zu Fragen der Geschlechtergerechtigkeit, die in ihrer Programmatik im Sinne einer pronatalistischen und traditionalistischen Familienpolitik massiv verworfen wird (vgl. Kemper 2016). Die – aus der Sicht der AfD – „ideologische“ und „moralische“ Entwicklungspolitik nütze allenfalls „den Mitarbeitern jener deutschen NGOs, die sie [die zuvor beschriebenen Projekte] durchführen“. Diese ausgesprochen hämische ‚Kritik‘ knüpft an den Antrag gegen die Agenda 2030 an, in dem die „Förderung der ‚Zivilgesellschaft‘ in den

Entwicklungsländern“ als ideologische Außensteuerung verurteilt wurde.

„NEUORIENTIERUNG DER TECHNISCHEN ZUSAMMENARBEIT“

Die AfD fordert in ihrem Antrag – nach dem Vorbild anderer Nationen – einen sicheren „Zugriff auf die infrage kommenden Rohstoffvorkommen“ (explizit angesprochen: Seltene Erden), ohne Berücksichtigung „zweck- und realitätsfremde[r] Anspruchshaltungen“ zivilgesellschaftlicher Natur. Man beruft sich auf die „**Berliner Rohstofferkklärung**“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) vom 3. Juli 2018³⁵, die u.a. für eine enge „Verzahnung von Rohstoffförderung und Entwicklungszusammenarbeit“ plädiert. Die Forderung des BDI, die Bundesregierung möge sich im Rahmen von G20 gegen Protektionismus und „für einen fairen und diskriminierungsfreien Zugang zu Rohstoffen einsetzen“, wird allerdings nicht aufgegriffen. Und während die Erklärung des BDI von „drei Säulen“ der Rohstoffpolitik („Importrohstoffe, heimische Rohstoffe, Recyclingrohstoffe“) spricht, konzentriert sich der Antrag der AfD auf Importrohstoffe. Übernommen wird die Forderung nach einem „Bundesbeauftragten für Rohstoffpolitik“.

Zusätzlich verlangt die AfD vor allem zwei Maßnahmen, die auch von Lothar Maier in seiner Rede in den Mittelpunkt gestellt werden:

1. „die Gründung einer deutschen Rohstoffgesellschaft aus einem Zusammenschluss privater Unternehmen“, deren Aufgabe darin bestünde, „bevorzugt deutsche Unternehmen mit strategisch wichtigen Rohstoffen“ (2) zu versorgen, und
2. die öffentliche Hand solle sich darauf fokussieren, sich „beim Aufbau der zum wirtschaftlichen Erfolg notwendigen Infrastruktur wie Straßen, Eisenbahnen, Häfen sowie Zufahrtswege zu weiterverarbeitenden Industrien“ zu beteiligen. „Das hierfür aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stammende Kapital wird in Joint-Ventures oder anderen geeigneten Formen der Zusammenarbeit mit dem Zielland als Kredit vergeben.“ (2)³⁶ Lothar Maier nennt dies „die Neuorientierung der Technischen Zusammenarbeit“ auf begleitende Maßnahmen „für substanzielle Investitionen der deutschen Wirtschaft in den Partnerländern“.

33 In diesem Zusammenhang verweist Maier nicht nur auf China, sondern auch auf die USA, Großbritannien und Frankreich.

34 Das BMZ schreibt: „Durch Technische Zusammenarbeit vermittelt Deutschland technische, wirtschaftliche und organisatorische Kenntnisse und Fähigkeiten. Besonders berücksichtigt werden dabei die Beteiligung der Zivilgesellschaft und die Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frauen.“

35 https://bdi.eu/media/themenfelder/rohstoffe/Erklaerung_BDI_Berliner_Rohstofferklaerung_Juli_2018.pdf

36 Vgl. dazu das BMZ: „Technische Zusammenarbeit wird für die Kooperationsländer Deutschlands unentgeltlich geleistet, sie besteht hauptsächlich aus Beratungs- und Sachleistungen.“



Der Antrag wurde von den anderen im Bundestag vertretenen Parteien in der Plenardebatte als Ausdruck eines ökonomischen Nationalismus abgelehnt.

VIII. ZWISCHENERGEBNIS

1. In den hier untersuchten Entschließungsanträgen der AfD im Bundestag zeigt sich erneut der hohe Stellenwert, den die AfD der „nationalen Souveränität“ beimisst. Dies wird deutlich in den Begründungen, warum internationale Vereinbarungen und Verträge wegen ihrer (unterstellten) potenziellen völkerrechtlichen Bindewirkung abgelehnt werden (UN-Migrations-Pakt, Agenda 2030).
2. Die wechselseitige Anerkennung der „nationalen Souveränität“ als Grundlage der internationalen Beziehungen gilt zwar auch in der Entwicklungszusammenarbeit, die AfD scheut sich aber nicht, Entwicklungspolitik als „Druck“-Mittel oder „Hebel“ für die Durchsetzung selbsterklärter „nationaler Interessen“ zu verstehen. Neben der durchgängigen Verhinderung von Migration und der Rückführung von Flüchtlingen als Ziel der Entwicklungspolitik zeigte sich dies speziell an dem geforderten Einsatz deutscher „Marktmacht“ gegenüber islamischen Staaten in der Frage der Religionsfreiheit für Christen (wohingegen deren Einschränkung für Muslime in Deutschland erklärtes Ziel der AfD ist) und bei der Durchsetzung von Abschiebungen Geflüchteter in ihre Heimatländer.
3. Des Weiteren tritt in den untersuchten Entschließungsanträgen die ‚Sorge‘ um das ‚Wohl‘ der deutschen Wirtschaft in den Vordergrund. Die AfD versteht den Staat als „nationalen Wettbewerbsstaat“, dessen Handeln sich global an den supponierten Imperativen und Regularien der Weltmarktkonkurrenz zu orientieren hat. Ein großzügiger Umgang mit Steuergeldern, die Entwicklungsländern zugutekommen könnten, die nach Meinung der AfD gar keine sind, ist ihr, wie gezeigt, ein Dorn im Auge. Deren Verausgabung für die Rohstoffversorgung der Wirtschaft dagegen ist der AfD eine Herzensangelegenheit und Grund genug, um staatlicherseits alle „Möglichkeiten der technischen Zusammenarbeit für unterstützende Maßnahmen“ für „substanzielle Investitionen der deutschen Wirtschaft in den Partnerländern“ (Roland Maier) anzufordern.
4. In Anbetracht dieser Aufgabe hält die AfD die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure in den „Partnerländern“ wie auch das zivilgesellschaftliche Engagement deutscher Nicht-Regierungsorganisationen für reine Verschwendung. Deren Ansinnen, bestimmte Werte wie Frauenförderung, Geschlechtergerechtigkeit, Hilfestellung für Kleinbauernfamilien usw. zu beachten, gilt der AfD als Ausdruck einer „ideologischen“ und „moralischen“ Entwicklungspolitik und als verwerfliche Subventionierung besagter NGOs und derer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Teil 3: Die Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES)

Laut Satzung beabsichtigt die Desiderius-Erasmus-Stiftung.³⁷ „die internationale Gesinnung, die Völkerverständigung, die Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens, die Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere durch Projekte zur wissenschaftlichen und beruflichen Weiterbildung im In- und Ausland“ zu fördern. Auf der [Homepage der Stiftung](#)³⁸ gibt es lediglich einen kurzen Absatz zum Thema Auslandsaktivitäten:

„Mit unseren Auslandskontakten tragen wir zur Vertretung deutscher Interessen in der Welt bei. Wir wollen durch die Förderung von Kontakten und Projekten im europäischen und internationalen Bereich das politische Zusammenwirken der europäischen Staaten und die Entwicklungszusammenarbeit mit außereuropäischen Ländern festigen, die Verständigung zwischen den Völkern vertiefen und uns für eine internationale Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit und für die Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens einsetzen.“

Eine Sichtung der Stand Anfang Juni 2020 online verfügbaren Rundbriefe 12-15 und der Veranstaltungsübersicht ergab keine Hinweise auf Auslandsaktivitäten. Die **bislang einzige Ausgabe der Zeitschrift**³⁹ „Faktum“ beschäftigte sich mit dem Thema „Meinungsfreiheit“. Der 2018 herausgegebene Sammelband „Nachdenken für Deutschland“ enthält Beiträge von Autoren aus den Stiftungsgremien und dem AfD-Umfeld zu den Themenbereichen „Außenpolitik und internationale Beziehungen“, „Deutsche Identität, Gesellschaft und Kultur“, „Wirtschafts- und Sozialpolitik“, „Medien und Meinungsfreiheit“ sowie „Recht, Staat und Politik“. Bisher durchgeführte Veranstaltungen beschäftigten sich unter anderem mit den Themen Meinungsfreiheit, Migration/Islam und Außenpolitik/Europa. Details oder Referenten sind nicht abrufbar. Im [YouTube-Kanal der Stiftung](#)⁴⁰ finden sich 22 Videos mit Aufzeichnungen von Vorträgen und kürzeren Interviews im Wesentlichen von zwei Veranstaltungen zum Ersten Weltkrieg und zur Meinungsfreiheit. Im [Facebook-Feed](#)⁴¹ finden sich die üblichen rechtsalternativen Medien und Empörungs- bzw. Jubelpostings.

Den Vorstand der DES bildet⁴² als Vorsitzende die ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete **Erika Steinbach** (e-

mals Sprecherin der CDU-Bundestagsfraktion für Menschenrechte und Mitglied im „Stephanuskreis“ der CDU/CSU-Fraktion, der sich für verfolgte Christen einsetzt) zusammen mit einem Gremium von acht Männern (plus dem Ehrenvorsitzenden **Konrad Adam**):

- **MdEP Lars Patrick Berg**; zuvor MdL (Baden-Württemberg); im EU-Parlament Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Unterausschüsse Menschenrechte und Sicherheit/Verteidigung; reiste 2019 mit einer **inoffiziellen Gruppe europäischer Rechtspopulisten**⁴³ nach Indien; Berg reiste mehrfach nach Armenien und in die **Konfliktregion Berg-Karabach**⁴⁴ und unterliegt deswegen einem Einreiseverbot in Aserbaidschan.
- **Stefan Sellschopp**; zugleich Vorsitzender der Landesstiftung „Desiderius-Erasmus-Stiftung Schleswig-Holstein“⁴⁵
- MdL (Sachsen) **Joachim Keiler**; Rechtsanwalt; Leiter des Bundesfachausschuss „Wirtschaft und Finanzen“; aktiv in einem der beiden Mittelstandsforen der Partei
- **Klaus Peter Krause**, ehemals Wirtschaftsredakteur der *Frankfurter Allgemeine Zeitung*; Autor in neurechten und rechtslibertären Medien
- **Hans Hausberger**; ehemals bei der **Partei Republikaner**⁴⁶ für Stiftungsprojekte zuständig
- **Jan Moldenhauer**; Referent der Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt; zugleich Vorstand der dortigen „*Friedrich-Friesen-Stiftung*“⁴⁷; Autor und Referent beim neurechten „Institut für Staatspolitik“
- **Gerhard Fischer**
- MdL (Sachsen) **Sebastian Wippel**; Polizeikommissar

Eine sichtende Internetrecherche zu den Vorstandsmitgliedern der DES erbrachte keine konkreten entwicklungspolitischen Bezüge. Die Vorsitzende Steinbach hat biographische Bezüge zum Thema Christenverfolgung, der stellvertretende Vorsitzend Lars Patrick Berg unterhält Kontakte nach Armenien.

37 <https://erasmus-stiftung.de/satzung/>

38 <https://erasmus-stiftung.de/taetigkeitsbereiche/auslandsaktivitaeten/>

39 <https://erasmus-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/03/FAK-TUM-Nr.-01-2020-DES.pdf>

40 <https://www.youtube.com/channel/UCmumalD764dGJjdu-5EJ2pMw/videos>

41 <https://www.facebook.com/erasmusstiftung/>

42 Stand: Sommer 2020

43 <https://www.dw.com/de/rechte-eu-abgeordnete-reisen-nach-kaschmir/a-51037281>

44 <https://artsakhpress.am/eng/news/75330/when-i-wanted-to-visit-artsakh-some-people-in-germany-said-it-is-dangerous-but-i-have-seen-another-reality-lars-patrick-berg.html>

45 <https://www.facebook.com/erasmusstiftung/posts/260297787866031/>

46 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-streitet-erbittert-ueber-stiftung-a-1200652.html>

47 <https://www.friedrich-friesen-stiftung.de/vorstand/>



Teil 4: Politische Praxis, Personenporträts und Auslandskontakte

I. PARTEIEBENE/BUNDESFACHAUSSCHUSS 1

Stand Mai 2020 ist die Entwicklungspolitik auf Parteiebene dem **Bundesfachausschuss**⁴⁸ „Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungshilfe und Außenwirtschaft“ (BFA 1) unter dem Vorsitz von **Georg Pazderski** zugeordnet. Der Themenbereich Humanitäre Hilfe/ Menschenrechte hat keine eigene Organisationsstruktur auf Parteiebene. Weitere Mitglieder des BFA sind: **Alexander Gauland** (für den Parteivorstand), **Armin-Paulus Hampel** (für die BT-Fraktion), sowie weitere aus den Landesfachausschüssen entsandte Vertreter. Die Anzahl und Namen der weiteren Mitglieder des BFA 1 sind nicht transparent zugänglich. Im Februar 2018 wurden **Horst Knopp** und MdB **Gerold Otten** zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Eine entwicklungspolitisch interessante Personalie ist der **Schriftführer des BFA 1**⁴⁹: **Rolf Böhnke**, Ministerialrat a.D. im Bundeswirtschaftsministerium, Mitglied im Kuratorium der „Stiftung Entwicklung und Frieden“⁵⁰; 1986-2004 Direktor des UN **Common Fund for Commodities**⁵¹ (**gemeinsamer Fonds für Rohstoffe**^{52,53}), seit 2013 **Gründungsmitglied der AfD Bonn**⁵⁴ und (nicht gewählter) EU-Kandidat 2019. Böhnke trat im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 auf der Pressekonferenz des Parteivorstands zur Asyl- und Entwicklungspolitik als fachpolitischer Berater auf und präsentierte das Konzept der sogenannten „Leuchtturmprojekte“, die Deutschlands neuer entwicklungspolitischer Weg nach der Befriedung Afrikas sein sollen. Wissenschaftliche Veröffentlichungen von Böhnke zum Themenbereich Ent-

48 <https://www.afd.de/partei/bundesfachausschuesse/>

49 <https://afdkompakt.de/2018/03/02/bfa-1-auf-dem-weg-zum-europawahl-programm/>

50 <https://www.sef-bonn.org/sef/gremien/kuratorium.html>

51 <http://www.common-fund.org/news/31st-annual-meeting-of-the-governing-council/>

52 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/13/046/1304655.asc>

53 „Der Gemeinsame Fonds (GF) ist eine internationale Rohstofforganisation unter dem Dach der UNCTAD. Er unterstützt innovative Rohstoffprojekte in Entwicklungsländern (EL) mit einem starken Entwicklungseffekt, die breit anwendbar und finanziell nachhaltig sind. Dem GF gehören derzeit 101 Staaten (darunter 12 EU-Mitgliedstaaten) und neun zwischenstaatliche Organisationen - darunter die EU – an“

54 <http://web.archive.org/web/20200506161552/http://www.pi-news.net/2013/10/afd-bonn-es-gibt-viel-zu-tun/?print=print>

wicklungspolitik sind nicht zu finden. 2018 veröffentlichte er zusammen mit dem AfD-Europaabgeordneten und Vorstandsmitglied der Desiderius-Erasmus-Stiftung **Lars Patrick Berg** einen 4seitigen Artikel im neurechten Wirtschaftsmagazin „Recherche D“, in dem anhand des Beispiels Burundi und mit dem Verweis auf weit verbreitete Korruption Entwicklungsprojekte Baden-Württembergs und die Sinnhaftigkeit von „Entwicklungshilfe“ insgesamt in Frage gestellt werden. (Berg und Böhnke 2018)

Es ist schwer abzuschätzen, inwieweit die Bundesfachausschüsse über die programmatische Grundlagenarbeit hinaus in die Tagespolitik einwirken. Bis auf die Vermeldung einzelner Zusammenkünfte lassen sich keine Aktivitäten oder Arbeitsergebnisse recherchieren.

II. POLITISCHE PRAXIS – POLITICS UND PERSONAL

Die tatsächlichen Impulsgeber für die tagespolitische Arbeit dürften die Arbeitskreise der Bundestagsfraktion sein. Hier ist die fachpolitische Arbeit parallel zu den jeweiligen Ausschüssen des Deutschen Bundestags gegliedert. Als Mitglieder der Arbeitskreise werden auf der Homepage der Fraktion die jeweiligen Ausschussvertreter genannt. Das sind für den Arbeitskreis „**Menschenrechte und humanitäre Hilfe**“⁵⁵ (AK17): Die Abgeordneten **Jürgen Braun** (Stellv. Vors. im Ausschuss), **Waldemar Herdt**, **Anton Friesen** (beide zugleich Mitglied im AK03 „Außenpolitik“) und **Markus Frohnmaier** sowie für den Arbeitskreis „**Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**“⁵⁶: Die Abgeordneten **Markus Frohnmaier** (Sprecher), **Dietmar Friedhoff** (Sprecher⁵⁷ und Obmann), **Ulrich Oehme** (Stellv. Sprecher), **Jens Kestner**, **Stefan Keuter**, **Harald Weyel**. Aus verschiedenen auf Social Media Kanälen geposteten Bildern geht hervor, dass an Sitzungen der beiden Arbeitskreise weitere, nicht näher benannte und bekannte, Personen teilnehmen. Vermutlich handelt es sich um Mitarbeiter der Abgeordnetenbüros und themenspezifische Gäste.

55 <https://www.afdbundestag.de/arbeitskreise/menschenrechte/>

56 <https://www.afdbundestag.de/arbeitskreise/wirtschaftliche-zusammenarbeit/>

57 Auf der entsprechenden Seite der Fraktion wird Friedhoff einmal als „Sprecher“ und einmal als „stellvertretender Sprecher“ bezeichnet.

Beide Arbeitskreise geben regelmäßig eine Vielzahl von zu meist personalisierten Verlautbarungen heraus, in denen anstehende und vergangene Ausschuss- und Bundestags-sitzungen, Anträge und Themen des Fachbereichs kom mentiert werden. Flankiert wird diese Öffentlichkeitsarbeit durch die jeweiligen Facebook-Auftritte der Abgeordneten, eine Reihe von YouTube-Kanälen mit Video-Schnipseln von Redebeiträgen, Expertenanhörungen, Statements und Inter views sowie Auftritte in diversen rechtsalternativen Medien.

AK17 - MENSCHENRECHTE UND HUMANITÄRE HILFE

MDB JÜRGEN BRAUN

Vorsitzender des Arbeitskreises ist MdB **Jürgen Braun**. Er ist Jurist und war vor dem Mandat als Journalist und Kom munikationsberater tätig. Braun ist Mitglied im **politischen Beirat des Bundesverbandes der mittelständischen Wirt schaft**⁵⁸ (BVMW). In einer Debatte über die Lage der Ro hingya in Myanmar bezeichnete er die „angebliche Volks gruppe“ als **von islamistischen Terroristen gelenkt**⁵⁹. Mitte 2019 gehörte Braun zu den **Unterzeichnern eine Aufrufs**⁶⁰, der sich gegen den von Björn Höcke geführten völkischen „Flügel“ richtete.

MDB WALDEMAR HERDT

Die zentrale und auffälligste Personalie des AK17 ist **Walde mar Herdt**, der zugleich ordentliches Mitglied des Auswärtigen Ausschuss ist. Herdt ist Bauunternehmer und russland deutscher Spätaussiedler. Er ist aktiv in einer evangelikalen Pfingstkirche („Lebensquelle“) in Osnabrück. Über die proble matische Arbeit dieser vorwiegend von Russlanddeut schen besuchten Gemeinde gibt es einen **einstündigen Do kumentarfilm**⁶¹, in dem Herdt an verschiedenen Stellen zu sehen ist (Trocoli Castro 2016). Die „Lebensquelle“ agiert homophob, betreibt zweifelhafte Geistheilungen und Kon versionstherapien, sie kooperiert mit der lettisch-amerika nischen „New Generation Church“ des Pastors **Alexey Ledy aev**. Herdt unterhält enge Kontakte zu Ledyaeu, hat ihn nach Berlin eingeladen und auf dessen Events in Riga gepredigt. Die von Ledyaeu zusammen mit dem geschichtsrevisionisti schen Anti-LGBTQ-Aktivisten **Scott Lively**⁶² geleitete sek tenähnliche, aggressiv homophob agierende Organisation

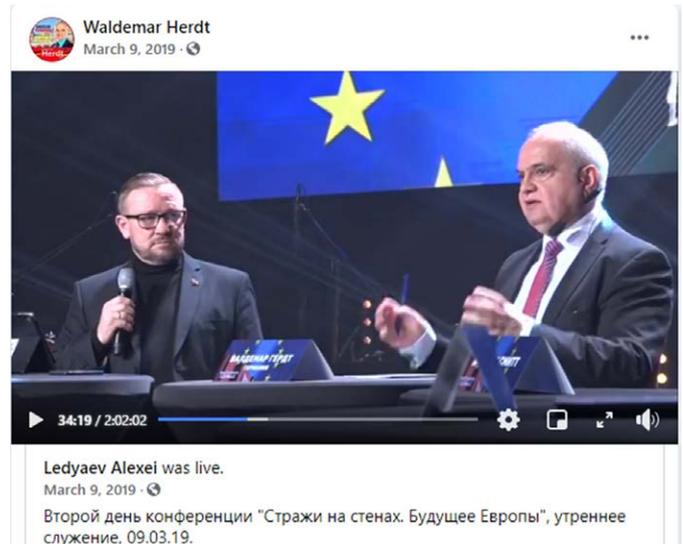
58 <https://www.bvmw.de/ueber-uns/gremien/politischer-beirat/>

59 https://www.das-parlament.de/2018/24/europa_und_die_welt/559216-559216

60 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article196621323/Kritik-am-Fluegel-In-der-AfD-formiert-sich-Front-gegen-Bjoern-Hoecke.html>

61 <https://www.youtube.com/watch?v=SJoihsHKNrI>

62 Lively ist Autor des Buches „The Pink Swastika“, in dem er ver breitet, dass Homosexuelle den Holocaust zu verantworten hätten



„*Watchmen on the Wall*“ bezeichnet Herdt als Menschen rechtsorganisation und **agitierte auf deren Veranstaltungen**⁶³ in Lettland Ende 2018 **gegen den UN-Migrations pakt**⁶⁴. Lively und die *Watchmen* haben Verbindungen nach Uganda, wo sie in Zusammenhang mit der Verschärfung des Strafrechts für Homosexualität gebracht werden (Blake 2014). 2019 kandidierte Herdt in Lettland für das europäi sche Parlament. Er ist Mitglied in der parteiinternen Ver einigung „*Christen in der AfD*“.

Waldemar Herdt beschäftigt oder beschäftigte in seinem Bundestagsbüro den Mitarbeiter⁶⁵ **Heinrich Groth**. Groth hat eine lange Biografie als radikal-völkischer Interessen vertreter russlanddeutscher Organisationen. Er ist 2016 den deutschen Geheimdiensten und einer breiteren Öffent lichkeit bekannt geworden als Organisator der sogenannten „Lisa-Demonstrationen“, bei denen es gelang Tausende von Russlanddeutschen anhand einer erfundenen Vergewaltigung gegen die Flüchtlingspolitik zu mobilisieren (vgl.La ruelle und Rivera 2019). Groth und Herdt sind Vorsitzende einer obskuren Vereinigung namens „*Volksrat der Russland deutschen*“ in der eine Reihe russlanddeutscher Rechtsex treme organisiert ist (Becker 2019). Der Abgeordnete Herdt tritt auch bei seinen häufigen Reisen in als Vertreter der Russlanddeutschen auf. Er besuchte mehrfach die von Russ land annektierte Krim und hat deswegen ein Einreiseverbot in der Ukraine. Waldemar Herdt war 2018 Teilnehmer einer Schattenwahlbeobachtergruppe⁶⁶ bei der Präsidentschafts wahl in Russland (vgl.Shekhovtsov 2018).

63 <https://www.facebook.com/waldemar.herdt.16/posts/2573486079360469>

64 <https://www.facebook.com/watch/?v=308928799726697>

65 Aufgrund fehlender Transparenz sind alle Aussagen über Mitarbeiter von AfD-Abgeordneten und Fraktionen möglicherweise nicht auf dem aktuellsten Stand der Dinge.

66 Als Schattenwahlbeobachtung bezeichnet man politisch nicht neutrale Wahlbeobachtungen, die nicht den international festgelegten Regeln und Vereinbarung für die internationale Wahlbeobachter entsprechen. Sie kommen typischerweise in autoritär regierten Staaten



Im November 2019 war Herdt Teil der AfD-Reisegruppe nach Syrien und bezeichnet sich selbst als „Leiter der Kontaktgruppe Syrien“. Laut Recherchen des Investigativressorts von WDR und NDR ist die Reise nach Syrien auf dem sogenannten Jalta-Forum, einer aus Moskau organisierten Wirtschaftskonferenz auf der annektierten Krim eingefädelt worden. (Pittelkow und Riedel 2019)

MDB ANTON FRIESEN

Weiteres Mitglied des AK17 ist **Anton Friesen**. Friesen ist wie Herdt Russlanddeutscher und ebenfalls Mitglied des Auswärtigen Ausschuss sowie der Vereinigung „*Christen in der AfD*“. Vor seinem Mandat war er Politikwissenschaftler und Mitarbeiter in der thüringischen AfD-Landtagsfraktion. Anton Friesen gründete 2019 einen Verein namens „*Die Neudeutschen*“, in dem sich AfDler mit Migrationshintergrund zusammenschließen sollen. Der Verein organisierte im Oktober 2019 eine Veranstaltung mit dem Vlogger *Hyperion*⁶⁷ über „Rassismus von links“. Friesen betont an verschiedenen Stellen seine **Juden- und Israel-Freundlichkeit**⁶⁸, spricht von importiertem Antisemitismus und äußert sich islamfeindlich. Er produzierte ein YouTube-Video in dem er den Nationalsozialismus als „Braunen Sozialismus“ umdeutet. Friesen verbreitet auf seinen Social-Media-Kanälen vielfach Beiträge russischer Staatsmedien und gibt diesen auch gerne Interviews. Immer wieder plädiert er für eine Aufhebung der Sanktionen gegen Russland. Er nahm als Schattenwahlbeobachter an der russischen Präsidentschaftswahl 2018 teil. Friesen fordert auch – zuletzt am 26.03.2020 **wegen der Ausbreitung des Corona-Virus**⁶⁹ - die Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien und eine „Normalisierung“ der politischen Beziehungen.

In Reden im Bundestag verdächtigte Friesen die Bundesregierung mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen „Regime Change“ betreiben zu wollen, da die genauen Angaben zu Projektförderungen in Syrien und Venezuela, die die AfD angefragt hatte als geheim eingestuft worden seien (**Plenarprotokoll vom 04.03.2020**⁷⁰). Er bezeichnete Nichtregierungsorganisationen als nicht demokratisch legitimiert und die *Open Society Foundation* als „*Global Player, der sich*

zum Einsatz um Wahlvorgänge propagandistisch zu begleiten und zu legitimieren. Organisation und Finanzierung solcher Gruppen bleiben zumeist im Dunkeln Debre und Morgenbesser (2017); European Platform for Democratic Elections (2018).

67 *Hyperion* alias Homib Mehbratu ist ein rechts-libertärer aus Eritrea stammender YouTuber und zugleich AfD-Lokalpolitiker im Rhein-Neckar-Kreis

68 <https://www.friesen-im-bundestag.de/israel/>

69 <https://www.afdbundestag.de/friesen-hampel-erster-bestaetigter-fall-von-covid-19-in-syrien-sanktionen-jetzt-aufheben-medizinische-versorgung-ermoeglichen/>

70 <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19148.pdf>

für die Auflösung der gewachsenen europäischen Identitäten einsetzt“ (**Plenarprotokoll vom 18.10.2019**⁷¹).

AKTIVITÄTEN DES AK17

Wie aus dem Facebook-Feed des Arbeitskreisvorsitzenden Braun hervorgeht, hat dieser bis Mai 2020 **51 mal getagt**⁷² und mehrere Veranstaltungen organisiert. Bei der Sichtung der Pressemitteilungen und der verbundenen Aktivitäten sticht, korrespondierend zur programmatischen Schwerpunktsetzung des AK das Thema Christenverfolgung in aller Welt hervor. Hierzu wurden mehrere Anfragen und im April 2018 ein Antrag eingereicht, in dem die Verfolgung von Christen in muslimisch geprägten Staaten besonders hervorgehoben und unter anderem gefordert wurde Entwicklungshilfeleistungen, Handelsprivilegien und Visavergaben an die Situation der Christen in den jeweiligen Ländern zu koppeln (**Drucksache 19/1698**⁷³). Aktuell (Mai 2020) wird eine Veranstaltung zur Lage der aramäischen Christen in Nordsyrien und zur Christenverfolgung in Pakistan vorbereitet. Nachfolgend ein Überblick über ausgewählte Aktivitäten des AK17:

- Veranstaltung „**Es gibt kein Menschenrecht auf Migration!**⁷⁴“ mit **Alfred de Zayas**
- 20.03.2019: Veranstaltung „**Multilateralismus – UN als Weltregierung**⁷⁵“ mit **Alfred de Zayas**
- 05.06.2019: **Gedenkveranstaltung zum Völkermord an den Armeniern**⁷⁶ mit der „langjährigen Vorsitzenden des Zentralrats der Armenier in Deutschland“ **Jaklin Chatschadorian**⁷⁷ (Mitglied im Kuratorium der Desiderius-Erasmus-Stiftung) und einem Vertreter der armenischen Botschaft
- 10.12.2019: Beschluss zur Gründung einer „**interparlamentarischen Menschenrechtskommission**⁷⁸“,

71 <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19118.pdf>

72 <https://www.facebook.com/braunafd/posts/2527387084170092>

73 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/016/1901698.pdf>

74 <https://www.youtube.com/watch?v=QN4UR-WLq2qE&fbclid=IwAR10yRZPSUyuGPNjmXSG44zFu5by-woEw3eArglSODEXZXTDBErVe-k21RMI>

75 <https://www.youtube.com/watch?v=e8wC5gF1h-qY&fbclid=IwAR3lJFD-HZJqSL4KUPLau5Ps5Lk326ADrgBz0o1k-0Hv6eLB8hWF2TsDKtE4>

76 https://www.facebook.com/braunafd/posts/2261675170741286?__cft__%5b0%5d=AZWY3atuFOi-IA0RXn1r4376cUE-qlfVvYPXcN1_YC4IQH8DU_o7PI3iQvf2r-3JGxqI49hxHYjIX_WY9P43e4prIhMGzLfDp1X7_D8sgZ7V_ntggVP-ffLOGNQKMcDH4LRzEwmq44ePONGIF51weHpM8adA-fAn6H69GepZ2ISwfSag&__tn__=%2CO%2CP-R

77 **Jaklin Chatschadorian** war 2018 auch gemeinsam mit Schwester **Hatune Dogan** Referentin einer **Diskussionsveranstaltung der Bundestagsfraktion zum Thema Christenverfolgung**.

78 <https://www.afdbundestag.de/braun-herdt-afd-bundestagsfraktion-legt-grundstein-fuer-menschenrechtskommiss->

die „neue Maßstäbe in der Menschenrechtspolitik“ setzen soll. *„Viele zur Zeit tätigen Kommissionen und NGOs haben das Problem, die klassischen Menschenrechte unter einer Decke von links-grüner Ideologie, wie Migrations- und Genderfragen zu verdecken. Wir wollen, gemeinsam mit befreundeten Fraktionen anderer europäischer Länder, wieder die klassischen Menschenrechte in den Blick nehmen.“*

- Die Kommission soll sich mit den Konflikten auf dem Balkan, in Ost-Europa, dem Kaukasus und dem Nahen Osten beschäftigen. Es ist unbekannt, wer genau in der Kommission mitarbeitet. Vorsitzender ist Waldemar Herdt, der an verschiedenen Stellen berichtet, die Kommission habe vermittelnd im Ostukraine-Konflikt agiert und die Freilassung von inhaftierten Journalisten in der Ukraine bewirkt.
- 30.01.2020: Pressekonferenz *„Kein Paktieren mit dem iranischen Mullah-Regime!“*⁷⁹ mit **Amir Firus** und **Erfan Kasraie** (Vertreter der iranischen Opposition)⁸⁰
- 27.05.2020: Die „Interparlamentarische Menschenrechtskommission“ führt ein **Online-Forum durch zum Thema**⁸¹ *„Syrien – Wiege des Christentums; Die Auswirkungen von Sanktionen auf Menschenrechte und Wiederaufbau Syriens; Schutz der Rechte von Minderheiten (aramäische Christen)“*. An diesem Forum haben laut Facebook-Post *„30 Parlamentarier, hochrangige Politiker und Experten aus sechs Ländern“* teilgenommen. Wer diese Teilnehmer waren konnte nicht recherchiert werden. Die Menschenrechtskommission legte demnach einen bahnbrechenden Friedensplan für Syrien vor, dessen Inhalt – abgesehen vom Aspekt, dass er die christlichen Volksgruppen in Nordsyrien einbeziehe – jedoch nicht bekanntgegeben wurde.

Die AfD-Fraktion hat ein Vorschlagsrecht für die Expertenanhörungen des Ausschusses. Hierzu hat sie bisher folgende Personen geladen:

- 20.03.2019: **Alfred de Zayas**, *„Anhörung zum Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2014-2017“*⁸² argumentiert eine falsch verstandene Neutralität z.B. in Syrien verursache Flüchtlingsströme

- 05.06.2019: **Michael Ley**, österreichischer Politologe und Publizist, *Anhörung zur Menschenrechtspolitik 2016-2018*⁸³, warnt im Ausschuss vor Islamisierung und muslimischem Antisemitismus
- 25.09.2019: **Alfred de Zayas**, *Anhörung zu Straflosigkeit*⁸⁴, bewirbt im Ausschuss sein Buch *„Heimatrecht ist Menschenrecht“* und plädiert für die Rekonstruktion Syrien, damit Flüchtlinge zurückkehren können
- 28.11.2018: **Schwester Hatune Dogan**, *Anhörung zu „Verdrängte Ethnien, bedrohte Völker“*⁸⁵; spricht über die Verfolgung von Christen und Jesiden durch Muslime

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die zentralen Diskurse und Aktivitäten des AK „Menschenrechte und humanitäre Hilfen“ und der beteiligten Akteure sich um das Thema Christenverfolgung drehen, welches insbesondere selektiv als Christenverfolgung durch Muslime konnotiert wird. Als wichtiger Stichwortgeber für die Arbeit der Menschenrechtspolitik in der AfD sticht die der **Evangelischen Allianz**⁸⁶ nahestehende Organisation **„Open Doors e.V.“**⁸⁷ hervor. Gute persönliche Kontakte bestehen zur **„Schwester Hatune Stiftung“**⁸⁸ – Helfende Hände für die Armen⁸⁹.

Die Anbindung an die Gruppierung „Christen in der AfD“ sticht ebenso hervor, wie die explizit pro-russische Positionierung der MdBs Herdt und Friesen. Nimmt man die Häufigkeit des Auftretens als Maßstab so scheint Alfred de Zayas zum engeren und einflussreichen Umfeld des AK17 zu gehören.

AK 19 - WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Die interne Organisationsstruktur des AK19 ist etwas undurchsichtig. Als Sprecher werden sowohl der Abgeordnete **Frohmaier** als auch MdB **Friedhoff** bezeichnet. Letzterer ist Obmann im Ausschuss und fungiert auch als *„afrikapolitischer Sprecher“*. Stellvertretender Sprecher und *„Sprecher für Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika und dem Nahen Osten“* ist MdB **Ulrich Oehme**.

sion?fbclid=IwAR2jd60-DC_hdS4Je5DfjsKD4ubY5Et3vxZp2IR2i-OX42_cM4gvgR4K3DI

79 <https://www.youtube.com/watch?v=IGXh-IGoogU>

80 Die organisatorische Zugehörigkeit wurde gegenüber der ersten Auflage berichtigt.

81 <https://www.facebook.com/WaldemarHerdtMdB/posts/1118925168475643>

82 https://www.bundestag.de/ausschuesse/a17_menschenrechte/anhoerungen/oea-bericht-deutsche-humanitaere-hilfe-im-ausland-628998

83 <https://www.bundestag.de/resource/blob/653134/462dfcefa-7aee56f15de4080235fe017/protokoll-data.pdf>

84 <https://www.bundestag.de/resource/blob/680106/f785fa-ecfc9564d079755f33da46d50f/Protokoll-data.pdf>

85 https://www.bundestag.de/ausschuesse/a17_menschenrechte/anhoerungen/oea-bedrohte-voelker-verdraengte-ethnien-579992

86 <https://akref.ead.de/>

87 <https://www.opendoors.de/>

88 <https://hatunefoundation.de/>

89 Das syrisch-orthodoxe Patriarchat hat sich **2017 ausdrücklich von der „Schwester-Hatune-Stiftung“** distanziert.



MdB DIETMAR FRIEDHOFF

Der Abgeordnete **Friedhoff** ist Diplom-Ingenieur und arbeitete nach eigenen Angaben vor dem Mandat als psychologischer Berater und Coach. Er wird dem völkischen „Flügel“ zugerechnet. Zeitweilig arbeitete er in einer parteiinternen Gruppierung namens „Pegasus“ am Aufbau von Höcke-treuen Strukturen in der niedersächsischen AfD. Friedhoff ist als Vertreter der AfD-Fraktion Mitglied im Kuratorium der **Deutschen Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit**⁹⁰ (GIZ). Er nahm als Schattenwahlbeobachter an der russischen Präsidentschaftswahl 2018 teil.



Friedhoff betreibt einen YouTube-Kanal mit eigenproduzierten Statements und Videos. Er führt regelmäßig unter dem Titel „Welt im Wandel“⁹¹ Vortragsveranstaltungen in AfD-Ortsgruppen durch. Schlagwörter dieser Vorträge sind die Aussagen „Es ist keine Klimakatastrophe“, „Umweltschutz ist Heimatschutz“ und „Vom Mond aus ist die Erde blau und blau ist die AfD“. Thematisch kreisen seine Videos wiederkehrend um die Ablehnung von Klimaschutzpolitik, den Ressourcenverbrauch durch E-Mobilität und das Bevölkerungswachstum in Afrika. In einem ausführlichen Interview für das **islamfeindliche Portal PI-News**⁹² benennt Friedhoff das Bevölkerungswachstum „Afrikas“ als größte Herausforderung, plädiert dafür *aufzuhören zu helfen* und statt dessen den Afrikanern „die Selbstverantwortung zu übertragen“ um die Bevölkerungsexplosion zu begrenzen und im Übrigen solle der Rohstoffreichtum Afrikas nicht für unsere E-Mobilität ausgebeutet werden. Einen ähnlichen Tenor hat die programmatische Selbstdarstellung seines Fachgebietes **auf seiner Homepage**⁹³:

„Die Ausbeutung Afrikas geht unvermindert weiter, es hat sich gegenüber der Kolonialzeit leider nicht viel geändert. Im Gegenteil, die Ausbeutung und Bevor-

mundung Afrikas nimmt durch die Ideologie getriebene Klimapolitik so richtig Fahrt auf. (...) Hauptsache wir fahren CO2-neutral und in Afrika werden Wälder abgeholzt wie noch nie, verseuchtes giftiges Wasser in die Bäche und Flüsse gespült und Kinderhände müssen in Minen unter widrigsten Umständen die Rohstoffe abbauen. (...) Der afrikanische Kontinent wird unweigerlich in der Katastrophe enden, wenn nicht Geburten drastisch gesenkt werden. Durch Religionen wie der Islam werden die Geburten weiter zunehmen. (...) Der Westen sollte mit willigen Regierungen afrikanischer Länder finanzielle Anreize dafür schaffen, dass die Menschen dort weniger Kinder in die Welt setzen. Es muss sich lohnen, weniger Kinder zu haben und zur Schule zu schicken. Es muss sich lohnen zu verhüten. Der Ausbau staatlicher Sozialversicherungen wäre natürlich sinnvoll. Notfalls muss der Erhalt von Entwicklungshilfe daran gekoppelt werden und sollte die Entwicklungshilfe vorzüglich in den Bereich Familienplanung und Geburtenkontrolle fließen. Die Ausbeutung und Zerstörung Afrikas muss in unserem eigenen Interesse sofort gestoppt werden und die Geburtenkontrolle Grundlage der Entwicklungshilfe sein.“

Friedhoffs Statements haben vielfach einen „grünen“ Tenor, beziehen sich auf Probleme aus dem Themenfeld Ressourcenschonung, Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Inhaltlich betreibt er jedoch Diskurspiraterie⁹⁴, diskreditiert Konzepte, Aktivitäten und Personen. Er forciert einen durch und durch populistischen „Wir-gegen-die“-Umweltdiskurs des „Wir-die-wahren-Umweltschützer“ gegen die anderen, „die-linksgrün-Verblendeten“, wie in diesem beispielhaften **Facebook-Post vom 20.09.2019**⁹⁵

„Liebe Friday for Future-Demonstranten! Die Welt muss begreifen, dass es zu viele Menschen gibt und immer mehr werden. Das bedeutet mehr Konsum in jeglicher Form. Mehr Konsum bedeutet mehr Zerstörung. Die E-Mobilität ist ein hilfloser und irrsinniger Weg den Menschen eine nachhaltige Zukunft vorzugaukeln, die es nicht gibt. Und allen deutschen Kids, die gerade die Straßen im Klimawahn fluten sollte klar sein, noch nie ist eine deutsche Jugend in soviel technischem Überfluss groß geworden. Ihr wollt die Welt retten? Dann fangt bei Euch an und verzichtet auf alle Annehmlichkeiten und erklärt den Ländern in Asien und Afrika, dass Sie eine Geburtenkontrolle brauchen. Alles andere ist kein Lösungsansatz!“

90 <https://berichterstattung.giz.de/2018/menschen-zahlen-strukturen/unsere-gremien/>

91 <https://www.youtube.com/watch?v=GNEleDJB5eU>

92 <https://www.youtube.com/watch?v=GRPgxg7JGI>

93 <https://dietmar-friedhoff.de/ausbeutung-afrikas/?fbclid=IwAR1dNixGulD6Gn48eYrWFRASXjNaSHCCV1NqOfmlh3I0ioBro7JUPr6xxOc>

94 Zum Konzept der Diskurspiraterie vgl. Wamper 2010; Wamper et. al. 2010

95 <https://www.facebook.com/MdBFriedhoff/posts/702092150256655>

MDB MARKUS FROHNMAIER

Weiterer Sprecher des AK19 ist der Abgeordnete **Markus Frohnmaier**. Frohnmaier war vor dem Mandat Jura-Student, über einen Studienabschluss ist nichts bekannt. Er ist für scharfe Rhetorik und Provokationen bekannt. Frohnmaier pflegt seit vielen Jahren eine distanzgeminderte Russlandnähe, das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtete über Dokumente aus russischen Regierungskreisen, die ihn hoffnungsvoll als einen „unter absoluter Kontrolle stehenden“ Abgeordneten beschrieben (Amman et al. 2019; Gatehouse 2019). Frohnmaier reiste schon früh in das Konfliktgebiet in der Ostukraine und mehrfach auf Kosten russischer Gönner auf die Krim, er hat ein Einreiseverbot in der Ukraine. An den russischen Präsidentschaftswahlen 2018 nahm er als Schattenwahlbeobachter teil. Frohnmaier plädiert bei jeder sich bietenden Gelegenheit für einen Abbau der „Russland-Sanktionen“⁹⁶.

2016 gründete er zusammen mit **Manuel Ochsenreiter** (s.u.) und **Mateusz Piskorski**, einem kurz darauf wegen des Verdachts der Spionage für Russland verhafteten polnischen Aktivisten ein „*Deutsches Zentrum für eurasische Studien*“, dessen Geschäftszweck weitgehend im Dunkeln liegt (Riedel et al. 2017). Ochsenreiter, der als Chefredakteur der rechten Zeitschrift „*Zuerst!*“ tätig ist, ist ein enger Vertrauter des russischen Neo-Faschisten **Alexander Dugin** und gilt als Schlüsselfigur der pro-russischen extremen Rechten in Deutschland (Laruelle und Rivera 2019; Mueller-Töwe und Wienand 2019; Gürgen et al. 2019). Er war zeitweilig im Bundestagsbüro von Markus Frohnmaier beschäftigt, wurde aber Anfang 2019 freigestellt, nachdem Vorwürfe der Verwicklung in einen **Terroranschlag in der Ukraine**⁹⁷ bekannt geworden waren. Inwieweit Ochsenreiter bis zu seiner Freistellung an der konkreten Parlamentsarbeit im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beteiligt war, ist unbekannt. Ebenfalls als Mitarbeiter im Büro des Abgeordneten Frohnmaier angestellt war oder ist⁹⁸ **Kevorik Almassian**, ein **als Flüchtling nach Deutschland eingereister Syrer**⁹⁹. Almassian arbeitete vor seiner Flucht nach Deutschland als Fernsehjournalist und Kommentator für libanesische, iranische und russische Medien, er unterhielt schon seit mindestens 2012 Kontakte zu Manuel Ochsenreiter und

96 Die Wendung „Russland-Sanktionen“ ist hier in Anführungszeichen gesetzt, um sie als diskursiv gesetzten politischen Begriff zu kennzeichnen. Sie wird in russophilen Diskursen gerne als negativ konnotierter Pauschalbegriff verwendet ohne Unterscheidung welche Sanktionen (z. B. gegen Einzelpersonen oder bestimmte Wirtschaftszweige) damit gemeint sind. Mitunter werden auch die von Russland selbst gesetzten Gegensanktionen darunter subsumiert und der EU angelastet.

97 <https://www.youtube.com/watch?v=Y1cC0EK9CPc>

98 Aufgrund fehlender Transparenz sind alle Aussagen über Mitarbeiter der AfD-Abgeordneten möglicherweise nicht auf dem aktuellen Stand der Dinge.

99 <https://www.youtube.com/watch?v=ThydOMWon0A>



betreibt aktuell den pro-Assad ausgerichteten YouTube-Kanal „*Syriana Analysis*“ mit ca. 30.000 Abonnenten und fast 6 Millionen Aufrufen. Es ist unbekannt, mit welchen Aufgaben Almassian im Abgeordnetenbüro betraut war oder ist.

Entwicklungspolitisch positioniert sich Frohnmaier mit dem klassischen AfD-Diskurs, dass Entwicklungspolitik die „Massenmigration“, welche die „**existenzielle Herausforderung**¹⁰⁰ Europas“ sei verhindern solle. Ab Mitte 2018 wird die **Ablehnung der Agenda 2030**¹⁰¹ eins seiner zentralen Themen. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung, so Frohnmaier, liefen auf einen „**sozialistisch geprägten Gesellschaftsumbau**“ hinaus, die Agenda sei der „**Kommunismus des 21. Jahrhunderts**“, die den „**totalen Anspruch habe von der Wirtschaft über die Umwelt bis zum Denken der Menschen alles zu kontrollieren**“ (Plenarprotokoll vom 26.09.2019). Die Agenda 2030 wird durchgehend als „**linkes Ideologieprojekt**“ bezeichnet, entwicklungspolitische Akteure werden als „**Entwicklungshilfeindustrie**“, ihre Arbeit als „**Entwicklungs-Ringelpiez**¹⁰²“ und als „**linkes Herrenmenschentum**“ diskreditiert:

„Wer andere Menschen oder Staaten lange genug alimentiert, beraubt sie ihrer Eigenständigkeit. Sie mögen das offiziell Altruismus nennen. Ich nenne das linkes Herrenmenschentum (...) Als AfD-Fraktion stehen wir für die Beendigung dieser Politik. Wir wollen die Rückabwicklung der Agenda 2030. Linke Ideologieprojekte wie gendersensible Männerarbeit in Nicaragua oder er-

100 <https://www.afdbundestag.de/frohnmaier-strategiepapier-des-entwicklungsministeriums-migrationspolitisch-eine-enttauschung/>

101 <https://www.afdbundestag.de/frohnmaier-die-agenda-2030-selbst-und-nicht-nur-ihre-umsetzung-gehört-auf-den-prüfstand/>

102 <https://www.afdbundestag.de/frohnmaier-kein-steuergeld-für-er-entwicklungs-ringelpiez/>



neuerbare Energien für Moscheen in Marokko werden wir streichen(...) Kinderlose, gepiercte Frauen in den 40ern, Malte Torbens, die Indiana Jones spielen wollen, kurzum: Mythomanen, die dabei helfen, ökologische Landwirtschaft ins usbekische Hochgebirge zu bringen, werden sich ein anderes Betätigungsfeld suchen müssen. (...) Was diese Regierung für den Dieselmotor ist, werden wir für die linke Helferindustrie sein. Wir werden sie abschaffen.“ (Plenarprotokoll vom 11.09.2019, Fundstelle in der Mediathek¹⁰³)

Frohnmaier tourt regelmäßig mit dem entsprechenden Vortrag „Die UN-Agenda 2030 und die deutsche Entwicklungspolitik“ durch AfD-Ortsgruppen.

MDB ULRICH OEHME

Dritter Sprecher der AfD im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist **Ulrich Oehme** aus Chemnitz. Er ist Mitglied im Beirat des Deutschen Evaluierungsinstituts für Entwicklungszusammenarbeit (DEval) und formal stellvertretendes, de facto aber sehr aktives, Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarates. Im Mai 2020¹⁰⁴ wird Oehme erstmals als „*Sprecher der AfD-Fraktion für Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika und dem Nahen Osten*“ bezeichnet. Oehme ist Ingenieur und war vor seinem Mandat als Versicherungsmakler tätig. Er war Mitglied in der islamfeindlichen Partei „Die Freiheit“, wird dem völkischen „Flügel“ zugerechnet und ist mehrfach mit Kontakten in die sächsische Neonazi-Szene aufgefallen. Er gehört dem Bundesvorstand der Vereinigung „Christen in der AfD“ an.

2018 reiste MdB Oehme in Begleitung von **Manuel Ochseneiter** auf die von Russland annektierte Krim um dort als Pseudo-Wahlbeobachter die völkerrechtlich illegitime Wahl des russischen Präsidenten zu beobachten und nahm später zusammen mit anderen AfD-Abgeordneten am dortigen „Jalta-Forum“ teil. Oehme unterliegt darum einem Einreiseverbot in die Ukraine. Vielfach forderte er die Sanktionen gegen Russland und Syrien aufzuheben. In **Facebook-Posts**¹⁰⁵ bezweifelte er mit Hilfe russischer Staatsmedien die Giftgas-Angriffe in Syrien. Ebenfalls 2018 reiste Oehme in Begleitung von Schwester **Hatune Dogan** (s.o.) und dem Druschba-Aktivist¹⁰⁶ und Kuratoriumsmitglied der Desiderius-Erasmus-Stiftung **Rainer Rothfuss** ohne Vi-

sum und nach dortigem Landesrecht illegal in den Nordirak. Auf dem YouTube-Kanal der AfD Sachsen finden sich eine **Reisedokumentation**¹⁰⁷, ein Interview mit einem **irakischen Flüchtling**¹⁰⁸, der erklärte wegen der Sozialleistungen nach Deutschland zu wollen sowie eine über **2stündige Aufzeichnung**¹⁰⁹ eines Vortrags über die Reise. Eine ausführliche Talk-Runde der Reisenden – aufgenommen am Rande einer Tagung der „Christen in der AfD“ zum Thema Christenverfolgung - findet sich im **AfD-YouTube-Kanal Wendezeit**¹¹⁰.

Im Bundestagsbüro von Ulrich Oehme war oder ist die aus Kurdistan stammende islamfeindliche rechte Aktivistin **Leyla Bilge** beschäftigt. Bilge war Organisatorin und Rednerin bei diversen rassistischen Aufmärschen und Demonstrationen („Frauenmarsch“) deren zentrales Thema die vermeintlich allumfassende Bedrohung von Frauen durch muslimische und/oder geflüchtete Männer generell ist. In ihren Reden und Videos verwendet Bilge eine drastische Sprache. Sie betreibt den Verein „**Leyla e.V.**“¹¹¹, für den sie mehrfach ins syrisch-irakisch-türkische Grenzgebiet reiste und der nach eigenen Angaben dort Hilfsprojekte unterhält. Es ist unbekannt, ob der Verein aktuell Hilfsprojekte betreibt oder finanziert, oder ob er als Finanzierungsinstrument für Bilges **Demonstrationsaktivitäten**¹¹² fungiert. Bilge tourt als „Frauenrechtlerin“ mit Vorträgen durch AfD-Untergliederungen und bewarb sich mehrfach erfolglos um ein eigenes Mandat.

Entwicklungspolitisch ist Oehme mit Forderungen hervorgetreten Entwicklungsgelder für Schwellenländer und Flüchtlings-Herkunftsländer zu streichen. Wiederholt kritisierte er Rücküberweisungen von Zugewanderten in ihre Heimatländer: „*Die Bundesregierung muss sofort die Entwicklungshilfe für die Länder, aus denen die Wirtschaftsmigranten kommen, minimieren oder sogar einstellen. Es geht nicht an, daß die durch unsere Steuern finanzierten Sozialleistungen für Scheinasylanten als Transferleistungen zurück in die Heimatländer überwiesen werden.*“ (**Facebook, 19.03.2019**¹¹³)

Seit ca. Mitte 2019 positioniert MdB Ulrich Oehme sich als Unterstützer der Politik des brasilianischen Präsidenten Bolsonaro. Er begrüßte die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens der brasilianischen Staatsanwaltschaft gegen den

Gast in russischen Staatsmedien und bei verschwörungsideologischen Kanälen wie „KenFM“.

103 <https://www.bundestag.de/mediathek/?videoid=7388061>

104 <https://www.afdbundestag.de/oehme-entwicklungszusammenarbeit-auf-infrastrukturprojekte-umstellen/>

105 <https://www.facebook.com/ulrich.oehme.official/posts/574839022872370>

106 Der pro-russische Verein „**Druschba-Global**“ organisiert seit 2016 sogenannte „Friedensfahrten“ nach Russland und auf die besetzte Krim. Er kooperiert mit dem nationalistischen staatsfinanzierten russischen Motorradclub „Nachtwölfe“. Rothfuss ist gern gesehener

107 <https://www.youtube.com/watch?v=EeLdmlSwoq4>

108 <https://www.youtube.com/watch?v=FW0JjAOaAEU>

109 <https://www.youtube.com/watch?v=3XdG3kYOp1A>

110 <https://www.youtube.com/watch?v=8h0yLRrN7jA>

111 <http://leyla-ev.com/>

112 <https://www.mbr-berlin.de/aktuelles/mbr-einschaetzung-zum-frauenmarsch-am-09-06-18/?lang=de>

113 <https://www.facebook.com/ulrich.oehme.official/posts/792419147781022>

Amazonasfonds^{114 115}, verbreitete, die **Umweltschutzorganisation WWF**¹¹⁶ habe durch den Kauf exklusiver Fotos von den Waldbränden profitiert, begrüßte Freihandels-Vereinbarungen des **Mercosur-Bündnis**¹¹⁷, weil damit perspektivisch weniger Entwicklungshilfe gezahlt werden müsse, die ja an den „Export des Systems Merkel“ geknüpft sei. Im **März 2020 beschuldigte**¹¹⁸ er die *Open Society Foundation* einen „Parakrieg“ gegen Bolsonaro zu führen, verbreitete erneut den Verdacht, die freiwillige Feuerwehrbrigade *Brigada de Incêndio de Alter do Chão* habe Brandstiftung verübt um mit Bildmaterial internationale Spenden zu generieren. Die Feuerwehrleute gehörten den NGOs *Saúde e Alegria* bzw. *Aquifer Alter do Chão* an, welche wiederum von *Greenpeace Brazil* und der *Leonardo di Caprio Foundation* gefördert würden; im Übrigen hätten brasilianische Feuerwehrleute das Technische Hilfswerk in Deutschland besucht. Darum wolle die AfD mittels einer Anfrage „mehr über Fördermittel und deren Vergabe nach Brasilien wissen, damit aus deutscher Entwicklungshilfe nicht Umsturzhilfe gegen den konservativen Staatspräsidenten Bolsonaro wird“. Die sehr detaillierte Bundestagsanfrage (**Drucksache 19/17577**¹¹⁹) hierzu ist eine hartnäckig ausgeweitete Nachfrage auf eine bereits durch die Bundesregierung verneinte Frage zur Förderung der *Brigada de Incêndio de Alter do Chão*.

MDB STEFAN KEUTER

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist **Stefan Keuter**. Keuter ist gelernter Bankkaufmann. Vor dem Mandat war er mit der Insolvenz seines Versandhandels beschäftigt. Seine finanzielle Situation ist vermutlich prekär, die Lokalpresse berichtete, dass seine Diäten gepfändet werden und ein schuldnerrechtlicher Haftbefehl vorliegt. MdB Keuter pflegt gute Kontakte nach Russland, er „beobachtete“ die Präsidentschaftswahl 2018, reiste zum Wirtschaftsforum auf die Krim und nahm Mitte 2018 zusammen mit **Manuel Ochsenreiter** und MdB **Petr Bystron** an einer von der Duma organisierten Konferenz für wohlgesonnene Parlamentarier in Moskau teil. Er hat ein Einreiseverbot in der Ukraine. Darüber hinaus war er 2019 Pseudo-Wahlbeobachter bei den international nicht anerkannten Wahlen in der georgischen Konfliktregion Abchasien und Schattenwahlbeobachter bei

der Präsidentschaftswahl 2018 in Aserbaidschan. Zwischenzeitlich unterliegt er allerdings einem Einreiseverbot in Aserbaidschan wegen „politischer Gespräche“, die er in der Konfliktregion Berg-Karabach führte.

DIE ORGANISATION AFRIC

Genuin entwicklungspolitische Statements von Keuter sind nicht recherchierbar. Bemerkenswert sind seine seit ca. Mitte 2019 bestehenden Kontakte zur Organisation „AFRIC“ („Association for Free Research and international Cooperation“). Wie diverse investigative Recherchen internationaler Medien aufzeigten, gehört AFRIC zum Netzwerk des russischen Oligarchen **Jewgenij Prigoschin** (Rozhdestvensky et al. 2019; Borgia und Scott 2019; Haffarjee 2019; Harding und Burke 2019; Becker und Heil 2019). Prigoschin wurde bekannt durch die Finanzierung der sogenannten „Troll-Fabrik“ in St. Petersburg, die massiven Einfluss auf die US-amerikanische Präsidentschaftswahl 2016 nahm (DiResta et al. 2018; U.S. Department of Justice 2018) sowie durch die Verbindung zu den „Wagner“-Milizen in Afrika (Dornblüth und Rühl 2020). AFRIC ist als Versuch zu werten, die Taktiken der Diskursmanipulation und der parteiischen Wahlbeobachtung in afrikanische Kontexte zu übertragen (Troianovski 2019; Ilyushina 2019). Die Organisation betreibt eine **englisch- und französischsprachige Homepage**¹²⁰ ohne Impressum (**Archivsicherung**¹²¹). Bis Anfang 2020 befanden sich auf der Homepage eine Vielzahl von Texten zu einem breiten Themenspektrum (siehe **ältere Archivsicherungen**¹²²), Stand Mai 2020 enthält die Homepage nur noch Beiträge zu Eigenprojekten der Organisation. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Facebook im Oktober 2019 ein größeres Netzwerk afrikabezogener Manipulationsaccounts – darunter auch den Facebook-Account von AFRIC – gelöscht hat (Grossman et al. 2019). Der Organisation wurde damit der zentrale Agitationskanal entzogen.

AFRIC ist aber nicht nur eine virtuell agierende Organisation. Bislang führte die Organisation fünf „internationale Wahlbeobachtungsmissionen“, teils begleitet von „Meinungsumfragen“ und flankierenden PR-Aktivitäten durch (Madagaskar, Simbabwe und Republik Kongo, 2018; Südafrika und Mosambik 2019). Als Wahlbeobachter beteiligten sich jeweils eingeflogene, aus russophilen Kontexten bekannte Europäer und Asiaten sowie weitere afrikanische Beobachter*innen. Auf dem Russland-Afrika-Gipfel im Oktober 2019 in Sotchi war AFRIC mit einem eigenen Panel inklusive der Verteidigungsministerin der Zentralafrikanischen Republik prominent platziert (Ilyushina 2019). Als Präsident fungiert offiziell **José Matemulane** ein Universitäts-

114 <https://web.archive.org/web/20200515072836/https://www.facebook.com/ulrich.oehme.official/posts/923989797957289>

115 Die in diesem Abschnitt unterlegten Links zu Facebook-Posts verweisen vorsichtshalber auf Sicherungen im Webarchiv (gesichert jeweils am 15.05.2020)

116 <https://web.archive.org/web/20200515073027/https://www.facebook.com/ulrich.oehme.official/posts/972853136404288>

117 <https://web.archive.org/web/20200515075035/https://www.facebook.com/ulrich.oehme.official/posts/982927562063512>

118 <https://web.archive.org/web/20200515072133/https://www.facebook.com/ulrich.oehme.official/posts/1061062774249990>

119 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/175/1917557.pdf>

120 <https://afric.online/>

121 <https://web.archive.org/web/20200518074729/https://afric.online/>

122 <https://web.archive.org/web/20191102162244/https://afric.online/>



dozent aus Mosambik, seit Oktober 2019 in enger Zusammenarbeit mit **Alexey Malkevich**¹²³, der wegen des Versuchs des Neuaufbaus der russischen Propaganda-Aktivitäten auf der US-amerikanischen Sanktionsliste steht. Zumindest ein Teil der Aktivitäten von AFRIC scheint in Deutschland koordiniert zu werden. Stand Mai 2020 hat die Organisation drei Veranstaltungen in Berlin durchgeführt, bei zweien davon fungierte MdB **Stefan Keuter** als prominenter Gast, der die Teilnehmer in den Bundestag einlud. An den Veranstaltungen nahmen teils mehrere Botschafter*innen bzw. Botschaftsmitarbeiter*innen afrikanischer Länder sowie wechselnde Mitarbeiter von AFRIC teil. Die Organisation selbst gibt die **Teilnahme von Vertretern**¹²⁴ aus dem Tschad, Senegal, der Elfenbeinküste, Kamerun, Burkina Faso, Madagaskar, Botswana, Südafrika, Benin, Ägypten, Mauritius, Marokko, Niger, Kongo, Liberia, Äthiopien, Namibia und Uganda an.¹²⁵ Bei der Konferenz im Juli 2019 in Berlin, an der AfD-MdB Keuter teilnahm, wurde ein umfangreiches Positionspapier mit dem Titel „**Africa 2040 Vision for the Future**“¹²⁶ verabschiedet. Bei der Konferenz im Januar 2020 gibt Keuter dem Portal **Afrique Media** ein längeres **Interview**¹²⁷. Hier berichtet er auch von afrikanischen Kontakten während der schon erwähnten Duma-Konferenz in Moskau.

MdB HARALD WEYEL

Schließlich ist als weiteres Mitglied des Fraktionsarbeitskreises 19 noch das stellvertretende Ausschussmitglied

123 Malkevich ist zugleich Vorsitzender der Medienkammer des Russischen Föderationsrates, ein Gremium, das die russische Regierung zu Medien- und Internetthemen berät

124 <https://web.archive.org/web/20190816063116/https://afric.online/projects/afric-berlin-foresight-session-on-africas-transformation/>

125 Diese Angaben konnten nicht vollständig verifiziert werden. In der verlinkten Quelle und in verschiedenen Social-Media-Posts sind zahlreiche Personen zu sehen, deren Identität unklar ist.

126 <https://web.archive.org/web/20200518075123/https://afric.online/wp-content/uploads/2019/11/AFRICA-2040-Full-version-ENG.pdf>

127 <https://www.youtube.com/watch?v=X88XJjt9fw&feature=youtu.be&fbclid=IwAR3u8EGs-XMiKrj2VOnX30RbsnTuxrueLfwYSAH-HmIuMax0SO0KFzCC5UgE>

Harald Weyel von Interesse. Weyel hat afroamerikanischen Wurzeln. Vor dem Mandat war er als Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Köln tätig. Seine Promotion 1993 behandelte das Thema „**Weltmarkt und Dekolonisierung**“¹²⁸ in Belize. Weyel ist Mitglied im Kuratorium der Desiderius-Erasmus-Stiftung. In seinem Bundestagsbüro ist **Erik Lehnert** beschäftigt, der Geschäftsführer des seit kurzem durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als „**Verdachtsfall**“¹²⁹ beobachteten neurechten, dem AfD-„Flügel“ nahestehenden „*Instituts für Staatspolitik*“ (IfS) und Vorstandsmitglied der Desiderius-Erasmus-Stiftung. Dort ist Stand Mai 2020 ein **Abwahlverfahren**¹³⁰ gegen Lehnert anhängig¹³¹. MdB Weyel war 2018 Teil der ersten AfD-Syrien-Reisegruppe. Die *Zeit* zitierte ihn 2017 mit den Worten: „Es gehe darum, „*die deutschen Dinge endlich wieder so zu regeln, dass die Normalität, wie sie im Kaiserreich noch geherrscht hat*“, wiederhergestellt werde – einem Kaiserreich übrigens, das seine „*Kolonialsubjekte*“ in Afrika mit Respekt und Zuneigung behandelt habe“ (Lau 2017).

Auf seiner Homepage findet sich ein längerer Text zum Thema „**Entwicklungshilfe**“¹³². Hier konstatiert Weyel, die Bundesrepublik sei das Sozialamt der ganzen Welt und die Entwicklungshilfe sei „*ein moderner Ablasshandel*“, eine „*Gewissentlastung des (...) Wohlstandsmenschen*“. Deutschland schulde, „*etwa mit Blick auf tatsächliche wie nur gefühlte oder herbeimanipulierte koloniale Altlasten zeitlicher, regionaler, qualitativer Art sowie in quantitativer Hinsicht – der „einen Welt“ gleich zehnmal weniger als die Kolonialmächte England oder Frankreich*“. In einem **Interview mit der rechten YouTuberin Katharina Edl**¹³³ kam er zu der Feststellung

„*Von daher können wir nur verweisen auf die afrikanischen Stimmen auf die indigenen Stimmen Afrikas, die sagen, wenn ihr uns helfen wollt, müsst ihr diese Art von Hilfe beenden. Das ist eine Lehre, die bisher nicht gezogen wird und auch von keiner Partei außer der unsrigen und die vielleicht von ein paar entsprechenden alternativen Vereinen wirklich gefordert wird*“ (ab Min. 2:23). Sinn und Zweck von Entwicklungshilfe sei: „*die Strukturen, so wie sie sind zu erhalten und zu optimieren. Das bezieht sich nicht nur auf die Strukturen im Ausland sondern auch auf diejenigen im Land, diese ganzen Bürokrationen und Karrieren, die damit verbunden sind,*

128 <https://portal.dnb.de/opac.htm?method=simpleSearch&cqlMode=true&query=idn%3D932018025>

129 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechtsextremismus-goetz-kubitscheks-institut-fuer-staatspolitik-wird-zum-verdachtsfall-a-a099e200-d1b6-4b9c-a36c-87e6419e0e31>

130 <https://taz.de/Abwahlenantrag-fuer-Vorstand-Erik-Lehnert!/5685419/>

131 Lehnert wurde qua Mehrheitsbeschluss aus dem Vorstand abberufen, mit der Begründung, dass die Beobachtung des IfS die Etablierung der Stiftung beschädigen könne.

132 <https://harald-weyel.de/pf/entwicklungshilfe/>

133 <https://www.youtube.com/watch?v=VO6KV1KLWdU>



diese ganzen Vereine oder gemeinnützigen Gesellschaften (...), alle leben von der Problembewirtschaftung und deswegen besteht kein inneres Interesse diese Probleme tatsächlich zu lösen (...) nämlich durch einen Ausstieg an der richtigen Stelle. (...) Es sind die Empfänger korrumpiert, es sind die Geber korrumpiert und die ganze Struktur ist so aufgezogen, dass das nur ein Geschäfts- und Karrieremodell für alle (...) ist“ (ab Min. 4:21)

EXKURS

Weyel betont mehrfach, die „herkömmliche Entwicklungshilfe“ sei gescheitert, man müsse neue Ansätze finden, gar „auf indigene Stimmen“ hören. Dieser Topos findet sich auch in verschiedenen Äußerungen von MdB Friedhoff wieder, der **auf seiner Homepage**¹³⁴ von der Ausbeutung und Bevormundung Afrikas – neuerdings vor allem durch den Rohstoffbedarf der E-Mobilität - spricht, die es abzustellen gelte. Man müsse aufhören zu helfen und stattdessen den Afrikanern die Selbstverantwortung übertragen (s.o.). Beide plädierten für „**fairen Handel**“¹³⁵. MdB Frohnmaier forderte **eine Besinnung auf das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe**“¹³⁶. Diese Anklänge an eine wertschätzende Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe verbleiben allerdings durchgängig auf der Ebene von Diskurspiraterie und beruhen offenbar weniger auf konzeptionellen Überlegungen identifizierbarer Vordenker. In der parlamentarischen Anfangsphase wurde gelegentlich zustimmend auf den sogenannten „**Bonner Aufruf**“¹³⁷ rekurriert (**Plenarprotokoll vom 21.11.2018**¹³⁸), Björn Höcke beruft sich in seinen programmatischen Ausführungen auf Äußerungen des ehemaligen deutschen Botschafters und Mitunterzeichners des Bonner Aufrufs **Guido Herz**. Einzig und erstmals **in einer Pressemitteilung von MdB Frohnmaier von Mai 2020**¹³⁹ konnte in diesem Zusammenhang ein Bezug auf einen afrikanischen Theoretiker und Kritiker des bestehenden Systems der Entwicklungszusammenarbeit recherchiert werden, nämlich auf den kenianischen Wirtschaftswissenschaftler **James Shikwati**. Inwiefern dies eine bloße Bezugnahme ist oder auf weiterführende Kontakte hindeutet, bleibt abzuwarten.

134 <https://dietmar-friedhoff.de/ausbeutung-afrikas/?fbclid=IwAR1dNixGulD6Gn48eYrWFRASXjNaSHCCV1NqOfmlh3I0ioBro7JUPr6xxOc>

135 <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19022.pdf>

136 <https://www.afdbundestag.de/frohnmaier-fuer-effizienz-und-wirtschaftliche-zusammenarbeit-entwicklungsetat-um-ein-drittel-kuerzen/>

137 <http://www.bonner-aufruf.eu/?seite=bnmemo>

138 <https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19064.pdf>

139 <https://www.afdbundestag.de/frohnmaier-entwicklungspolitik-muss-die-eigenverantwortung-der-menschen-staerken/>

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat bislang (Stand Mai 2020) drei öffentliche Anhörungen durchgeführt. Dabei konnte nur bei der Anhörung zum Thema „Welternährung und Klimawandel“ am 05.06.2019 ein der AfD zuzuordnender Sachverständiger identifiziert werden. Hierzu hatte die AfD-Fraktion den freischaffenden Journalisten **Edgar Gärtner** geladen, der in der Klimaleugnisten-Szene aktiv ist und im Beirat des Vereins „*EIKE e. V.*“ - der Schlüsselorganisation der deutschen Klimawandelleugner - sitzt. Er vertrat in der Anhörung seine These „*Die Erde wird grüner*“.

WEITERE THEMENRELEVANTE AKTEURE

MdB PETR BYSTRON

Zu den im hier interessierenden Zusammenhang interessanten Akteuren in der AfD gehört auch der Bundestagsabgeordnete **Petr Bystron**. Bystron stammt aus Tschechien, ist als Kind als Asylberechtigter nach Deutschland eingewandert. Vor dem Mandat betrieb er einen Lederwaren-Versandhandel. Seine bestehende Beobachtung durch den bayerischen Verfassungsschutz wurde aus rechtlichen Gründen mit der Aufnahme des Mandats eingestellt. Bystron war durch seine Nähe zur sogenannten „identitären Bewegung“ aufgefallen. Einer seiner Mitarbeiter ist der deutsch-amerikanische Kinderbuchautor **Collin McMahon** (s.u.). Bystron gilt als sehr gut vernetzt, er pflegt Kontakte in rechtskonservative Kreise nach Tschechien, zum ehemaligen US-amerikanischen Präsidentschaftsberater **Steve Bannon** und in die Trump-nahe **rechte, islamfeindliche US-amerikanische Szene**¹⁴⁰ (vgl. Ayyadi 2018). Er gehörte zur Gruppe, die 2018 am Duma-Forum für russophile Parlamentarier teilnahm und fordert die Abschaffung der „Russland-Sanktionen“.

MdB Bystron agitiert vehement gegen die Seenotrettung im Mittelmeer. Er bezeichnet Seenotrettung konsequent als „Schlepperei“, entsprechende Hilfsorganisationen und Einzelakteure als „Kriminelle“. 2018 stellte er nach eigenen Angaben **Strafanzeigen**¹⁴¹ gegen sieben deutsche Seenotrettungsorganisationen. Stand und Ausgang dieser Vorgänge sind unbekannt. In seinem Videokanal finden sich **Produktionen**¹⁴² mit angeblichen Beweisen für die kriminellen Aktivitäten der Seenotretter. Unterstützt wird er bei diesem Thema durch Collin McMahon, der ein gefragter Autor auf diversen rechten, islamfeindlichen und verschwörungsideologischen deutschen und internationalen Alternativmedien ist. Ein Hauptfeindbild in diesem Zusammenhang

140 <https://www.youtube.com/watch?v=q36Mv1VdrSg>

141 <https://www.afdbundestag.de/bystron-staatsanwaltschaften-muessen-gegen-ngos-ermitteln/>

142 <https://www.youtube.com/watch?v=KdBl4zMDXqI&fbclid=IwAR0D3pJuxMl2S0js3fAtYhDL5t3TdD76w41j3MLWwhUgh0oUZud6rsljA5Y>



sind George Soros und dessen *Open Society Foundation*. Während McMahon solche Themen in beliebten Alternativmedien mit **Artikeln**¹⁴³ und **Videos**¹⁴⁴ präsentiert, stellen Bystron und die AfD-Fraktion im Bundestag entsprechende **Anfragen**^{145,146}, die dann wiederum medial aufbereitet werden. Den *Global Compact for Migration* bezeichnete Bystron als „Projekt zur systematischen Umvolkung und Maximierung der Zuwanderung“ – ein klassischer Diskurs der extremen Rechten (Kellershohn 2019b). Jüngstes Angriffsziel ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dem McMahon auf der extrem rechten, verschwörungsideologischen Plattform „*The Gateway Pundit*“, bei der er regelmäßiger Autor ist, eine **Unterwanderung durch „Soros“**¹⁴⁷ andichtet.

EXKURS

Die sich im zuvor erwähnten Text von McMahon anbahnende Kampagne gegen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ist es wert im Auge behalten zu werden. Sie fußt auf einem im **Februar 2020 veröffentlichten Bericht**¹⁴⁸ des evangelikal beeinflussten fundamental-christlichen Think-Tanks „*European Center for Law and Justice*“. In den letzten Monaten wanderte sie – wegen der Coronakrise unbemerkt – durch die **internationale rechtsalternative Medienwelt**¹⁴⁹. Im Europaparlament stellte der AfD-MdEP **Maximilian Krah** bereits **eine darauf bezogene Anfrage**¹⁵⁰, in der er basierend auf der Studie die Teilnahme

der EU am System der Europäischen Menschenrechtskonvention in Frage stellt. Für das **russische Außenministerium**¹⁵¹ bot der Bericht einen willkommenen Anlass die Integrität des Gerichtshofs in Frage zu stellen. Auch in der parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Trägerinstitution des Gerichtshofs, wurden allein **im April 2020 drei Anfragen**¹⁵² mit Bezug auf den ECLJ-Bericht gestellt.

Im Sommer 2018 nahm Bystron in Begleitung von McMahon im Rahmen einer Südafrika-Dienstreise an paramilitärischen Übungen der rassistischen südafrikanischen Gruppe „Suidlanders“ teil (Hoffmann und Neumann 2018; Weiland 2018). Schon zuvor hatte er im März 2018 einen Artikel über **„Zwangsendteignungen weißer Farmer“**¹⁵³ in Südafrika auf dem Portal *The European* veröffentlicht. Rechte **amerikanische**¹⁵⁴, **tschechische**¹⁵⁵ und **deutschsprachige**¹⁵⁶ Alternativmedien berichteten über das Treffen des Team Bystron mit dem „Burenführer“ **Steve Hofmeyr** und verbreiteten ein Videointerview mit der Überlebenden eines Farmüberfalls. Der aus Schweden administrierte YouTube-Kanal *Palestra* verbreitet ein **längeres Video des Treffens**^{157,158}. Ein ausführlicher Reisebericht publizierte Bystron in Zusammenarbeit mit seinem Mitarbeiter McMahon in der neurechten Zeitschrift *Cato*. In dieser Reisereportage wird beispielsweise der ANC als aus der DDR unterstützte „kommunistische Vorfeldorganisation“ und „Terrorgruppe“ sowie Nelson Mandela als Anführer gewaltsamer Proteste vorgestellt (Bystron und McMahon 2019). Eine **Stellungnahme**¹⁵⁹ zu der kritischen

143 <https://web.archive.org/web/20200206072910/https://philosophia-perennis.com/2018/07/16/wie-soros-kahane-und-die-bundesregierung-die-fluechtlingsberichterstattung-beeinflussen/>

144 <https://www.youtube.com/watch?v=wuZuzB5fWBg>

145 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/037/1903784.pdf>

146 Die (Stand Mai 2020) jüngste Bundestagsanfrage (Drucksache 19/19174) aus dem Büro Bystron nach „Open Society NGOs“ stammt von Mai 2020 und fragt zum wiederholten Mal die Finanzen folgender Organisationen ab: *Alarmphone, Amadeu Antonio Stiftung, Amnesty International, Best for Britain, Campact, Chaos Computer Club, Correctiv, Digitalcourage, Digitale Gesellschaft, European Center for Press & Media Freedom, European Council on Foreign Relations, European Stability Initiative, Gesellschaft für Freiheitsrechte, Global Investigative Journalism Network, Hope Not Hate, Human Rights Watch, Initiative offene Gesellschaft, Initiative Transparente Zivilgesellschaft, International Migration Initiative, Mare Liberum, Mediendienst Integration, MenschMenschMensch, Netzpolitik.org, Netzwerk Recherche, Neue deutsche Medienmacher, Neue deutsche Organisationen, new-thinking GmbH, No Hate Speech Movement, Open Democracy, Open Knowledge Foundation, Open Society Foundation, Pinkstinks, Pro Asyl, Rat für Migration, re:publica, Seebrücke, Transparency International, Ukra-ine Media Crisis Center, Zentrum für politische Schönheit*

147 <https://web.archive.org/web/20200521083916/https://www.thegatewaypundit.com/2020/05/report-george-soros-packed-european-court-human-rights-pushed-open-border-policies/>

148 <https://eclj.org/ngos-and-the-judges-of-the-echr>

149 <https://eclj.org/geopolitics/echr/rapport-eclj-sur-les-juges--ong--revue-de-presse?lng=en>

150 https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-9-2020-002327_DE.html

151 https://www.mid.ru/en/web/guest/foreign_policy/rso/coe/-/asset_publisher/uUbe64ZnDJso/content/id/4099232

152 <http://semantic-pace.net/?search=dHlwZV9zdHJfZW46Ildy-aXR0ZW4gcXVlc3Rpb24i&lang=en>

153 <https://web.archive.org/web/20200518184734/https://www.theeuropean.de/petr-bystron-bystron/13634-lebensbedingungen-in-suedafrika-verschlechtern-sich?fbclid=IwAR129Y10D8elAlz-5NYAejUGZKwkXDPg9X90w-WH6Q76jgcoAVs97HwWI02Q>

154 <https://web.archive.org/web/20190329221513/https://www.thegatewaypundit.com/2018/08/exclusive-german-mp-travels-to-south-africa-meets-woman-whose-farmer-husband-was-murdered-in-front-of-her-and-her-children/>

155 <https://web.archive.org/web/20200521072624/http://www.nova-burzoazie.com/437922452/6499045/posting/>

156 <https://web.archive.org/web/20200520201422/https://www.epochtimes.de/politik/welt/suedafrika-ehfrau-eines-ermordeten-weissen-farmers-packt-aus-a2629339.html?text=1>

157 <https://www.youtube.com/watch?v=BgzjWJZOghk>

158 Aus den Äußerungen Hofmeyrs in diesem Video geht hervor, dass auch Schweden in der Reisegruppe waren. Diese konnten bislang nicht identifiziert werden. Der Kanal *Palestra* verbreitet mehrere Videos zum Thema Südafrika unter anderem mit der identitären Aktivistin **Lauren Southern**. Die internationalen Verflechtungen dieser Szene, einschließlich der Verbindung der von McMahon und Bystron promoteten weißen Farmerin zu schwedischen Neonazis analysiert Marianne Thamm in einer sehr lesenswerten Recherche für die südafrikanische Zeitung *Daily Maverick* (Thamm (2019).

159 <https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2018/ich-will-auf-die-situation-der-weissen-farmer-in-suedafrika-auf->

Berichterstattung über seinen Aufenthalt bei den Suidlanders erschien in der neurechten Zeitung Junge Freiheit. Bislang wurden aus der AfD-Fraktion im Bundestag¹⁶⁰ folgende drei Anfragen mit teilweise sehr langer Vorbemerkung und vielen Referenzquellen zur Lage in Südafrika gestellt:

- **Enteignung und Verfolgung der Buren in Südafrika**¹⁶¹
- **Menschenrechtsverletzungen in Südafrika**¹⁶²
- **Situation der Buren in Südafrika und Status der Landreform**¹⁶³

Parallel dazu hält Collin McMahon das Motiv des „Genozids an weißen Farmern in Südafrika“ durch **regelmäßige Publikationen in AfD-nahen Medien**¹⁶⁴ im Bewusstsein der deutschsprachigen (rechten) Öffentlichkeit.

ZWISCHENERGEBNIS

Die Zusammenschau der in der AfD-Bundestagsfraktion mit den Themenfeldern Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit betrauten Männer zeigt zwei starke Einflussfaktoren: zum einen eine evangelikal-fundamentalchristliche und explizit islamfeindliche Strömung insbesondere im Ausschuss für Humanitäre Hilfen. Sehr dominant sticht hier das Thema Christenverfolgung hervor, zumeist in Verbindung mit islamfeindlichen Rahmungen. Die innerparteiliche Arbeitsgemeinschaft „Christen in der AfD“ ist in beiden relevanten Ausschüssen vertreten. Zum anderen findet sich über beide Ausschüsse hinweg eine distanzgeminderte Russlandnähe mit einer Vielzahl von Kontakten zu staatlichen

und dubiosen nicht-staatlichen Organisationen und Personen, Reisen mit ungeklärter Finanzierung, Auftritten in und Verbreitung von russischen Propagandamedien und expliziter Vertretung von Positionen russischer Außenpolitik. Bemerkenswert ist die durchgängige Unterstützung autoritärer und reaktionärer Regime, Politiker und Bewegungen, sei es in Russland, Brasilien, Südafrika oder Syrien.

Ideologisch sind die Abgeordneten des developmentspolitischen Ausschusses ganz überwiegend dem radikal rechten völkischen Flügel der Partei zuzuordnen. Ihre Herangehensweise an das Politikfeld entspricht den programmatischen Äußerungen von **Björn Höcke**, der Führungsfigur der (formal im Mai 2020 aufgelösten) Flügel-Gruppierung: „Das schlechte Gewissen der wohlhabenden Europäer gegenüber den Armen Afrikas, an deren Schicksal sie schuld sein sollen, fungiert hier als Pendant zur deutschen Nazi-Keule. (Höcke und Hennig 2018, S. 190) [...] Das meiste Geld der Entwicklungshilfe wird ohnehin von einer kleinen Oberschicht abgesaugt, die sich damit einen feudal-luxuriösen Lebensstil finanziert, während ein großer Teil der Bevölkerung in Armut verharrt“ (Höcke und Hennig 2018, S. 191). Darüber hinaus setzt der Abgeordnete Bystron, der die AfD im Auswärtigen Ausschuss als Obmann vertritt, Akzente in developmentspolitisch relevanten Regionen. Bei ihm und seinem Umfeld ist ein großer Einfluss der global vernetzten identitären, islamfeindlichen, trumpistischen Szene zu konstatieren (vgl. Schwarz 2020).

merksam-machen/

160 Auch die nordrheinwestfälische Landtagsfraktion beschäftigte sich mit dem Thema Südafrika. Sie führte 2019 einen **Diskussionsabend** mit **Corné Mulder**, Mitglied des südafrikanischen Parlaments („Vryheidsfront Plus“) zum Thema „Krisenkontinent Afrika. Wird es noch schlimmer?“ durch

161 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/017/1901759.pdf>

162 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/041/1904139.pdf>

163 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/073/1907391.pdf>

164 <https://web.archive.org/web/20190503142642/https://www.deutschland-kurier.org/heute-grossdemo-gegen-farmattacken-in-suedafrika-blutige-ostern-13-ueberfaelle-3-morde/>



III. AfD IM NAHEN OSTEN

Bislang können Verbindungen bzw. Reisen von AfD-Abgeordneten bzw. Funktionären in drei Regionen im Nahen Osten dokumentiert werden:

- Ulrich Oehme/Rainer Rothfuss (2018) in den Irak bzw. Kurdistan (siehe oben)
- Reisegruppe um MdEP Joachim Kuhs (zugleich Mitglied im Bundesvorstand der AfD und Sprecher der „Christen in der AfD“ und MdL Dimitri Schulz (2019) nach Israel
- Zwei Reisegruppen (2018/2019) nach Syrien

Die Reise ins kurdische Grenzgebiet wurde oben bereits besprochen, die Reisen nach Israel und Syrien werden im Folgenden überblicksartig dargestellt.

DIE ISRAEL-REISE



Im August 2019 bereiste eine Gruppe um den Europaabgeordneten **Joachim Kuhs** und den hessischen Landtagsabgeordneten **Dimitri Schulz**¹⁶⁵ Israel. Die Reise wird auf AfD-Seiten als gemeinsame Delegationsreise der Gruppierungen „Christen in der AfD“¹⁶⁶ (deren Sprecher Joachim Kuhs¹⁶⁷ ist) und „Juden in der AfD“ (deren Mitglied¹⁶⁸ Dimitri Schulz ist) bezeichnet. Die Dokumentation in deutschen und internationalen rechten Medien erfolgte durch **Collin McMahon**, der im Jahr zuvor bereits die Südafrika-Reise des Abgeordneten Bystron medial begleitet hatte.

165 Die Teilnahme von Schulz an einer offiziellen Delegation des hessischen Landtags war wenige Wochen zuvor der Anlass dafür, dass diese Delegation nicht von offiziellen israelischen Vertretern empfangen wurde

166 Die Vereinigung der „Christen in der AfD“ führte im Februar 2020 eine **frei buchbare Bildungsreise** nach Israel durch.

167 MdEP Kuhs ist sogenanntes Fördermitglied der JAfD

168 Schulz' tatsächliche Zugehörigkeit zum Judentum ist unklar, er bekannte sich zu Christus und hat in der jüdischen Gemeinde in Wiesbaden Hausverbot vgl. Botsch (2020).

Joachim Kuhs selbst tritt als Autor eines längeren Reiseberichts in der AfD-Publikation *Deutschland-Kurier*¹⁶⁹ auf. Ein dazugehöriges **Video-Statement**¹⁷⁰ findet sich im rechten YouTube-Kanal *PC-TV*. Gerahmt von abfälligen Äußerungen über Muslime und muslimische Siedlungen, von Klagen über die „Apartheid“ gegenüber Israelis, den „Judenboykott“ Deutschland und der EU, die „israelfeindliche Obama-Regierung“ und die UNO, berichtet er über den Besuch von Siedlungen im Westjordanland, welches konsequent als Samaria bezeichnet wird. Als Gesprächspartner*innen werden erwähnt:

- die Winzerin **Vereed ben Sa'adon** vom Weingut Tura
- der Direktor der Universität Ariel **Albert Pinhasov**
- der Sohn des Mitbegründers der Siedlungsbewegung Elyakim HaEtzni, **Boaz Ha'Etzni**
- der arabische „pro-Israel-Aktivist“ der Gruppe „Reservists on Duty“ **Ali Adi**.

Des Weiteren:

- Kuhs Text erschien auch **auf Englisch in einer leicht abgewandelten Version**¹⁷¹ auf dem der Siedlerbewegung nahesten Portal Arutz Sheva 7. Hier wird die Organisation „Reservists on Duty“ als NGO beschrieben, *“who expose(s) the lies told about the Israeli army by far-left activists like Dean Issacharoff of “Breaking the Silence”*. Issacharoff wird als Sohn des israelischen Botschafters in Berlin exponiert und positiver Bezug auf die Arbeit von „NGO-Monitor“ genommen.
- Zwei Videos eines Gesprächs von Kuhs mit dem YouTuber **Avi Abelov** findet sich auf dem Portal Israel Unwired. Kuhs behauptet darin die EU finanziere die BDS-Kampagne und wolle Israel schaden.

Die von Collin McMahon veröffentlichten Reiseberichte haben einen propagandistischeren Charakter¹⁷². Der wohl **ausführlichste deutschsprachige Reisebericht**¹⁷³ von McMahon findet sich auf einer Seite des AfD-Kreisverbands Bad Kreuznach. Hier sind folgende Gesprächspartner erwähnt:

- **Jonathan Khoury** und **Ali Adi** „von den »Reservists on Duty«, einer Nichtregierungsorganisation (NGO),

169 <https://www.deutschland-kurier.org/afd-in-israel-die-araber-muessen-lernen-mit-juden-zu-leben-anstatt-sich-abzuspalten/>

170 <https://www.youtube.com/watch?v=ASjB83oOp8c>

171 <http://www.israelnationalnews.com/Articles/Article.aspx/24514>

172 MacMahon war vor einigen Jahren Mitarbeiter des rechten, aggressiv islamfeindlichen, teilweise über das „Middle East Forum“ finanzierten und der zwischenzeitlich aufgelösten Partei „Die Freiheit“ nahestehenden **Portals Journalistenwatch**.

173 <https://web.archive.org/web/20200522085018/https://www.afdkh.de/2019/08/20/delegation-der-afd-besuchte-israel-einschliesslich-samaria-und-judaea/>

die gegen die Falschdarstellungen der israelischen Armee durch Medien und linke NGOs wie »Breaking the Silence« eintritt“

- Zwei Erntehelfer aus den USA namens **Josh** und **Josiah** (inklusive Video)
- **Daniella Weiss** von der Siedlerbewegung »Nachala«, die allererste »Siedlerin« in Samaria und ehemalige Bürgermeisterin von Kedumim
- **Naomi Linder Kahn** von der NGO »Regavim« (*Fleckchen Erde*), die beklagte, die „juristische Kriegsführung“ (*Lawfare*) der Palästinenserführung werde „in vielen Fällen durch die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung und deren undurchsichtigen halb-kirchlichen Partner „Society of St. Yves“ finanziert“
- Nicht näher benannte „Treffen mit der Regierungspartei Likud und Regierungsbeamten in Judäa und Samaria“

Auf dem extrem rechten verschwörungsideologischen amerikanischen Portal „Gateway Pundit“, für das McMahon mehrfach schrieb, platzierte er einen jeweils einen Text mit Video zum **Treffen mit Avi Abelow**¹⁷⁴ und mit anti-Obama-Stoßrichtung zur **Begegnung mit Naomi Linder-Kahn**¹⁷⁵. Eine **deutschsprachige Version dieses Textes**¹⁷⁶ erschien auf dem islamfeindlichen Portal PI-News.

Auch nach Sichtung der verschiedenen Reiseberichte bleibt unklar wie die gesamte Reise organisiert wurde und wie die vielfältigen Kontakte angebahnt wurden. Die Präsenz von Collin McMahon weist auf Kontakte in die amerikanische islamfeindliche pro-israelische Rechte hin. Möglicherweise gibt es auch fortbestehende Kontakte in die Siedlerbewegung über die in der vergangenen Legislaturperiode des EU-Parlaments gegründete Gruppierung „**Friends of Judea and Samaria in the European Parliament**“¹⁷⁷, der die ehemaligen Europaabgeordneten **Beatrix von Storch** und **Marcus Pretzell** angehörten. Die Gruppierung als solche ist vermutlich aufgelöst, zumindest ist ihr Internet-Auftritt offline.

Zwar waren an der dokumentierten Reise keine Bundestagsabgeordneten beteiligt, im Vorfeld gab es aber Ende 2018 zwei Anfragen, in denen Projekte bzw. Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit in den palästinensischen Gebieten abgefragt wurden:

- Förderung von Nichtregierungsorganisationen in den palästinensischen Autonomiegebieten **Drucksache 19/6297 vom 05.12.2018**¹⁷⁸
- Deutsche Unterstützung für den Aufbau eines palästinensischen Staates **Drucksache 19/6047 vom 26.11.2018**¹⁷⁹

Mit drei Anfragen versuchte die AfD-Fraktion darüber hinaus einen Vorgang an der Al-Quds Universität zu klären und deren erhaltene Fördergelder in Frage zu stellen: **Drucksache 19/8884**¹⁸⁰ vom 02.04.2019, **Drucksache 19/10889**¹⁸¹ vom 12.06.2019, **Drucksache 19/12716**¹⁸² vom 27.08.2019. Die im Nachgang dazu erstellte Öffentlichkeitsarbeit stand unter der Überschrift „**Bundesregierung hält an Finanzierung palästinensischer Terror-Universität fest**“¹⁸³

DIE SYRIEN-REISEN

Zwei Reisen von AfD-Delegationen nach Syrien sind bekannt: im März 2018 und im November 2019. Im März 2018 unternahm eine Gruppe aus Landtags- und Bundestagsabgeordneten eine offiziell als privat deklarierte Reise nach Damaskus. Es handelte sich um die beiden nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten **Christian Blex** und **Thomas Röckemann** und den Bezirksvorsitzenden der AfD Münster, **Steffen Christ** sowie um die Bundestagsabgeordneten **Harald Weyel**, **Udo Hemmelgarn**, **Frank Pasemann** und **Jürgen Pohl**. Die Herren reisten offenbar über den Libanon ein.

Man traf den Minister für nationale Versöhnung, **Ali Haidar** und den Großmufti **Ahmad Badr al-Din Hassoun**. Am 08.03.2018 fand in Aleppo im Universitätshospital von Aleppo ein Gespräch mit **Prof. Dr. Ibrahim al-Hadid** statt sowie ein Gespräch mit 13 „hohen religiösen Würdenträgern“ statt, darunter laut eines Schreibens, **das Blex auf Twitter postete**¹⁸⁴: **Mahmoud Akkam** (Mufti von Aleppo), **Ahmad Wisi** (Leiter der Moscheeangelegenheiten), **Haitham Hussainy** (Leiter der Orientierungsangelegenheiten), **Denys Antoine Chahda** (syrisch-katholischer Erzbischof von Aleppo), **Joseph Tobji** (maronitischer Erzbischof von Aleppo), **Ibrahim Nsair** (geistiger Führer der arabisch-evangelischen Kirche von Aleppo), **Raban Boutros Kassis** (Patriarchal delegierter der Erzdiözese der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien in Aleppo), **Georges Masri** (Prokurator beim Heiligen Stuhl der syrisch-katholischen Kirche). In Homs wurde die Universität und die Al-Kindi Grundschule besichtigt.

174 <https://www.thegatewaypundit.com/2019/08/gateway-pundit-exclusive-likud-member-avi-abelow-at-site-of-19-year-old-dvir-so-reks-murder-stand-strong-for-israel-video/>

175 <https://www.thegatewaypundit.com/2019/09/exclusive-from-judea-how-obama-aided-illegal-arab-settlements-in-israel/>

176 <https://web.archive.org/web/20191023221402/http://www.pi-news.net/2019/08/afd-delegation-in-israel-die-eu-fuehrt-krieg-gegen-israel/>

177 <https://web.archive.org/web/20170419032552/http://judeasamaria.eu/support/>

178 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/062/1906297.pdf>

179 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/060/1906047.pdf>

180 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/088/1908884.pdf>

181 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/108/1910889.pdf>

182 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/127/1912716.pdf>

183 <https://www.afdbundestag.de/frohnmaier-bundesregierung-haelt-an-finanzierung-palaestinensischer-terror-universitaet-fest/>

184 <https://twitter.com/ChristianBlex/status/976052257195163648/photo/2>



Das Video der nach der Rückkehr in Berlin abgehaltenen **Pressekonferenz**¹⁸⁵ findet sich im YouTube-Kanal von MdL Blex. Der AfD-YouTube-Kanal *Wendezeit* zeigte eine **Diskussionsrunde der Reisenden**¹⁸⁶ Pasemann, Blex und Weyel mit MdB Hampel. Eine Aufzeichnung einer von vielen **Vortragsveranstaltungen**¹⁸⁷ in AfD-Untergliederungen findet sich im Kanal eines mutmaßlichen Besucher. Schließlich erschien im Kanal des YouTubers KenFM ein **ausführliches Interview**¹⁸⁸ mit Blex.

Während die Reise in Deutschland dazu diente die Forderungen der AfD nach Rückkehr der Flüchtlinge in ihr vermeintlich sicheres Herkunftsland zu untermauern und eine Aufhebung von Sanktionen gegen Syrien zu fordern, wurde sie in syrischen und russischen Staatsmedien propagandistisch verwertet. Die Mitglieder der Reisegruppe betonten ausdrücklich, es habe sich um eine private Reise gehandelt. Angesichts der hochrangigen Gesprächspartner scheint es jedoch wahrscheinlich, dass es bei der Vorbereitung Unterstützung gab. Angesichts der Tatsache, dass der als Reiseleiter auftretende MdL Blex wenige Wochen zuvor mit einer anderen Delegation auf der von Russland annektierten Krim unterwegs war, ist vielfach vermutet worden, dass die Reise mit russischer Unterstützung vorbereitet wurde (vgl. Fiedler 2018; Dobbert und Kluge 2018; Decker 2018)

Die zweite Syrienreise fand im November 2019 statt. Als **Leiter der Delegation**¹⁸⁹ wird MdB **Frank Pasemann** bezeichnet, als Leiter der Syrien-Kontaktgruppe MdB **Waldemar Herdt**. Zur Reisegruppe gehörten auch die Abgeordneten **Udo Hemmelgarn**, **Jürgen Pohl** und **Steffen Kotré**. Begleitet wurde die Delegation von **John Hoewer**, einem deutsch-national völkischen Burschenschafter, der nun mutmaßlich als Mitarbeiter im Bundestag arbeitet.

Geplant wurde die Reise nach Recherchen von WDR und NDR im Frühjahr 2019 beim Besuch mehrerer Bundestags-

185 <https://www.youtube.com/watch?v=bIuCzgAMRAE>

186 <https://www.youtube.com/watch?v=JXZFCQXApEY>

187 <https://www.youtube.com/watch?v=JzsFFikG1NA>

188 <https://www.youtube.com/watch?v=MF6HmvAVmNI>

189 <https://web.archive.org/web/20200407225156/https://afdkompakt.de/2019/11/26/fuer-den-wiederaufbau-syriens-ist-ein-ende-der-wirtschaftssanktionen-unerlaesslich/>

abgeordneter beim Wirtschaftsforum auf der von Russland annektierten Krim (Pittelkow und Riedel 2019). Dort war auch eine große syrische Delegation anwesend. Die Reise der Deutschen wurde von einem russischen Fernsehteam begleitet und in russischen Staatssendern propagandistisch ausgewertet (**Beispielhafte Quelle bei Sputnik (Archivlink)**¹⁹⁰). Nach ihrer Rückkehr gaben die Abgeordneten eine **Pressekonferenz**¹⁹¹ die auf dem YouTube-Kanal der Fraktion dokumentiert ist. Auf der Homepage der Bundestagsfraktion ist eine **16-seitige Broschüre über die Syrienreise**¹⁹² abrufbar. Seit März 2020 verbreitet die AfD einen **einstündigen Film**¹⁹³ über die Reise auf YouTube. Der Film enthält verschiedene Sequenzen mit dem YouTuber „**Treka Z**“¹⁹⁴.

Die Einreise erfolgte wiederum über den Libanon. Die Abgeordneten traten wie Staatsgäste auf und wurden wie solche behandelt. Sie trafen wiederum den Großmufti Großmufti **Ahmad Badr al-Din Hassoun**, dem MdB Herdt eine „unglaubliche Ausstrahlung von Weisheit und Liebe“ attestierte und nahmen diverse Termine mit Regierungsvertretern (**Mohammad Samer Al-Khalil**, Minister für Wirtschaft, **Suhail Mohammad Abdullatif**, Minister für Wohnungsbau, **Hammouda Sabbagh** Parlamentspräsident) wahr. Als weitere Gesprächspartner konnten identifiziert werden: der Patriarch von Antiochien **Ignatius Ephräm II.**, die Architektin und Ex-Abgeordnete **Maria Saadeh**, der Vorsitzende der Stiftung zum Erhalt der aramäischen Sprache **Ibrahim Al-Shaer**, Vertreter des Roten Halbmondes, ein „Unternehmerverband der mittelständischen syrischen Wirtschaft“. MdB Pasemann kündigte die Gründung eines Kontaktbüros in Deutschland sowie einen syrisch-deutschen Kongress in Berlin an. Im Januar berichtete MdB Waldemar Herdt auf Facebook über ein **Arbeitstreffen**¹⁹⁵ mit (nicht-identifizierten) Vertretern Russlands und Syriens bei dem eine „gemeinsame Schulungs- und Ausbildungskooperation“ für Syrer beschlossen worden sei.

In dem von der AfD produzierten YouTube-Film ist zu sehen, dass die Delegation in das Dorf Maalula reiste, in der die sogenannten identitären Bewegung bzw. deren Unterorganisation „**AHA – Alternative Help Association**“¹⁹⁶ mit einer als Hilfsprojekt beschriebenen Aktion tätig ist. Die AHA wird vom baden-württembergischen Verfassungsschutz als

190 <https://web.archive.org/web/20191130084945/https://de.sputniknews.com/politik/20191127326037678-afd-syrien-delagation/>

191 <https://www.youtube.com/watch?v=kOlnCSqF5c4>

192 https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/156/2020/05/afd_btf_broschuere_delegationsreise_kg-syrien_2019_digitale_version.pdf

193 https://www.youtube.com/watch?v=v_4cjYbf19k&feature=youtu.be

194 <https://www.youtube.com/channel/UCn53Uv80mPlp-J5TMIqq2W5Q>

195 <https://www.facebook.com/WaldemarHerdtMdB/posts/1026429307725230>

196 <https://aha-europe.com/>

„Humanitärer Deckmantel für Rechtsextremisten“¹⁹⁷ beschrieben. Eine Sichtung des Facebook-Feeds der Gruppierung zeigt einige Post über konkrete Aktivitäten in Maalula (Busse, Imkerei, Bürgerbüro), Reisen von Aktivisten nach Syrien, PR-Aktivitäten des Vereins, Videos des Vloggers Treka Z (s.o.) sowie regelmäßige Crosspostings des Kanals „Syriana Analysis“ der vom Mitarbeiter des MdB Frohnmaier, Kevork Almassian, betrieben wird (s.o.) und Statements von MdB Frank Pasemann. Pasemann hatte **schon im Mai 2019**¹⁹⁸ **Abdo Haddad** aus Maalula empfangen und affirmativ auf die Alternative Help Association verwiesen. Die AHA betreibt Öffentlichkeitsarbeit in rechtsalternativen Medien, wie der von Manuel Ochsenreiter geleiteten Zeitschrift „Zuerst!“ (Zeilinger 2019) oder dem der österreichischen FPÖ und dem identitären Burschenschaftermilieu nahestehenden Magazin „freilich“. In letzterem erschien beispielsweise eine aufwändige Fotoreportage aus Maalula. Darin wird Abdo Haddad als lokaler Partner¹⁹⁹ in Maalula präsentiert (Zeilinger 2020).

IV. KULTURKAMPF I: NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

Zentrale Feindbildmarkierungen der AfD im Rahmen ihres völkisch-neurechten Kulturkampfes gelten zivilgesellschaftlichen Organisationen aller Art, einschließlich politischer Stiftungen anderer Parteien und kirchlicher Einrichtungen. Dies gilt im Feld der Entwicklungspolitik genauso wie anderen innenpolitischen Zusammenhängen. Angriffe, Delegitimierungen und Diskreditierungen zivilgesellschaftlicher Akteure bis hinunter auf die Ebene einzelner Personen haben sich zum Markenkern parlamentarischer Aktivitäten der AfD auf allen Ebenen entwickelt. Sie sind einerseits Manifestationen eines antipluralistischen Gesellschafts- und Demokratieverständnisses und als solches Stilmittel rechtspopulistischer Agitation, andererseits Vehikel zum Aufbau einer Droh- und Einschüchterungskulisse gegenüber politisch missliebigen Aktivitäten (Amadeu-Antonio-Stiftung 2019)

Sehr intensiv fokussiert sie sich dabei – insbesondere in entwicklungspolitisch relevanten Themenfeldern – in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf die „Open Society Foundation“, die als Platzhalter für latentes und offenes Geraune über eine allumfassende Weltverschwörung sowie als antisemitischer Platzhalter dient. Insbesondere im Verschwörungsmythos

der gesteuerten „Umvolkung“ Europas erfüllt sie eine wichtige Funktion. Dieser Topos ist in rechten Alternativöffentlichkeiten auf der ganzen Welt zu finden und wird auch von AfD-Akteuren mit hoher Frequenz verwendet.

In der entwicklungspolitischen Bundestagsarbeit der AfD zieht sich das grundsätzliche Misstrauen und die Ablehnung von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie ein roter Faden durch ihre Anträge und Anfragen. So fordert sie in ihrem Antrag zum Ausstieg aus der „Agenda 2030“ einen „vollständige[n] Verzicht [auf die] Förderung der ‚Zivilgesellschaft‘ in den Empfängerländern“. Die Bundesregierung solle „durch den Verzicht auf zivilgesellschaftliches Engagement weder friedliche noch militante oppositionelle Gruppen in den Empfängerländern fördern oder unterstützen“ (**Drucksache 19/13531**²⁰⁰). Im Antrag zum Haushalt des BMZ für 2020 fordert sie dementsprechend in Bezug auf die Trägerstrukturen die Zusammenarbeit „mit der sogenannten Zivilgesellschaft“ zu reduzieren bzw. ganz einzustellen, keine „Globalbewilligungen an die kirchlichen Träger“ zu gewähren und die Auslandsprojekte der politischen Stiftungen nicht weiter zu fördern.

Diesen Kahlschlagsforderungen steht ein offenbar hoher Informationsbedarf über Träger, Projekte und Empfängerstrukturen der Entwicklungszusammenarbeit gegenüber. Es gibt eine Reihe von Anfragen aus der AfD-Fraktion, in denen detaillierte Auskünfte über die entwicklungspolitische Akteurslandschaft im In- und Ausland eingeholt werden. Eine Zielsetzung dieser Flut von Anfragen ist vermutlich die Suche nach möglichen Angriffspunkten und die Eruiierung von propagandistisch verwertbaren Informationen.

Die folgende Tabelle dokumentiert und verlinkt diese Anfragen, jeweils ergänzt um die Angabe, welche Organisationen in der Frage bzw. der Antwort erwähnt werden.

197 https://www.verfassungsschutz-bw.de/,Lde/Startseite/Aktuelles/Humanitaere+Hilfe+als+Deckmantel+fuer+Rechtsextremisten+Die+_Alternative+Help+Association+e+_V_

198 https://www.facebook.com/PasemannAfD/posts/2208513302528938?__tn__=H-R

199 Der aktuelle Status von Haddad konnte im Rahmen dieser Recherche nicht abschließend geklärt werden. Er taucht als Kommentator in russischen Staatsmedien und auf bekannten Desinformationsseiten auf, einige Fundstellen bezeichnen ihn als Flüchtling, der in Europa lebt, mehrere Fundstellen verweisen auf Vorträge in Polen.

200 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/135/1913531.pdf>



TABELLE: ANFRAGEN AUS DER AFD-BUNDESTAGSFRAKTION MIT BEZUG ZU ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN BZW. PROJEKTEN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (STAND: 25.05.2020)

(Die Nummer der Drucksachen in Spalte 1 bezieht sich jeweils auf die Originalanfrage und entspricht darum nicht der darunter verlinkten Antwortdrucksache)

Drucksache Nr. 19/n	Titel der Anfrage	Bemerkungen/erwähnte NGOs (F)=Frage, (A)= Antwort
664 ²⁰¹	Situation in Syrien	
786 ²⁰²	Flüchtlingshilfe in Jordanien	(A) ADRA Deutschland e. V., Bremer Arbeitsgemeinschaft für Überseeforschung und Entwicklung (BORDA) e. V., Care International Deutschland Luxemburg e. V., Christoffel-Blindenmission Deutschland e. V., Deutscher Caritasverband e. V., Deutscher Volkshochschulverband e. V., Diakonie Katastrophenhilfe, Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V., Forum Ziviler Friedensdienst e. V., Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit e. V., Hanns-Seidel-Stiftung e. V., Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Help – Hilfe zur Selbsthilfe e. V., Help Age Deutschland e. V., Islamic Relief Humanitäre Hilfe in Deutschland e. V., Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V., Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., MedAir Deutschland e. V., Nehemia e. V., Rosa-Luxemburg-Stiftung e. V., Save the Children Deutschland e. V., Streetfootballworld gGmbH, Vision Hope International e. V., World Relief Deutschland e. V., World Vision Deutschland e. V.
788 ²⁰³	Flüchtlingshilfe im Libanon	(A) AMICA e. V. Freiburg, Arche noVa – Initiative für Menschen in Not e. V., Berufliche Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft gGmbH, CARE Deutschland-Luxemburg e. V., Caritas International e. V./ Deutscher Caritasverband e. V., Diakonie Katastrophenhilfe e. V., Don Bosco Mondo e. V., Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe Bonn, Flüchtlingskinder im Libanon e. V., Forum Ziviler Friedensdienst, Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e. V., Heinrich-Böll-Stiftung e. V., HelpAge Deutschland e. V., Humedica e. V., IPSO gGmbH, Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V., Kindernothilfe e. V., Malteser International e. V., Medico International e. V., Save the Children Deutschland e. V., SOS-Kinderdörfer weltweit e. V., Welthungerhilfe e. V., World Vision Deutschland e. V.
1122 ²⁰⁴	Humanitäre Lage in Brasilien	(A) Care Deutschland, Caritas International, Center for Justice and International Law, Conectas Direitos, Deutscher Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz, Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe, Fonte para o Desenvolvimento, Fundação Interamericana de Defesa dos Direitos Humanos, Humedica, Instituto Brasileiro de Estudos e Apoio Comunitário, Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V., Kolpingwerk Deutschland, Movimento Nacional de Direitos Humanos, Rede Social de Justiça e Direitos Humanos, Women's World Summit Foundation

201 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/010/1901047.pdf>

202 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/013/1901357.pdf>

203 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/013/1901358.pdf>

204 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/016/1901672.pdf>

3568 ²⁰⁵	Kriterien und Subventionen für Nichtregierungsorganisationen	
5703 ²⁰⁶	Förderung von Nichtregierungsorganisationen in den palästinensischen Autonomiegebieten	(F) Al Kamandjati Antwort als VS – Vertraulich eingestuft
7416 ²⁰⁷	Entwicklungszusammenarbeit mit der Libanesischen Republik	Antwort enthält umfangreiche Liste von NROs
8128 ²⁰⁸	Staatliche und nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit mit und in der Bolivarischen Republik Venezuela	(A) Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe, Friedrich-Ebert- Stiftung e.V., Hanns-Seidel- Stiftung e.V., Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V., DGRV - Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V., OroVerde - Die Tropenwaldstiftung
8503 ²⁰⁹	Fortschreibung der Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung	
9446 ²¹⁰	Förderung von sogenannten LGBTTI-Initiativen im Ausland	Anmerkung: Einzelne in der Antwort erwähnte Projektitel wurden wiederholt von der AfD als Negativbeispiele für ihrer Meinung nach verfehlte Entwicklungspolitik verwendet (A) Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V,
12158 ²¹¹	Projekte mit Gender-Bezug in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit	(A) Umfangreiche Liste von Projektiteln und nichtstaatlichen Zuwendungsempfängern
12185 ²¹²	Bevölkerungspolitische Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen der staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit	(A) Umfangreiche Liste von Projektiteln und Projektpartnern

205 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/037/1903754.pdf>

206 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/062/1906297.pdf>

207 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/080/1908075.pdf>

208 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/091/1909157.pdf>

209 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/093/1909337.pdf>

210 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/102/1910277.pdf>

211 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/129/1912986.pdf>

212 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/129/1912957.pdf>



12230 ²¹³	Mittelfehlverwendungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit	
12499 ²¹⁴	Entwicklungszusammenarbeit mit nichtstaatlichen Kooperationspartnern	Antwort als Verschlussache „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft
13657 ²¹⁵	Staatliche und nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit sowie andere ODAfähige Vorhaben mit und in der Föderativen Republik Brasilien	Antwort enthält umfangreiche Liste von NGOs
15096 ²¹⁶	Internationale und ausländische Organisationen in Deutschland	Anm.: Frage umfasst NGOs, Antwort nicht
15929 ²¹⁷	Staatliche und nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit sowie andere ODAfähige Vorhaben mit und in der Föderativen Republik Brasilien (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/13657)	BR verweigert aus Sicherheitsgründen Nennung der lokalen Partner
16648 ²¹⁸	Maßnahmen des Auswärtigen Amts	Anm.: Frage bezieht sich Venezuela und Syrien Venezuela: Deutscher Caritasverband e.V., Internationales Komitee vom Roten Kreuz
17310 ²¹⁹	Mittelfehlverwendungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/13045)	42 Einzelfragen mit teils bis zu 8 Unterpunkten Antwort als Verschlussache – nur für den Dienstgebrauch (VS-NfD) eingestuft

213 <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/130/1913045.pdf>

214 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/130/1913021.pdf>

215 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/136/1913657.pdf>

216 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/159/1915900.pdf>

217 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/168/1916828.pdf>

218 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/171/1917185.pdf>

219 <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/189/1918982.pdf>

17261 ²²⁰	Kooperation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit der „Plant-for-the-Planet“-Initiative	Noch nicht beantwortet (F) Plant for the Planet, (Fridays for Future, Climate Strike)
17312 ²²¹	Allianz für Entwicklung und Klima als Kompensationspartner	Allianz für Klima und Entwicklung
17555 ²²²	Nachfrage zur Förderung der brasilianischen Nichtregierungsorganisation Brigada de Incêndio de Alter do Chão	Noch nicht beantwortet (F) Brigada de Incêndio de Alter do Chão
18563 ²²³	Zuwendungen des Bundes aus dem Einzelplan 23 im Jahr 2019	Umfangreiche Tabelle mit Zuwendungsempfängern
19174 ²²⁴	Zuwendungen für die <i>Open Society Foundation</i> und deren nahestehenden Nichtregierungsorganisationen bzw. Migrationsverbände	Noch nicht beantwortet (F) Open Society Foundation, Alarmphone, Amadeu Antonio Stiftung, Amnesty International, Best for Britain, Campact, Chaos Computer Club, Correctiv, Digitalcourage, Digitale Gesellschaft, European Center for Press & Media Freedom, European Council on Foreign Relations, European Stability Initiative, Gesellschaft für Freiheitsrechte, Global Investigative Journalism Network, Hope Not Hate, Human Rights Watch, Initiative offene Gesellschaft, Initiative Transparente Zivilgesellschaft, International Migration Initiative, Mare Liberum, Mediendienst Integration, MenschMenschMensch, Netzpolitik.org, Netzwerk Recherche, Neue deutsche Medienmacher, Neue deutsche Organisationen, newthinking GmbH, No Hate Speech Movement, Open Democracy, Open Knowledge Foundation, Open Society Foundations, Pinkstinks, Pro Asyl, Rat für Migration, re:publica, Seebrücke, Transparency International, Ukraine Media Crisis Center, Zentrum für politische Schönheit

220 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/172/1917261.pdf>

221 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/177/1917765.pdf>

222 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/175/1917557.pdf>

223 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/191/1919102.pdf>

224 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/191/1919174.pdf>



V. KULTURKAMPF II: KOLONIALISMUS-DEBATTE

Geschichtspolitik ist ein wichtiges Themenfeld des Kulturkampfes von rechts, in dem sich die AfD positioniert. Der Kampf um die Erinnerungskultur ist ein Kampf um die Deutungshoheit, um die kulturelle Hegemonie. Dies betrifft nicht nur die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus, die „erinnerungspolitische Wende“, die Björn Höcke in seiner bekannten Dresdner Rede forderte, schließt auch das Erinnern an den Kolonialismus ein, denn die kritische Auseinandersetzung mit diesen Epochen ist eine der größten Hürden bei der Rehabilitierung des deutschen Nationalismus und der Durchsetzung eines heroischen nationalen Selbstbildes (Kritter et al. 2019).

„Man darf Kolonisation auch nicht ausschließlich negativ betrachten: Im Grunde ist Kultur immer die Folge erfolgreicher Kolonisation. Doch nach der Landnahme muß die Tüchtigkeit, die Selbstaussbeutung zur Grundlage des Wohlstandes werden und nicht die Ausbeutung der Kolonie und ihrer Menschen. Das war bei der deutschen Kolonisierung im Osten ebenso der Fall wie bei der preußischen Binnenkolonisation. Das Ansehen, welches die Deutschen bei unzähligen Erdenbürgern in Afrika, Amerika und Asien genießen, die nicht durch die Narrative der westlichen Soziologen und Politologen erreicht werden, beruht auf einem Wohlbauaufbau, der in der Zeit von 1850 bis 1918 aus dem Geist und der praktischen Tüchtigkeit der Deutschen erwuchs. Das bleibt den Menschen von Bagdad bis Zanzibar unvergessen.“ (Björn Höcke in: Höcke und Hennig 2018, S. 191)

„Der Bundestag wolle beschließen: [...] Der Deutsche Bundestag erkennt an, dass die Ära der deutschen Kolonialzeit, die vor gut 100 Jahren zu Ende ging, differenziert zu betrachten ist. [...] Der Deutsche Bundestag bewertet es als gravierendes Defizit, dass die gewinnbringenden Seiten der deutschen Kolonialzeit erinnerungspolitisch keinen Niederschlag finden, sondern im Zuge einer „normativen Vergangenheitsdeutung“, die kulturmarxistisch inspiriert ist, absichtlich verdunkelt werden, weil sie nicht in das einseitig kommunizierte Bild der Vergangenheitsdeutung passen“ (Drucksache 19/15784 vom 11.12.2019²²⁵)

Mit einem umfangreichen Antrag stieg die AfD-Fraktion Ende 2019 in größerem Maßstab in die Kolonialismus-Debatte ein (Drucksache 19/15784 vom 11.12.2019²²⁶). Nach einer gut ein Jahr zuvor gestellten großen Anfrage zum Thema Provenienzforschung (Drucksache 19/3264 bzw. 19/6539²²⁷) ist dies ein weiterer Anlauf kolonialgeschicht-



liche Debatten erinnerungspolitisch von rechts anzugreifen. Einen argumentativen roten Faden hatte MdB Marc Jongen in der Plenardiskussion dieser Anfrage schon skizziert: In der Provenienzdebatte gehe es „um die Kultivierung eines Schuldkomplexes in Bezug auf die deutsche Kolonialgeschichte Dieser hat einen ganz bestimmten Zweck: Er soll als psychopolitische Grundlage dienen für die Akzeptanz von Massmigration und Multikulturalismus. Das ist das erklärte politische Ziel der Restitutionsaktivisten“ (Plenarprotokoll vom 21.02.2019²²⁸). Die Anfrage als Ganze zielte darauf ab, die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte -hier in Form der Provenienzforschung - als ideologiegetrieben zu delegitimieren und für die „deutschen Museen“ einen populistischen Opferdiskurs zu stilisieren, in dem sie vor einem „postkolonialen Schuldiskurs“²²⁹ geschützt werden müssen.

Im Kolonialismus-Antrag, der eine rund 11seitigen Begründungstext enthält, liefert die AfD nun ein Kompendium ihrer kolonialapologetischen Positionierung vom lokalen Kampf um Straßennamen und Erinnerungsorte über die Museen und das große Ganze der Erinnerungspolitik. In der Antragsbegründung wird zunächst anhand diverser Autor*innen die Kolonialgeschichtsforschung als in der Tradition der ideologiegetriebenen DDR-Historiographie stehend beschrieben, die dann mit dem postcolonial turn „nichts anderes als eine Neuinszenierung kulturmarxistisch inspirierter antiimperialistischer Theorien im modischen Gewand“ (9) vorgenommen habe. Dem „linken Spektrum“ sei es demnach „gelingen seine ‚normative Vergangenheitsdeutung‘ als herrschende Meinung durchzusetzen“ (10). Fälschlicherweise suggeriert der Antrag, indem er auf die Kontinuitätsdebatte über die Genozide in Afrika und während der NS-Zeit fokussiert, es gebe eine geschichtswissenschaftliche Kont-

225 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/157/1915784.pdf>

226 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/157/1915784.pdf>

227 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/065/1906539.pdf>

228 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19083.pdf>

229 <https://www.afdbundestag.de/jongen-deutsche-museen-vor-postkolonialem-schulddiskurs-schuetzen/>

reverse über die Deklaration des Genozids in Namibia als solchen (Ziai 2020). Die Bundesregierung solle anerkennen und darauf hinwirken, dass die deutsche Kolonialzeit „differenziert“ – gemeint ist: endlich wieder positiv – bewertet werde, da sie den Kontinent aus „archaischen Strukturen“ gelöst und entwickelt habe.

Flankiert wurde der Antrag durch eine PR-Kampagne, deren Herzstück ein von den MdBs Frohnmaier und Bystron organisierter Vortrag des US-amerikanischen Historikers **Bruce Gilley** war. Gilley ist in Fachkreisen durch einen umstrittenen Aufsatz bekannt geworden, in dem er eine Neubewertung und Wiederbelebung des Kolonialismus forderte. Der Aufsatz wurde 2017 im Fachjournal „Third World Quarterly“ veröffentlicht, jedoch später vom Magazin zurückgezogen. Ein Vorgang, der einen Autor automatisch als Märtyrer der Meinungsfreiheit für eine Karriere in rechtsalternativen Kreisen qualifiziert. So enthielt auch die **offizielle Einladung zu der Veranstaltung**²³⁰ mit dem Titel „Die Bilanz des deutschen Kolonialismus – Warum sich die Deutschen nicht für die Kolonialzeit entschuldigen und erst recht nicht dafür bezahlen müssen!“ den gesamten Aufsatz inklusive deutscher Übersetzung – quasi als Samisdat-Dokument. Die Einladung Gilleys sicherte Presseöffentlichkeit auch über rechtsalternative Medien hinaus. Letztere begleiteten die Veranstaltung affirmativ z.B. durch einen langen Text zur „Kolonialschuld-Lüge“ (Fromm et.al. 2020) und ein Interview mit Gilley in der Zeitschrift „Zuerst!“ (Gilley 2020). Die „Junge Freiheit“ lieferte einen Veranstaltungsbericht, der sich liest wie die Zusammenfassung der oben skizzierten Antragsbegründung (Graf 2019).

VI. DIE INSTRUMENTALISIERUNG VON CORONA

Die Corona-Pandemie bietet der AfD eine willkommene Gelegenheit ihre Forderungen nach Reduktion bzw. Streichung der Gelder für Entwicklungszusammenarbeit mit neuen Argumenten zu versehen. War in den Haushaltsberatungen für 2020 das zentrale Argument, die deutsche Entwicklungspolitik der letzten Jahrzehnte sei „gescheitert“, sie habe Deutschland und den Partnerstaaten keinen nennenswerten Vorteil erbracht weil sie den Grundsatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“ missachte, so kommt nun das Argument hinzu, dass angesichts der Corona-Krise überall gespart werden müsse:

„Seit Jahrzehnten verprasst die Bundesregierung deutsches Steuergeld als unwirksame Entwicklungshilfe mit der Gießkanne. Von dieser Entwicklungspolitik profitieren nicht die Ärmsten der Armen, sondern die hochkorrupten Regierungen der Entwicklungsländer und die linke Entwicklungshelferindustrie. Seit 2015 ist der Entwicklungssetat in völlig unangemessener Weise explo-

diert. Bereits für 2020 hatten wir als AfD-Bundestagsfraktion unter Beweis gestellt, dass der Entwicklungssetat um 20 Prozent gekürzt werden kann. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise muss in allen nichtessenziellen Bereichen der Politik das Motto lauten: Sparen! Ausgaben, die bei der Bewältigung der Krise und bei der Aufrechterhaltung der Funktionalität von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft verzichtbar sind, müssen zurückgestellt werden. Dazu gehört insbesondere die hauptsächlich ideologisch geprägte Entwicklungszusammenarbeit dieser Regierung.“ (Pressemitteilung M. Frohnmaier²³¹ vom 30.03.2020)

Auch gegen das geplante Lieferkettengesetz, welches „wie ein Damoklesschwert über der deutschen Wirtschaft“ schwebte, wurden die Belastungen der Coronakrise als neues Argument ins Spiel gebracht (Pressemitteilung M. Frohnmaier²³² vom 20.03.2020).

Auf EU-Ebene vertrat der sicherheitspolitische Sprecher der ID-Fraktion AfD-MdEP **Bernhard Zimniok** am gleichen Tag die fast gleichlautende Forderung: „Die EU sollte unverzüglich sämtliche finanzielle Unterstützung für alle außerhalb der EU liegenden Projekte, die keinen Beitrag zur Grenzsicherung leisten, einstellen. Alle Mittel, die für diese EU-Maßnahmen vorgesehen sind, sollten stattdessen für Maßnahmen zum Schutz der europäischen Bürger und der europäischen Lebensweise während und nach der Viruspandemie zur Verfügung stehen“ (Facebook-Post vom 30.03.2020²³³). Kurz darauf verbreitete Zimniok dann die Forderung nach einer „präventiven Remigration“ von Asylbewerbern und Migranten ohne Bleiberecht in ihre Heimat im Zuge der Coronakrise (archivierter Facebook-Post vom 17.04.2020²³⁴).

DAS „CORONA-MORATORIUM“

Am Fall des in der Plenarsitzung des Bundestags am 27.05.2020 in 1. Lesung eingebrachten Antrags der AfD-Fraktion „Strategiewechsel in der Entwicklungszusammenarbeit – Corona-Moratorium für Entwicklungshilfe und Umwidmung von Entwicklungsmitteln zur Pandemie-Bewältigung“ (Drucksache 19/19517²³⁵) lassen sich beispielhaft Taktiken der populistischen Öffentlichkeitsarbeit der AfD aufzeigen. Zunächst wurde der Antrag in der **Pressekonferenz**²³⁶ zu Beginn der Sitzungswoche als eines von drei Themen vor-

231 <https://www.afdbundestag.de/frohnmaier-angesichts-der-corona-krise-muss-am-entwicklungsetat-2021-gespart-werden/>

232 <https://www.afdbundestag.de/frohnmaier-lieferkettengesetz-komplett-auf-eis-legen/>

233 <https://www.facebook.com/AfDimEUParlament/posts/552454468709819>

234 <https://web.archive.org/web/20200524143230/https://www.facebook.com/AfDimEUParlament/posts/563322270956372>

235 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/195/1919517.pdf>

236 <https://www.youtube.com/watch?v=jIuuMUPg9Y>



gestellt. Wie jeder Plenumsbeitrag der AfD-MdBs wurde die Rede von Frohnmaier auf den verschiedenen AfD-Kanälen live gestreamt. Da sich in der Aussprache während der Sitzung erfreulicherweise für die AfD eine kleine verbale Auseinandersetzung ergeben hatte, bot sich die Gelegenheit kaum zwei Stunden später ein Video mit der Beschreibung „Heftige Eskalation im Bundestag“²³⁷ und „Deutsches Geld muss jetzt in Deutschland bleiben“ auf Facebook bzw. YouTube online zu stellen. Hiermit konnten weit überdurchschnittlich viele Interaktionen generiert werden. Die neu-rechte Zeitung „Junge Freiheit“ berichtete unter Einbindung des „Eskalationsvideos“ affirmativ über den AfD-Antrag, auf dem parteinahen Portal „Deutschland-Kurier“ wurde Frohnmaier zum „Triumphator der Woche“ gekürt. Auch in einem Beitrag Frohnmaiers für das rechte Magazin „info-direkt“ fanden das Video und zur Abwechslung als Schenkelklopfer diesmal ein Projekttitle „Gendernetzwerke in China“ Verwendung.

Der Antrag fordert wegen des durch einen „Shutdown“ drohenden wirtschaftlichen Kollaps²³⁸ solche Ausgaben des Bundes, die bei der Krisenbewältigung „unwesentlich“ sind zurückzustellen. Dazu sollen, so die AfD, die Kosten der Entwicklungszusammenarbeit maximal reduziert werden. „Bei einem Großteil der Entwicklungsleitungen [handele] es sich um sozioökonomisch fragwürdige und soziokulturell bedenkliche Ausgaben und Aktionismen, auf die insbesondere in Krisenzeiten zu verzichten [sei] [...] (v)erzichtbare Maßnahmen und Luxusausgaben im Rahmen der deutschen Entwicklungspolitik [sollen] maximal gekürzt werden“. Der Antrag sieht vor, nicht nur keine neuen Ausgaben zu tätigen, sondern auch bereits getätigte Zusagen und laufende Programme einzufrieren, sowie bestehende Programme zur Pandemiebekämpfung umzuwidmen. Die lange Liste von zu streichenden Haushaltstitel soll schließlich auch noch einen Personalabbau bei der GIZ und der Engagement Global GmbH ermöglichen. Ein weiteres Mal müssen im Antragstext und in der **Plenarrede zum Antrag**²³⁸ die von MdB Frohnmaier oft bemühten Projekttitle wie die „Gendersensible Männerarbeit in Nicaragua“ und zur Energieeinsparung in Moscheen in Marokko als Kronzeugen vermeintlich ideologisch verblendeter Projekte herhalten.

Weiterhin wurde die Forderung nach Abschaffung der „Syrien-Sanktionen“ mit einem neuen Corona-Argument ergänzt. Die Abgeordneten Friesen und Hampel forderten wegen des ersten COVID-19 Falles in Syrien und unter Berufung auf den UN-Generalsekretär „**alle Sanktionen auf-**

zuheben, die die medizinische Versorgung von fragilen Staaten wie Syrien treffen“. MdB Friesen wird mit den Worten zitiert:

„Im syrischen Bürgerkrieg wird das Land seit nunmehr neun Jahren zerstört, das Gesundheitswesen liegt am Boden. Die Europäische Union hat dazu nicht nur durch die Finanzierung von Islamisten und Dschihadisten und der mit ihnen verhandelten Organisationen wie der Weißhelme maßgeblich beigetragen“. Darum müsse Deutschland sich nun bei der EU für die schnellstmögliche Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien stark machen. (**Pressemitteilung A. Friesen/ A.P. Hampel**)²³⁹ vom 26.03.2020)

Der Europaabgeordnete Bernhard Zimniok wiederum nutzte die Corona-Pandemie für eine andere klassische rechte AfD-Stoßrichtung. Er verantwortet einen umfangreichen Facebook-Post, in dem er ankündigt das „Geschäft der NGOs und ihre dubiose Rolle in der Corona-Krise“ aufzudecken (**Archivisierung des FB-Posts vom 13.04.2020**)²⁴⁰. Darin legt er dar²⁴¹:

In Deutschland und Europa treten nach wie vor besonders die NGOs ins mediale Rampenlicht, die vehement bestrebt sind, den legalen Migrationsstatus so auszuweiten, dass er letztlich alle Menschen auf diesem Globus umfasst. Diese NGOs spielen eine wichtige Rolle bei der neuen Kulturrevolution, die die globalistischen Linksliberalen seit den 1990er Jahren umzusetzen versuchen. [...] Während die meisten von uns in Deutschland und im übrigen Europa versuchen, ihren Teil zur Bekämpfung der Corona-Pandemie beizutragen, besteht die größte Sorge besagter NGOs darin, jene Personen, die sich größtenteils illegal in Deutschland und Europa aufhalten, in Sicherheit zu bringen und den Zustrom weiterer Neuankömmlinge aufrechtzuerhalten.[...] Die illegale Migration ist für zahllose NGOs ein äußerst lukratives Geschäft. Die Rechnung ist einfach: Keine illegalen Migranten = kein weiteres Geld. Und darauf wollen die sog. „Aktivisten“ nun doch trotz allem nicht verzichten“

Im weiteren Text führt Zimniok aus, welche NGOs seiner Meinung nach womit die Pandemie ausnutzen um ihre schädlichen bis kriminellen Aktivitäten zur Durchsetzung der globalistischen Kulturrevolution zu entfalten. Im Einzelnen nennt er: die Seenotrettungsorganisation „Sea-Eye“;

237 https://www.facebook.com/frohnmaier/posts/2556698684580269?__cft__%5b0%5d=AZUZKVsy_Lh3DYF4qob7kEnviePD7qWCBuD3lnmwnu6Y2XOUbml-zA4llxP_1PVIwsaNiY8kYe9kW4QKFdsFqFvo2-EciLzUN8eU-wjSiyFeju65fOo-voG1bXdtFpeCT5jbdTCHt5No2isL-5j-iu7c-wALUH6Hr31hFBhgKZCDrPjedX96QXKbJDHx3ACEe1CMQ&__tn__=%2C0%2CP-R

238 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19162.pdf>

239 <https://www.afdbundestag.de/friesen-hampel-erster-bestaetigter-fall-von-covid-19-in-syrien-sanktionen-jetzt-aufheben-medizinische-versorgung-ermoeglichen/>

240 <https://web.archive.org/web/20200509173808/https://www.facebook.com/AfDimEUParlament/posts/560611217894144>

241 Der vollständige Text ist ein lesenswertes Originaldokument, dass die Gedankengänge rechter Vorstellungswelten von einer gesteuerten Umvolkung komprimiert zusammenfasst

den „Flüchtlingsrat Niedersachsen“, die italienische NGO „3 Febbraio“, die schwedischen Organisationen „Världen i Värmland“, „Ensamkommandes förbund“ und „Nätverket #Vistarinteut“, den kirchlichen Verbund CCME (Churches commission for migrants in europe) sowie Amnesty inter-

national. Als Finanziers mancher der kulturevolutionären, im Zuge der Coronakrise die Nationalstaaten zersetzenden Organisationen identifizierte Zimniok die unvermeidliche „Open Society Foundation von George Soros“ sowie „Islamic Relief Deutschland“.

Quellen

- Alternative für Deutschland. 2016. **Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm**²⁴². (Zugegriffen: 29. April 2020).
- Alternative für Deutschland. 2017a. Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik - Mehr Mittel, mehr Wachstumsorientierung, mehr Kooperation mit den Partnern. **Konzeptpapier für die AfD-Presskonferenz am 21.08.2017 in Berlin**²⁴³. (Zugegriffen: 29. April 2020).
- Alternative für Deutschland. 2017b. **Wahlprogramm für die Wahl zum Deutschen Bundestag**²⁴⁴ am 24. September 2017. Leitantrag der Bundesprogrammkommission zum Bundesparteitag am 22./23.04.2017 in Köln. (Zugegriffen: 9. März 2017).
- Alternative für Deutschland. 2019. **Europawahlprogramm**²⁴⁵. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019. (Zugegriffen: 29. Mai 2019).
- Berg, Lars P. und Rolf Böhnke. 2018. Entwicklungshilfe für Burundi? *Recherche D*, 2/2018, 44–47.

242 https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Online-PDF_150616.pdf

243 https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2017/08/AfD_Konzept_Entwicklungspolitik_2017-08-21.pdf

244 https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/03/2017-03-08_afd_leitantrag-bpt-btw-programm_mit-zeilenummern.pdf

245 https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/02/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_RZ.pdf

- Bystron, Petr und Collin McMahon. 2019 Das Ende der Illusionen. *Cato*, 1/2019: 43-49
- Camus, Renaud, Hrsg. 2016. *Revolte gegen den Großen Austausch*. Schnellroda: Verlag Antaios.
- Frohnmaier, Markus und o.A. 2018. „Dammbruch mit Ansage“. *Zuerst!*, 11/2018:15–18.
- Fromm, Carsten, Robert Diehl und Bernhard Radtke. 2020. „Kolonialschuld“-Lüge. *Zuerst!*, 2/2020, 8–13.
- Gilley, Bruce und o. A. 2020. „Dealen“ mit der Geschichte. *Zuerst!*, 2/2020: 14–16.
- Graf, Alexander. 2019. Der deutsche Kolonialismus als Erfolgsgeschichte. *Junge Freiheit* 12.12.2019.
- Höcke, Björn. 2019. *Rede beim 5. Kyffhäusertreffen*. Leinefelde.
- Höcke, Björn und Sebastian Hennig. 2018. *Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig*. Lüdinghausen: Manuscriptum.
- Sellner, Martin. 2016. Der Große Austausch in Deutschland und Österreich: Theorie und Praxis. In *Revolte gegen den Großen Austausch*, Hrsg. Renaud Camus, 189-221. Schnellroda: Verlag Antaios.
- Tiedemann, Falk. 2020. Die Soros-Richter. *Zuerst!*, 5/2020: 36.
- Zeilinger, Sebastian und o. A. 2019. Rückkehrhilfe statt Flüchtlingsyoga. *Zuerst!*, 5/2019: 30–32.
- Zeilinger, Sebastian. 2020. Syrien - Hilfe vor Ort. *Frei-lich*, 7/2020

Literatur

- Amadeu-Antonio-Stiftung (Hg.) 2019. Demokratie in Gefahr. **Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD**²⁴⁶. 2. überarb. Aufl.
- Amman, Melanie, Stephan Heffner, Martin Knobbe, Ann-Katrin Müller, Jan Puhl, Marcel Rosenbach, Alexander Sarovic, Jörg Schmitt, Wolf Wiedmann-Schmidt, Zeller und Anika. 2019. Moskaus Marionetten. *Der Spiegel* Nr. 15/6.4.2019: 10–18.

246 https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Demokratie_in_Gefahr_web.pdf

- Ayyadi, Kira. 2018. Sie planen eine internationale rechtsextreme Allianz. *Belltower News*²⁴⁷.
- Becker, Andrea. 2019. Добро пожаловать в Бундестаг – Herzlich Willkommen im Bundestag. **Andivendos Notizen**²⁴⁸.

247 <https://www.belltower.news/petr-bystron-afd-plant-mit-steph-bannon-eine-internationale-rechtsextreme-allianz-49442/>

248 <https://andivendo.wordpress.com/2019/01/20/willkommen-im-bundestag/>



- Becker, Andrea. 2020 i. E. Die wollen nicht reden... Über die digitale Manipulierbarkeit von Diskursen. In *Migrations- und Fluchtdiskurse im Zeichen des erstarkenden Rechtspopulismus*. Farrokhzad, Schahrzad, Thomas Kunz, Saloua Mohammed M Hand, Markus Ottersbach (Hrsg.). Wiesbaden: Springer VS
- Becker, Andrea und Georg Heil. 2019. Fragwürdige Kontakte nach Russland. *ARD/rbb: Kontraste*, 06.06.2019²⁴⁹.
- Blake, Mariah. 2014. Meet the American Pastor Behind Uganda's Anti-Gay Crackdown. *Mother Jones*²⁵⁰.
- Borgia, Gaelle und Stephen Scott. 2019. Russia's Madagascar Election Gamble. *BBC News African Eye* 08.04.2019²⁵¹.
- Botsch, Gideon. 2020. *Die „Juden in der AfD“ und der Antisemitismus*. Mitteilungen der Emil-Julius-Gumbel-Forschungsstelle 7. Potsdam: Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien.
- Butterwegge, Christoph, Gudrun Hentges und Gerd Wiegel. 2018. *Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD*. Frankfurt am Main: Westend Verlag.
- Debre, Maria J., und Lee Morgenbesser. 2017. Out of the shadows. Autocratic regimes, election observation and legitimation. *Contemporary Politics* 1:1–20.
- Decker, Markus. 2018. Reisten AfD-Politiker mit russischer Hilfe nach Syrien? *Frankfurter Rundschau* 09.03.2018²⁵².
- DiResta, Renee, Kris Shaffer, Becky Ruppel, David Sullivan, Robert Matney, Ryan Fox, Jonathan Albright und Ben Johnson. 2018. *The Tactics & Tropes of the Internet Research Agency*²⁵³. Austin.
- Dobbert, Steffen und Christoph Kluge. 2018. Herr Blex von der AfD geht auf Reisen. *Die Zeit* 09.03.2018²⁵⁴.
- Dornblüth, Gesine und Bettina Rühl. 2020. Russische Söldner in Afrika. *Deutschlandfunk* 14.02.2020²⁵⁵.
- European Platform for Democratic Elections. 2018. *Politically biased election observation - a threat to the integrity of international institutions*²⁵⁶. Berlin.
- Fiedler, Maria. 2018. AfD-Abgeordnete nach Syrien gereist. *Der Tagesspiegel* 06.03.2018²⁵⁷.
- Gatehouse, Gabriel. 2019. *Has Russia infiltrated the German Parliament? - BBC Newsnight*²⁵⁸.
- Grossman, Shelby, Daniel Bush und Renee DiResta. 2019. *Evidence of Russia-Linked Influence Operations in Africa: Stanford Internet Observatory*²⁵⁹.
- Gürgen, Malene, Christian Jakob, Sabine Am Orde und Eléonore Roedel. 2019. Russland und die AfD: Putins blaue Helfer. *Die Tageszeitung*, 11.03.2019²⁶⁰.
- Hafenegger, Benno, Hannah Jestädt, Lisa-Marie Klose und Philine Lewek. 2018. *AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure*. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag.
- Haffarjee, Ferial. 2019. Exclusive: Did Putin's "Chef" attempt to interfere in South African election? *Daily Maverick* 07.05.2019²⁶¹.
- Harding, Luke und Jason Burke. 2019. Leaked documents reveal Russian effort to exert influence in Africa. *The Guardian* 11.06.2019²⁶².
- Hoffmann, Heiner und Ulrich Neumann. 2018. Der Abgeordnete Petr Bystron und seine südafrikanischen Freunde. *ARD/SWR Report Mainz* 18.12.2018²⁶³.
- Ilyushina, Mary. 2019. Russia's "troll factory" is alive and well in Africa. *CNN* 31.10.2019²⁶⁴.
- Kellershohn, Helmut. 2016. Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis. Das ideologische Grundgerüst des AfD-Grundsatzprogramms. In *Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte*. Edition DISS, Bd. 38, Hrsg. Helmut Kellershohn und Wolfgang Kastrup, 29-38. Münster: UNRAST.
- Kellershohn, Helmut. 2019a. Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis in einem „Europa der Nationen“. Die Programmatik der AfD seit 2016. In *Zwischen Neoliberalismus und völkischem Antikapitalismus. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten*. Hrsg. Andrea Becker, Simon Eberhardt und Helmut Kellershohn, 90-112. Münster: Unrast Verlag.
- Kellershohn, Helmut. 2019b. Umvolkung. In *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*, 2., komplett über-

249 <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/kontraste/videosextern/fragwuerdige-kontakte-nach-russland-102.html>

250 <https://www.motherjones.com/politics/2014/03/scott-lively-anti-gay-law-uganda/>

251 <https://www.youtube.com/watch?v=6wH64iztZM0>

252 <https://www.fr.de/politik/reisten-afd-politiker-russischer-hilfe-nach-syrien-10995046.html>

253 https://cdn2.hubspot.net/hubfs/4326998/ira-report-rebrand_FinalJ14.pdf

254 <https://www.zeit.de/politik/2018-03/syrien-krieg-christian-blex-afd-reisen/komplettansicht>

255 https://www.deutschlandfunk.de/putins-schattenarmee-russische-soeldner-in-afrika.724.de.html?dram:article_id=470279

256 <https://www.epde.org/en/news/details/politically-biased-election-observation-a-threat-to-the-integrity-of-international-institutions-1774.html>

257 <https://www.tagesspiegel.de/politik/trotz-warnung-des-auswaertigen-amtes-afd-abgeordnete-nach-syrien-gereist/21036614.html>

258 <https://www.youtube.com/watch?v=6lftmHLGM8w>

259 https://fsi-live.s3.us-west-1.amazonaws.com/s3fs-public/29oct2019_sio_-_russia_linked_influence_operations_in_africa_final_0.pdf

260 <https://www.taz.de/!5579084/>

261 <https://www.dailymaverick.co.za/article/2019-05-07-exclusive-did-putins-chef-attempt-to-interfere-in-south-african-election/>

262 <https://www.theguardian.com/world/2019/jun/11/leaked-documents-reveal-russian-effort-to-exert-influence-in-africa>

263 <https://www.ardmediathek.de/daserste/player/Y3JpZDovL3N-3ci5kZS9hZXgvdzEwODA3OTI/der-abgeordnete-petr-bystron-und-seine-suedafrikanischen-freunde>

264 <https://edition.cnn.com/2019/10/31/europe/russia-africa-propaganda-intl/index.html>

- arbeitete und ergänzte Auflage, Hrsg. Bente Gießelmann, Robin Richterich und Benjamin Kerst, 356-371.
- Köhler, Fabian. 2016. Wie Christen zur meist verfolgten Glaubensgruppe gemacht wurden. Was der Weltverfolgungsindex von Open Doors wirklich aussagt. *Telepolis* 15.01.2016²⁶⁵.
 - Kritter, Sabine, Matthias Müller, Michael Sulies und Kristina Holzapfel. 2019. *Nur Schnee von gestern? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Gedenkstätten und Museen*. Berlin: VDK e. V.; MBR Berlin.
 - Laruelle, Marlene und Ellen Rivera. 2019. *Collusion or Homegrown Collaboration? Connections between German Far Right and Russia*. Budapest: Political Capital.
 - Lau, Mariam. 2017. Zurück ins Kaiserreich. *Die Zeit* 15.11.2017²⁶⁶.
 - Mueller-Töwe, Jonas und Lars Wienand. 2019. AfD-Netzwerker kämpft für ein russisches Europa. *T-online*, 31.01.2019²⁶⁷.
 - Munzinger, Paul. 2016. So sieht der Anti-Islam-Kurs der AfD in der Praxis aus. *Süddeutsche Zeitung* 17.05.2016²⁶⁸.
 - Paul, Jobst. 2016. Der Niedergang – der Umsturz – das Nichts. Rassistische Demagogie und suizidale Perspektive in Björn Höckes Schnellrodaer IFS-Rede. In *Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte*. Edition DISS, Bd. 38, Hrsg. Helmut Kellershohn und Wolfgang Kastrup, 122-146. Münster: UNRAST.
 - Pittelkow, Sebastian und Katja Riedel. 2019. AfD-Abgeordnete reisen nach Syrien. *Tagesschau.de*, 15.11.2019²⁶⁹.
 - Riedel, Katja, Andrea Becker, Sebastian Pittelkow und Georg Heil. 2017. AfD-Funktionäre sollen Verbindungen zu russischem Spion haben. *Süddeutsche Zeitung*, 16.08.2017²⁷⁰.
 - Rozhdestvensky, Ilya, Michael Rubin und Roman Badanin. 2019. Master and Chef. How Russia interfered in elections in twenty countries. *Proekt Media*²⁷¹.
 - Schwarz, Karolin. 2020. *Hasskrieger. Der neue globale Rechtsextremismus*. München: Herder.
 - Shekhovtsov, Anton. 2018. *Politically Biased Foreign Electoral Observation at the Russian 2018 Presidential Election*.
 - Thamm, Marianne. 2019. Global alt-right exploiting SA's divisions and history. *Daily Maverick* 29.01.2019²⁷².
 - Trocoli Castro, Marcel. 2016. *Seelenfänger Lebensquelle – Eine christliche Parallelwelt in Osnabrück*²⁷³.
 - Troianovski, Anton. 2019. "A New Message": Russia Trains Its Propaganda Machine on Africa. *New York Times* 29.10.2019²⁷⁴.
 - U.S. Department of Justice. 2018. Internet Research Agency Indictment. <https://www.justice.gov/file/1035477/download>²⁷⁵ (Zugegriffen: 2. April 2019).
 - Wamper, Regina. 2010. Was tun gegen rechte Diskurspiraten. *DISSkursiv Blog*²⁷⁶.
 - Wamper, Regina, Helmut Kellershohn und Martin Dietsch, Hrsg. 2010. *Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen*. Edition DISS, Bd. 28. Münster: Unrast-Verl.
 - Weiland, Severin. 2018. Die merkwürdige Reise des AfD-Abgeordneten Bystron. *Der Spiegel* 21.12.2018.
 - Wiegel, Gerd. 2019. Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD im Bundestag. In *Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten*. Edition DISS, Bd. 43, Hrsg. Andrea Becker, Simon Eberhardt und Helmut Kellershohn, 186-196. Münster: Unrast Verlag.
 - Ziai, Aram. 2020. Was die AfD unter kolonialen „Härten“ versteht. *Frankfurter Rundschau* 21.02.2020²⁷⁷.

265 <https://www.heise.de/tp/features/Wie-Christen-zur-meist-verfolgten-Glaubensgruppe-gemacht-wurden-3377747.html>

266 <https://www.zeit.de/2017/47/harald-weyel-afd-bundestagsabgeordneter-migration>

267 https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_85170128/afd-netzwerker-manuel-ochsenreiter-kaempft-fuer-ein-russisches-europa.html

268 <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-in-thueringen-so-sieht-der-anti-islam-kurs-der-afd-in-der-praxis-aus-1.2996777-0>

269 <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-syrien-103.html>

270 <http://www.sueddeutsche.de/politik/spionage-verdacht-afd-funktionaere-sollen-verbindungen-zu-russischem-spion-haben-1.3630084>

271 <https://www.proekt.media/investigation/russia-african-elections/>

272 <https://www.dailymaverick.co.za/article/2019-01-29-global-alt-right-exploiting-sas-divisions-and-history/>

273 <https://www.youtube.com/watch?v=SJoihsHKNrI>

274 <https://www.nytimes.com/2019/10/29/world/europe/africa-russia-sochi.html>

275 <https://www.justice.gov/file/1035477/download>

276 <http://www.disskursiv.de/2010/01/16/was-tun-gegen-rechte-diskurspiraten/>

277 <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/unter-kolonialen-haerten-versteht-13548449.html>

DISS-Journal
Sonderausgabe # 3

DEZ
2020

ZEITSCHRIFT DES
DUISBURGER INSTITUTS
FÜR SPRACH- UND
SOZIALFORSCHUNG